

Das politische Minimum

Götz Kubitschek
Normalisierung

Günter Scholdt
Minimum als Maximum

Caroline Sommerfeld
Das unsichtbare Böse

Nils Wegner
Postmoderne Rechte

Benedikt Kaiser
Postpolitik

Sezession

Herausgegeben vom
Verein für Staatspolitik e.V.
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
E-Mail: redaktion@sezession.de

Vertreten durch Dr. Erik Lehnert
(Vorsitzender)

Eingetragen im Vereinsregister
am Amtsgericht Stendal,
Registernummer: 46786

Unter Mitarbeit von Wolfgang Dvorak-
Stocker, Benedikt Kaiser, Ellen
Kositza, Götz Kubitschek (V.i.S.d.P.)
und Erik Lehnert

17. Jahrgang, Heft 92,
Oktober 2019

Sezession erscheint im Februar, April,
Juni, August, Oktober und Dezember.
Der Preis für das Einzelheft beträgt
11 € zzgl. Versandkosten.

Wer *Sezession* für mehr als lesenswert
hält, kann ein Förderabonnement
(75 €/sechs Hefte) zeichnen. Das nor-
male Jahresabonnement (sechs Hefte)
kostet 50 €, ermäßigt 35 € (junge Leser
in Ausbildung), jeweils inkl. Versand.
Auslandsabonnenten bezahlen zusätzlich
10 € Porto im Jahr.

Wird das Abonnement nicht bis zum
30. November gekündigt, verlängert es
sich um ein weiteres Jahr.

Alle Rechte für sämtliche Artikel im
Heft vorbehalten. Manuskripte sind
übrigens stets willkommen und sollten
als Kurzbeitrag 9000 und als Grundla-
genbeitrag 15 500 Zeichen (inkl. Leer-
zeichen) umfassen.

Satz & Layout:
satz@sezession.de

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
Tel: (03 46 32) 90 43 99
Fax: (03 46 32) 90 43 97

redaktion@sezession.de
vertrieb@sezession.de
www.sezession.de

ISSN 1611-5910

Editorial

- 1 **Parteilpolitische Sättigung**
Götz Kubitschek

Bild und Text

- 2 **Das Gesicht der BRD 2019**
Ellen Kositza und Thomas Wawerka

Thema »Das politische Minimum«

- 4 **Problemaufriß**
Heino Bosselmann
- 8 **Das politische Minimum**
Erik Lehnert
- 14 **Postmoderne Rechte**
Nils Wegner
- 18 **Normalisierungspatriotismus**
Götz Kubitschek
- 26 **Postpolitik**
Benedikt Kaiser
- 32 **Das unsichtbare Böse**
Caroline Sommerfeld
- 40 **Das Minimum als Maximum**
Günter Scholdt
- 46 **Das ökologische Minimum**
Jonas Schick
- 52 **Clans – auch ein politisches Minimum**
Martin Lichtmesz

Debatte

- 56 **Feinde der Gemeinschaft**
Bernard Udau
- 59 **Gemeinschaft und Staat**
Florian Sander

Kurzbeiträge

- 62 **Ökologische Beleuchtungen (I)**
Jonas Schick
- 64 **Urlaubsreisen ins Kriegsgebiet?**
Andreas Karsten

Bücher

- 66 **Kluge Linke, Tiefer Staat**
Benedikt Kaiser
- 68 **Rezensionen**

Parteipolitische Sättigung

von Götz Kubitschek

Akademiewochenende in Schnellroda, Thema: »Das politische Minimum«. Einhundertfünfzig Schüler und Studenten. Der Freitag ist der parteipolitische Tag. Erik Lehnert, Leiter unseres Instituts, führt ein, draußen Antifa-Folklore, achtunddreißig Gestalten, aus dem Dorf keiner, im Saal laufen unsere Vorträge. Maximilian Krah, Europaparlament, kommt gerade noch pünktlich. Drei Kamerateams (RTL, ZDF, MDR), ein paar Zeitungsjournalisten, gegen achtzehn Uhr wird Alice Weidel an den Hintereingang gefahren, das Rudel hastet, kommt zu spät und zieht frustriert ab.

Krah über Brüssel, Weidel über Berlin, Konrad Weiß (früher bei Strache) über Wien – parteipolitische Sättigung. Worauf läuft das hinaus? Ist das nun die Übersetzung metapolitischer Grundlagenarbeit in politische Argumentationsketten? Was ist noch möglich, was ist das Ziel? Und was geschieht mit uns, mit unserem Denken, unserer Exzentrik und Verdichtung, wenn wir geistige Parteidisziplin zu üben?

In Berlin und in anderen Städten ruft der radikale Arm der »Klimaproteste« zu zivilem Ungehorsam auf. Die Aktivisten der Organisation »Extinction Rebellion« (Rebellion gegen das Aussterben) blockieren Verkehrsknotenpunkte und behindern den Normalbetrieb. Ihr Ziel ist es, Großstädte lahmzulegen und eine panische Zeitnot ins Bild zu setzen: »Es darf hier nicht einfach so weiter gehen.« Der Pendler, der aufgrund solcher Blockaden im kilometerlangen Stau steht, das Stocken der Maschinerie des wie geschmiert laufenden Getriebes der Stadt – das soll das Stocken des gewohnten Ganges, des gewohnten Gedankenganges sein. Wer stockt, wird sich bewußt darüber, daß das, was aus Gewohnheit so hingegenommen und mitgetragen wird, ins Stocken geraten kann, also anfällig ist. Das formulierte Goethe, als er seinen Faust den ersten Satz der Bibel neu übersetzen ließ: »Im Anfang war das Wort. / Hier stock' ich schon / wie fahr ich weiter fort? / Ich kann das Wort so hoch unmöglich schätzen, / ich muß es anders übersetzen«, und so weiter, und am Ende steht dann jener Selbstermächtigungssatz, von dem seit Faust jede Legitimation ableitet wird: »Im Anfang war die Tat.«

Bei »Extinction Rebellion« läuft das alles in die falsche Richtung: Das ist geduldete, abpuffernde, schon wieder kanalisierte »Rebellion«, man sieht so etwas immer daran, daß nicht mit beendender Härte gegen diese zivil Ungehorsamen vorgegangen wird. Spektakel, Schlagzeilen.

Es ist nun vier Jahre her, daß wir zusammensaßen und darüber nachdachten, wie weit unser Widerstand gegen das verantwortungslose Regierungshandeln gehen dürfe. Klar war: keine Gewalt. Klar war auch, daß folgender Grundsatz gelten müsse: »Die kleine Ordnung stören, um die große Ordnung zu schützen.« Geplant waren Aktionen in Dresden, denn nur dort, eingebettet und getragen von Pegida, wäre auf eine massenhafte Unterstützung des aktivistischen Kerns zu hoffen gewesen: auf Zuarbeit, Resonanz, Bewegungsspielraum. Konkreter: Wir wollten auf der Welle der Empörung gegen die »offenen Grenzen« den Verkehr am Albertplatz lahmlegen, die Autobahn A4 in beide Richtungen ausbremsen und ein Dauercamp vor dem Landtag einrichten.

Für alle drei Aktionen lag das Material bereit, waren die Aktivisten mobilisiert und instruiert, waren drei Journalisten vorsichtig, aber doch klar genug eingeweiht. Aber wir sind nicht aktiv geworden, haben unsere Pläne nicht umgesetzt. Grund dafür war eine Mischung aus Rücksichtnahme (Behinderung einfacher Leute und mitblockierter Rettungskräfte), Sorge vor juristisch nicht abschätzbaren Konsequenzen und der Prognose, dies alles werde zu einem medialen Desaster. Denn das wäre nun kein »Spektakel« geworden, sondern eine Herausforderung.

Unter den einhundertfünfzig Teilnehmern der Akademie waren neunzig, mit denen ich noch kein Wort gewechselt hatte. Was wollen diese jungen Leute? Was führte sie zu uns? Woher kommen sie? Was machen sie, lesen sie, wie bewegen sie sich im Alltag, an der Universität, im Freundeskreis? Was bringt sie auf, was macht sie zornig, wie zornig sind sie, wie abgeklärt, wie neugierig, wie politisch, wie kreativ, spöttisch, verschlossen? Wie dienstbereit? Wie rebellisch? Wie parteipolitisch satt? ■



Das Gesicht der BRD 2019

von Ellen Kositzka und Thomas Wawerka

Was sehen wir hier? Es hilft nichts, wir müssen es aussprechen: Wir sehen einen alten weißen Mann. Es kann sein, daß in den letzten Jahren allzuoft auf dieser Personengruppe herumgehackt wurde. Übrigens schreibt keiner mehr »alter, weißer Mann«. Gemäß der aktuellen Kommareglung wäre das nämlich falsch. Alt und weiß gehen heutzutage eine »feste, untrennbare Verbindung« ein!

Es ist gewissermaßen »in«, solche männlich-alt-weißen Menschen aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Herkunft und ihres Alters kategorisch als eine Gefahr für »Diversität« und »Feminismus« anzusehen. Es heißt, alte weiße Männer diktierten die Regeln. Seit je. Und seit je zu Unrecht. Im Hintergrund aber ackerten immer die Frauen, die bescheidenen Opferfiguren.

So war Bettine von Arnim der *eigentliche* Motor der Spätromantik, Marie Curie die *eigentliche* Nobelpreisträgerin und Ada Lovelace die *eigentliche* Erfinderin des Computers, und so weiter. Tja, Mädchenblütenträume! De facto sind es Männer, die die Welt konstruieren, und im übrigen ist fraglich, was sich ändert, wenn eine Frau die Schalthebel bedient.

Auf unserem Bild sehen wir also einen alten weißen Mann. Er ist bestens gerüstet. Er trägt ein neonfarbenes Kleidungsstück, das ihm als Schwimmweste sicher hilfreich sein würde, falls seine Mission je kenterte. Wird sie nicht! Jedenfalls nicht in dem Sinne, daß der »alte Weiße«, dessen Brillenbügel sich so schön und irgendwie zivilisiert unter das rechtschaffen rasierte Schläfenhaar schmiegen, die Konsequenzen seines Irrwegs zu Lebzeiten auszubaden hätte. (Pardon, »baden« darf man nicht sagen in diesem Kontext, oder?)

Heinrich Bedford-Strohm (HBS), Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), bleckt siegessicher die Zähne. So schaut ein Mann aus, der seine Schäfchen im Trockenen hat. So schauen die Werbe-Rentner aus, die mit »Studiosus« nachhaltig fremde Kontinente entdecken und dort mit Kaffeebauern oder Bisonhütern angeleitete Gespräche führen dürfen. Fallende Schultern, vorgestreckter Kopf, allseits offenes Grinsen. »Faszinierend, diese Menschen da draußen, nicht wahr?« Das hier ist das Gesicht »BRD 2019«, welches sonst?

Ein geblähter Grönemeyer wäre nicht repräsentativ, ein streberhaftes »FFF«-Mädel auch nicht. Der Durchschnittsdeutsche (wir wollen das millionenstarke Prekariat mal außen vorlassen; das ist es eh gewohnt) schaut aus wie HBS.

Die EKD wird nun also ein »Rettungsschiff« finanzieren. Der evangelische Theologe Prof. Ulrich Körtner übte auf zeitzeichen.net scharfe Kritik an dem Vorhaben: »Letztlich laufen die Forderungen der NGOs auf eine Politik der offenen Grenzen hinaus. Das gilt auch für die Position der EKD. Die politischen und sozialen Folgen einer solchen Willkommenskultur, die das Erstarken rechter und fremdenfeindlicher Parteien in ganz Europa gefördert hat, werden heruntergespielt oder einseitig einer rassistischen »rechten« Gesinnung angelastet.« Volker Münz, religionspolitischer Sprecher der AfD sekundierte: »Die Kirche unterstützt hiermit das Geschäftsmodell der Schlepperbanden. Damit werden noch mehr Menschen aufs Meer gelockt und es werden noch mehr Menschen sterben. Damit wird die illegale Migration gefördert und die Migrationskrise verschärft. Das Vorhaben der EKD ist nur scheinbar christlich, es ist ethisch unverantwortlich.«

Es ist an der Zeit, gründlicher über die Immunschwäche des Christentums nachzudenken. Recht populär ist es, diese Schwäche auf die Tugendlehre Christi zurückzuführen. Demnach hätten zum einen die geforderte Nächstenliebe und Barmherzigkeit mit allen Menschen zu einem verderblichen Universalismus geführt. Zudem seien Christen angehalten, unter allen Umständen auf Gewalt zu verzichten und die andere Wange hinzuhalten. Nun gibt es allerdings keine Ethik ohne die Idee der Mitmenschlichkeit. Jegliche ethische Reflexion ist Reflexion über das Verhältnis zum Nächsten in der Absicht, dieses Verhältnis dem menschlichen Wesen gemäß zu gestalten. Das Christentum ist mit seiner Lehre von Nächstenliebe und Barmherzigkeit keine Ausnahme. Es setzt freilich besondere Schwerpunkte. Ein Schwerpunkt ist in der Tat der Gewaltverzicht – aber auch dazu gibt es mehr zu sagen. Wenn Christus sagt: »Mir ist gegeben alle Gewalt im Himmel und auf Erden« (Mt 28,18), zeigt das eben nicht idealistisches Hinwegträumen über die harte Beschaffenheit der Welt, ein



© picture alliance/dpa (Fotograf: Annette Reuther)

Augenverschließen vor dem, was ist, sondern eine metaphysische und metapolitische »Ordnung der Gewalt«, nach der die Gewalt ein Lehen ist, das hierarchisch gegeben und empfangen wird. In dieser Ordnung ist die Verantwortung vor dem Lehnsherrn für den Gebrauch der Gewalt inbegriffen. Die Gewalt wird damit nicht abgeschafft, sondern vielmehr reguliert. Man darf die Ethik Christi nicht mit Hippie-Romantik oder dem unbedingten Willen zur Utopie verwechseln – und dennoch wird die Lehre von der Liebe immer wieder zum Einfallstor für derlei geistiges Parasitentum. Wir leben in vertrackten Zeiten: Kategorien wie Nähe (»der Nächste«) und Ferne haben sich mobilitätsbedingt gründlich verschoben. Womöglich ging das zu schnell für ein altes weißes Männerhirn.

Kurz vor HBS' hemdsärmeligem Rettungsvorstoß wurde auf evangelisch.de von einer Faltungsfaltaktion (ja!) berichtet: »979 selbst gefaltete Segelboote aus Papier sind bis Anfang September in der evangelischen Kirchengemeinde Aerzen gefaltet worden. Bei der Aktion konnte jeder, der ein kirchliches Rettungsschiff im Mittelmeer befürwortet, ein Faltschiff ins Pfarramt bringen. Alle Teilnehmer haben die Schiffe mit ihrem eigenem Namen versehen. (...) Der hannoversche Landesbischof Ralf Meister übergab die Faltschiffchen an den EKD-Ratsvorsitzenden Bedford-Strohm am Rande der Kirchenkonferenz.«

Rührend. Und HBS? Handelte. Ihn dürfte der Wille zum Schiff mehr beeindruckt haben als die zigtausendend Mißfallensrufe, die ihm entgegenschallt waren, nachdem er sich 2016 mit dem katholischen Kardinal Reinhard Marx auf dem Tempelberg und an der Klagemauer in Jerusalem getroffen hatte. Die beiden hatten dazu ihr Brustkreuz abgelegt. HBS begrün-

dete dies: Es entspräche nicht seiner Haltung, »das Kreuz demonstrativ vorneweg zu tragen«, man habe die Vertreter der anderen Religionen »nicht provozieren« wollen. So sind sie, die Glaubenshüter von heute!

Bischof Bedford-Strohm beruft sich aber leider nicht ohne jegliches Recht aufs christliche Liebesgebot, wenn er nun die EKD am Shuttle-service für afrikanische Migrantinnen beteiligt. Es ist die Schwäche des Christentums, dieser Deformation der Nächstenliebe zum Nächstenwahn keinen festen und nachhaltigen Riegel vorschieben zu können. Es gibt kein religiöses Gesetz, das man dagegen einwenden könnte, weil die Religionsgesetzgebung insgesamt ungültig und bedeutungslos ist. Es gibt nur den Appell an die Vernunft, der aber im Fall des Wahns wirkungslos ist.

Die religiöse Schwärmerei ist ein kollektives Phänomen, für das auch areligiös gestimmte Menschen empfänglich sind. Sie tritt zyklisch und epidemisch auf, äußert sich als eine Spielart der Hysterie und manifestierte sich in den messianischen Bewegungen der jüdischen Geschichte ebenso wie im Täuferreich zu Münster. Ist der Prozeß einmal ausgelöst, kommt es zur unweigerlichen Selbstradikalisierung, zur Übersteigerung bis zum Exzeß. Das kann sich lange hinziehen, und angesichts der schieren Masse, die aktuell davon durchschüttelt wird, ist mit einem baldigen Ende nicht zu rechnen. Es ist zu vermuten, daß es zu größerer Zerstörung, schlimmerem Leid und noch mehr Opfern kommen wird, bevor dieser Krug das letzte Mal zum Brunnen geht und bricht.

Übrigens: Mund zu – es zieht. Und wenn's allzusehr zieht, drohen Nackensteife und Schnupfnase. Dagegen hilft nur: Türen zu, Schotten dicht. ■



Problemaufriß

von Heino Bosselmann

Kühle Reduzierungen klären Sachverhalte, gerade im Fragen nach Gründen. Und den Blick in Abgründe sollte man üben und aushalten lernen. Denn wir gehen, aufs Ganze betrachtet, aus zweierlei Ursachen erheblichen, vermutlich grundstürzenden Veränderungen entgegen.

I.

Wir verstoffwechseln den Planeten in forciertem Tempo, vor allem der Überzahl der Weltbevölkerung wegen. Dies wird innerhalb der nächsten zwei, drei Jahrzehnte scheinbar eher die Natur als uns betreffen, schließlich aber genau deswegen unsere Existenzgrundlagen unterminieren, so nicht – Wie aber? – eine nur mit apokalyptisch anmutender Reduzierung der Bevölkerung denkbare Veränderung einträte. Ob die dystopisch erscheinende Sommerhitze der letzten Jahre, das mit ihr einhergehende Verdorren des Waldes und die Versteppung der Landschaft nun Ausdruck eines exponentiell verlaufenden Klimawandels sind oder nicht, als mythisch anmutende Illustration eines Abschieds vom Vertrauten paßt diese Entwicklungen ebenso wie das Artensterben. Erst die Mitgeschöpfe, dann wir. Wer die Natur liebt und draußen unterwegs ist, der registriert, welch unheimliche Veränderungen ablaufen.

Uns wird erklärt, über innovative Lösungen ernähre die Erde alle, ihre Verletzungen wären heilbar. Nur ist kein Weg auszumachen, über den das weltvernünftig global realisierbar erscheint, ganz abgesehen davon, daß auch »Innovationen« ingenieurtechnischer Intelligenz Ressourcen ausschöpfen und neue Schneisen schlagen werden. Es gehört zum mephistophelischen Teil unseres Menschheitsdramas, gar nicht anders zu können, als schöpferisch zu vernichten. Wir verfügten nur jahrtausendlang nicht über das Besteck, das so tief in die Natur zu schneiden und sie so brachial aufzubrechen vermag wie die gegenwärtig faszinierende, aber gleichsam grausige Technik.

Weil wir im weitesten Sinne durchweg – beinahe dialyseähnlich – an eine Menge lebenserhaltender Apparaturen angeschlossen sind, vergaßen wir unser Naturwesen, insofern beinahe nur noch der Tod selbst natürlich anmutet, mindestens in seinem letzten Augenblick. Alles andere, Geburt, Wachsen und Sterben, wird wissenschaftlich-industriell begleitet, so intensiv, daß sehr viele von uns nur dadurch überleben oder ein höheres Alter erreichen, sichtlich unfit und ernährt von steril eingeschweißter Super-Markt-Nahrung. Ein Begriff des medizinisch-pharmazeutischen Komplexes mutet bezeichnend technoid an: Wir werden, je älter je mehr, mit Medikamenten »eingestellt«. Nur läßt sich die Natur selbst, läßt sich die uns bislang tragende Schöpfung nicht »einstellen«. Wo wir sie einzustellen versuchen, stirbt sie unter unserem Zugriff weg. Unsere bisweilen

würdelose Todesverdrängung und -vermeidung geht zu Lasten der Mutter Natur. »Etwas einstellen« heißt in parallellaufender Semantik auch: »etwas beenden«.

Die Menschen der überbevölkerten Länder, mit denen wir solidarisch sein sollen oder wollen, streben eine Lebensweise an, die dem »Think big!« des Westens entspricht und im Kingsize-Format verbrauchen möchte. Es ist dagegen keine Aufklärung denkbar, schon gar nicht ausgehend von der SUV-Bourgeoisie der Industrieländer, deren Selbstherrlichkeit ihren gewohnten Bedürfnissen und ihren Fahrzeugen entspricht. Die Biosphäre unseres Planeten droht in übergroßen Anteilen vernichtet und durchverdaut zu werden. Schon jetzt dürften wir die Erde – rein rechnerisch – mehrfach mit einem körperwarmen Fäkalienstrang umwinden können. Kein angenehmes Bild, beileibe nicht, aber ein eindrucksvolles. Und klar ist mir bewußt, daß ich selbst zum »Übermaß der Leiber« gehöre; das eben provoziert die nachdenkliche Reflexion.

Konservative und Grüne warnen gleichermaßen seit langem vor der Existenzgefährdung durch maßlosen Verbrauch. Während diese den weiteren Verlauf des Verhängnisses gewissermaßen volkserzieherisch – oder »zivilgesellschaftlich« – für regelbar halten, wissen jene letztlich um die Vergeblichkeit und handeln im Als-ob. Utopische Hoffnungen hier, fatalistische Einsicht ins Unausweichliche dort. Die Grünen wollen didaktisch die ganze Weltgemeinschaft zur Bio-Ethik läutern, Konservative wissen, daß sie Verantwortung nur für sich und ihren engeren Bezirk übernehmen können: Maßhalten, Askese und Verzicht. Umkehr ist Abkehr, auch vom Wachstumsprinzip. Haltung verkörpert das Trotzdem.

II.

Die wirtschaftlichen und ebenso geistigen Reproduktionsprozesse zur Sicherstellung des Immer-Mehr laufen mittlerweile in einem so hochfrequenten Tempo ab, daß immer weniger Menschen mithalten können. Natürlicherweise nicht. Das beschleunigt Selektionsvorgänge. Die technisch erforderten und zugleich erwünschten Intensivierungen und Informationsverarbeitungen bedingen, daß immer weniger gut ausgebildete und spezialisierte Hochleister eine immer größere Verwaltungsmasse mitversorgen, die in reicheren Ländern bislang noch komfortabel zu alimentieren ist. Die Tonnagen an billigen Kohlenhydraten, Eiweißen und Fetten sichern vermutlich noch weiteren Milliarden Menschen das Leben oder Überleben – ein Geschäft, das wie jedes andere auf Profit ausgerichtet ist und nicht nach dem Sinn des den Planeten überfrachtenden Lebens fragt. Die Lasterkolonnen mit Soja aus Amazonien rollen für die ganze Welt. Amazonien selbst spricht sich nur so sentimental aus, weil dessen Schicksal vermutlich besiegelt ist: Philemon und Baucis im Regenwald ...

Aber selbst wenn für genügend Billigfood gesorgt scheint, fehlt es immer mehr Menschen an Inspiration und qualifizierendem Selbstverständnis, die für ein seelisch gesundes Leben ebenso unabdinglich erscheinen wie etwa gesunde Ernährung und Bewegung für die Physis. Lethargie, Tristesse und innere Leere gefährden die einen so, wie der Streß die anderen quält. Selektionsvorgänge laufen insofern nicht nur sozial, sondern ebenso lebens technisch ab. Wir folgen einer Maschinerie, die uns einen ahumanen und abiologischen Takt vorgibt. Nicht selten werden wir selbst zu Vehikeln des von uns entwickelten Vehikels. Banales Beispiel: Erst nutzt die Bürogemeinschaft Windows 365, dann aber nutzt Windows 365 die Bürogemeinschaft und stellt sich am Ende als dreister Stressor heraus, der zwar alles erleichtern und Freiräume schaffen sollte, aber tatsächlich alles beschleunigt und Lebensraum wie Lebenszeit einengt. Die Teamsitzungen enden nicht mehr, sie verlaufen über Apps und Sharepoints weiter. Selbst nachts piept und blinkt es. Beinahe ein Wunder, daß es überhaupt noch dunkel wird. Irgendwo da draußen.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, welch immense Bedeutung dem Drogenmarkt zukommt. Er existierte nicht ohne das symptomatische Bedürfnis nach so intensiver wie riskanter Hilfe dazu, sich selbst noch mehr hochzudrehen oder herunterzuregeln. Der Drogenkonsum, nach Sigmund Freud der kürzeste Weg zum Glück, ist an sich kein Verbrechen, sondern Ausdruck des natürlichen Bedürfnisses nach Ruhe und

»Zuvorderst markiert die Ökologie das Ende der Fortschrittsideologie: Die Zukunft birgt mittlerweile mehr Bedrohliches als Hoffnungsvolles. In einem allgemeinen Klima des Niedergangs kritischen Denkens zählt die Ökologie zu den wenigen Strömungen, welche die marktwirtschaftliche Ideologie frontal anzugreifen wagen und das produktivistische Ideal des neuzeitlichen Kapitalismus zu untergraben versuchen. Obendrein überbrückt die Ökologie die alte Kluft zwischen Rechts und Links: Sie richtet sich am »Wertkonservatismus« wie am Erhalt der Umwelt aus, lehnt den liberalen Raubtierkapitalismus ebenso ab wie den marxistischen »Prometheusglauben« und ist doch in ihrer Reichweite wie in ihren Intentionen revolutionär.«

Alain de Benoist: *Abschied vom Wachstum. Für eine Kultur des Maßhaltens*, Berlin 2009, S. 169f.

Behaglichkeit, nach Abstand und innerem Frieden, ja eigentlich ist die Sucht sogar verzweifelt Selbstmanagement. Nur über die Wahl der Mittel und den Preis herrscht Uneinigkeit.

Arbeiten in weitgehend ruhiger Rhythmisierung sind kaum mehr denkbar. Im Beispiel: Die Landarbeit früherer Jahrzehnte, die den größten Teil der Bevölkerungen einband und versorgte, war zweifelsohne ein hartes Brot, aber keine entfremdete und überdrehte Tätigkeit, die über übliche existentielle Sorgen hinaus seelisch krank machte – zumal die Religion zu klären verstand, was an Gedanken übrigblieb, die weit über den Feldrain hinauseilten.

Und selbst innerhalb der Industrialisierung erschien den Arbeitern mit dem Produkt, der Produktion und sogar mit dem Unternehmen bzw. dem Unternehmer eine Identifizierung möglich, die heute geradezu romantisch anmutet. Die Arbeiterbewegung entwickelte in der Arbeiterschaft eine Kultur, die das ersetzte, was mit dem Übergang vom Lande in die Stadt zunächst verlorengegangen schien und vermisst wurde. Diese Kultur war geeignet, Arbeitsbelastungen auszugleichen. Wo geschieht dies heute? Offenbar über eine trügerische Rettung in mehr Individualität. Diese Ichbezogenheit steigert sich aber zur Selbstoptimierung und führt zu pathologisch anmutendem Narzißmus, der sich permanent selbst bespiegelt und über »soziale« Netzwerke verzweifelte Botschaften in die Welt sendet, die um Beachtung und Wertschätzung flehen. Für ein sinn erfülltes Leben reichen aber selbst Tausende Likes nicht aus, denn sie bleiben abstrakt und ersetzen keine Umarmung. Und das Sich-Abarbeiten im Fitneß-Center gleicht stupider Schufferei an dem einzigen, was einem noch verfassungssicher scheint, dem eigenen Körper, dessen Schmied man sein möchte, um sich – sozialdarwinistisch oder ästhetisch – besser plazieren zu können. Apropos Ästhetik: Wo es augenfällig eher nur noch darum geht, bleibt die Ethik sowieso auf der Strecke, und der Schein verkleistert das Sein.

Menschen sind kaum mehr in Gruppen oder – antiquiert ausgedrückt – Korporationen eingebunden, sondern, marxistisch formuliert, »vereinzelte Einzelne«. Zudem duplizieren sie freizeitleich den Streß, den sie aus ihrer beruflichen Tätigkeit kennen, um wiederum rückwirkend auf den Job noch leistungsfähiger zu werden. Effizienz! Sie betreiben Sport nicht als qualitativ seelischen Ausgleich, sondern quantifizierend als Hochleistung, vermessen sich daher permanent und bilden ihre Bilanzen über diverse Schnittschnellen computertauglich ab, um sich dann an der Graphik nach oben weisender Kurven zu berauschen, die einem steigenden Aktienindex nachgebildet scheinen. Selbst Yoga-Programme sollen »so richtig etwas austragen«.

Zusammengefaßt: Die Politik wird keine Antworten auf Planetenverbrauch und Beschleunigung finden, schon gar nicht als Demokratie, die lediglich utilitaristische Regelungen bereithält und sie für das egoistischen Glücksbedürfnis der Mehrheit nach dem Mehr bereithält. Revolutionen? Geschehen nur aus der Not und primär nicht aus Ideen. Wobei die Not verlässlicher wächst als die Ideen, sozusagen im Selbstlauf.

Wozu also dieser Problemaufriß, der ohne Lösungsvorschlag, ohne Perspektive aufwartet? Er ist ein Beispiel für das, was wir immer tun, wenn wir kein Land sehen: uns positionieren, uns abgrenzen, ruhig über Urteile nachsinnen und am eigenen Ort weitgehend illusionsfrei das Mögliche versuchen und den Folgen den nächsten Schritt anpassen.

Als sich die Linke noch an Ernst Blochs »Prinzip Hoffnung« festlasi, setzte dem der Religionsphilosoph Hans Jonas mit pessimistischem Lebensernst eine Phänomenologie entgegen, die eine Ethik der Verantwortung entwarf. Jonas registrierte den Zuwachs der Technik, er sorgte sich um deren verheerende Fernwirkung auf die Schöpfung und präferierte eine »Heuristik der Furcht« im Sinne eines Korrektivs zum Baconschen Ideal der wissenschaftlichen Naturbeherrschung. Kapitalismus und Marxismus, so Jonas, begingen systembedingte Fehler, indem sie Ressourcen nicht zu schonen verstünden. An diese wertkonservative und metaphysische Begründung von Verantwortung wäre anzuknüpfen.

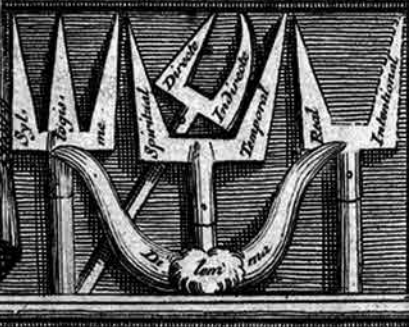
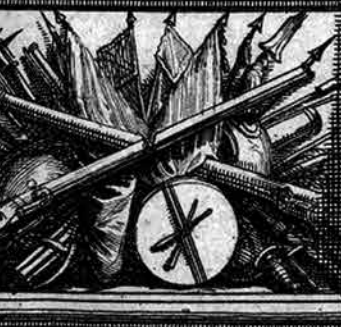
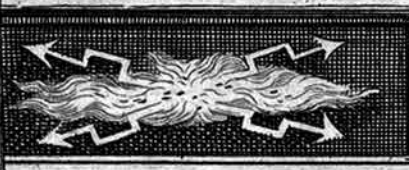
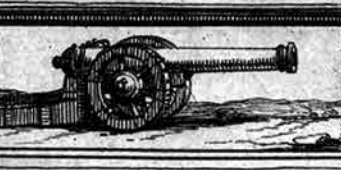
Verzweiflung? Dazu war schon von Anfang an Anlaß genug. Wir brauchen nicht erst jetzt damit anzufangen. ■

»Das vereinzelte, isolierte und emanzipierte Individuum wird in der liberalen bürgerlichen Welt zum Mittelpunkt, zur letzten Instanz, zum Absoluten.«

Carl Schmitt: *Politische Romantik*, München/Leipzig 1919, S. 144.

»Handle so, daß die Wirkungen deiner Handlung verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden; oder negativ ausgedrückt: Handle so, daß die Wirkungen deiner Handlung nicht zerstörerisch sind für die künftige Möglichkeit solchen Lebens; oder einfach: »Gefährde nicht die Bedingungen für den indefiniten Fortbestand der Menschheit auf Erden; oder wieder positiv gewendet: »Schließe in deine gegenwärtige Wahl die zukünftige Integrität des Menschen als Mit-Gegenstand deines Wollens ein.«

Hans Jonas: *Das Prinzip Verantwortung: Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation*, Frankfurt a.M. 1984, S. 36.



LEVIATHAN

Or

THE MATTER, FORME
and POWER of A COMMON-
WEALTH ECCLESIASTICALL
and CIVIL.

By THOMAS HOBBS
of MALMESBVRY.

London
Printed for Andrew Crooke
1651.

Das politische Minimum

von Erik Lehnert

Wenn wir uns heute in Deutschland auf die Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner machen, kommen wir auch am Grundgesetz vorbei. Parteiübergreifend finden wir hier den Konsens, den man nicht ungestraft aufkündigen darf. Wer es dennoch tut, muß damit rechnen, vom öffentlichen Leben ausgeschlossen und im privaten Kreis geächtet zu werden. Der Vorwurf der Verfassungsfeindschaft »definiert den Betroffenen aus der Gemeinschaft heraus, die sich nicht als staatliche, sondern als verfassungsmäßige Gemeinschaft versteht, als Einheit nicht der deutschen Bürger, sondern der Bürger des Grundgesetzes«. Mit diesen Worten beschrieb der Staatsrechtler Josef Isensee vor mehr als dreißig Jahren, was sich heute als Wirklichkeit nicht mehr verbergen läßt, weil es einfach zu viele betrifft. Verstärkt wurde diese Tendenz durch die ständige Umschöpfung und Veränderung, der das Grundgesetz unterworfen ist. War den Schöpfern klar, in wessen Namen sie das Grundgesetz formulierten, nämlich im Namen des deutschen Volkes, soll dieses deutsche Volk heute kein Verfassungs-subjekt mehr sein. Damit einher geht die Verfolgung derjenigen, die auf dem alten Konsens beharren und im verordneten Universalismus nicht das politische Minimum erblicken. Damit ist auch klar, daß das klassische Minimum einer jeden Politik, die »Erhaltung und Emporzüchtung der eigenen Art« (Max Weber), gegenwärtig keine Gültigkeit mehr besitzt.

Das Minimum ist, auch wenn es den kleinsten gemeinsamen Nenner darstellt, keine absolute Größe, sondern immer von der konkreten Lage, der Situation abhängig. Joachim Fernau hat in seinem *Sprechen wir über Preußen* eine schöne Formel dafür gefunden. Vor dem Hintergrund der seit Ende des Zweiten Weltkriegs üblichen Ablehnung Preußens als undemokratischen Militärstaat müsse es wie ein Wunder erscheinen, daß die seinerzeit in Frankreich verfolgten Hugenotten so froh waren, in Preußen Aufnahme zu finden: »Wohin strebten sie alle? In die Tyrannei? Sie strebten in die Ordnung, in das Recht, in die Sicherheit, in die Gedankenfreiheit. Das ist für Menschen, die durch viel Leid gegangen sind, wichtiger, als einmal strammstehen zu müssen. Nicht mehr Angst haben zu müssen, war ihr Traum gewesen.« Ganz offenbar war der Konsens, an dem die Hugenotten teilhaben wollten, lediglich der, daß man nicht von staatlicher Seite wegen seiner Religion verfolgt wird. Diejenigen, die sich auf dieses Minimum berufen, sind damals wie heute Minderheiten. Sie sind auf die Einhaltung des Konsenses angewiesen, wohingegen Mehrheiten selbst für ihr Recht einstehen können.

Was im 17. Jahrhundert die Religionsfreiheit war, ist heute die Freiheit der politischen Überzeugung, die sich allerdings oftmals als religiöses Bekenntnis geriert. Obwohl ein Grundrecht festlegt, daß niemand wegen seiner Überzeugungen benachteiligt werden darf, liegt im Unterschied zum religiösen Bereich das Paradox darin, daß diese Freiheit nur dann etwas nützt, wenn man seinen Überzeugungen zur Durchsetzung verhelfen

»Es ist offenbar nicht oder nur sehr schwer möglich, Tatsachenerhebungen und Gesinnungskontrollen voneinander zu trennen.«

Willy Brandt über den Radikalenerlaß.

◀ *Titelblatt der Erstausgabe des Leviathan von 1651.*

kann. Denn die Politik ist im Unterschied zur Religion gerade dadurch definiert, daß sie keine Privatsache bleiben darf (was bei der Religion nicht die Regel aber immerhin möglich ist). Das funktioniert nur in einem Bezugsrahmen, der Selbstverständlichkeiten wie »das staatliche Gewaltmonopol, die Friedenspflicht des Bürgers, der Rechtsgehorsam, die innere Sicherheit und die Schutzpflichten des Staates, die Regierbarkeit und die Funktionsfähigkeit der staatlichen Institutionen, das Amtsprinzip« (Isensee), kurz das Prinzip der Staatlichkeit, umfaßt.

Es gibt jedoch beim politischen Minimum noch ein anderes Problem. Das Wort Minimum bezeichnet ein absolutes Mindestmaß an Gegebenheiten, hinter die man niemals zurückgehen möchte. Was bleibt übrig, wenn wir das, was wir als Politik bezeichnen, von all dem entkleiden, was wir als Wünschbarkeiten oder als Beiwerk wahrnehmen? Das wäre dann ein Minimum, der zu vereinbarenden Minimalkonsens, gleichsam die letzte Rückzugslinie. Hierbei wird die Frage interessant, wem gegenüber wir uns über dieses Minimum äußern. Denn in der Politik gibt es keine Wünschbarkeiten, sondern Dinge, die sich durchsetzen lassen oder nicht, wobei die Durchsetzung immer gegen einen Widerstand erfolgt. Mit einem Minimum in den Kampf zu ziehen, ist daher nicht ungefährlich. Nach Innen mag das Ausrufen eines politischen Minimums durchaus sinnvoll sein, denn es versetzt uns in die Lage, auch über eventuell bestehende Meinungsverschiedenheiten zu weiterreichenden politischen Fragen hinaus einen gemeinsamen Nenner zu bilden. Eine Nation etwa kann im Innern den Konsens haben, nicht über Religion zu streiten, um so zu verhindern, daß Teile der Nation religiöse Allianzen mit anderen Nationen bilden. Mit dem Minimum »wir wollen auch leben« nach außen zu treten, suggeriert jedoch dem Gegner, daß wir alles andere also durchaus fahren ließen. Wir gehen also in einen Kampf und geben vorher bekannt, keine Verhandlungsmasse zu haben. Das kann nicht der Sinn eines politischen Minimums sein. Denn eigentlich geht es darum, etwas zu finden, das jeder mittragen kann, etwas also, worüber wir nicht diskutieren werden. Jeden aber, der es doch täte, würde von uns als derjenige bezeichnet, der die Axt an die Wurzel unseres Gemeinwesens legt.

Daher nun eine Setzung: Die Gesetze markieren das Minimum, den Rahmen, in dem Handlungen stattfinden können, ohne daß sie sanktioniert werden. Sie sind tatsächlich der absolute Minimalkonsens, auf dem allein eine Gesellschaft noch ruht, wenn alle anderen Traditionen abgeräumt sind. Die Gültigkeit der Gesetze setzt voraus, daß sie beachtet werden und der Staat in der Lage ist, Verstöße zu ahnden. Dieser Konsens existiert also nicht im luftleeren Raum, sondern beruht auf Voraussetzungen, die ihre Einhaltung erst garantieren. Diese unausgesprochenen Voraussetzungen der Gesetze sind das ethische Maximum. Insofern stellt sich die Frage, inwiefern das Minimum das Maximum repräsentiert. Wir kennen diese Problematik aus der Gegenwart: Sie wird immer dann virulent, wenn der gesellschaftliche Konsens durch etwas Fremdes infrage gestellt wird. Dann muß die Lücke durch ein neues Gesetz geschlossen werden, oder es erfolgt der Ruf nach Integration, mit anderen Worten die Forderung, daß sich diejenigen, denen also das Maximum nicht bekannt sein kann, sich in irgendeiner Art und Weise freiwillig am Minimum orientieren. Je heterogener eine Gesellschaft wird, um so wichtiger wird das Minimum, weil die meisten Menschen über das Maximum nicht mehr verfügen. Das Maximum liegt in der Eigenart der Nation und des kulturellen Großraums begründet und kann daher denjenigen, die niemals Anteil daran hatten, nicht geläufig sein.

Das Verhältnis von Minimum und Maximum ist daher nicht nur ethisch problematisch, sondern auch aus politischer Sicht. Man muß vielleicht nicht so weit gehen wie es die mittelalterliche Scholastik tat, die in Gott sowohl das Minimum, das in allen Teilen steckt, als auch das Maximum sah. Es ist aber dennoch offensichtlich, daß auch in der Politik eine enge Beziehung zwischen Minimum und Maximum besteht, sodaß wir nicht über das Minimum sprechen können, ohne uns auch über das Maximum zu verständigen. Ein Blick in die Geschichte des politischen Denkens zeigt, daß die Frage nach dem politischen Minimum immer dann auftritt, wenn die Grundlagen der Gemeinschaft fragwürdig geworden sind. Weiterhin wird deutlich, daß die Verständigung über ein Minimum nicht ohne Bezug auf ein Maximum gelingen kann.

»Das Recht ist nichts anderes als das ethische Minimum. Objektiv sind es die Erhaltungsbedingungen der Gesellschaft, soweit sie vom menschlichen Willen abhängig sind, also das Existenzminimum ethischer Normen, subjektiv ist es das Minimum sittlicher Lebensbetätigung und Gesinnung, welches von den Gesellschaftsgliedern gefordert wird ... Das Recht verhält sich nach dieser Auffassung wie der Teil zum Ganzen, wie das Fundament zum Gebäude ...«

Georg Jellinek

Platon, um mit dem zeitlich fernsten und wirkmächtigsten Beispiel zu beginnen, hat nicht nur zwei umfangreiche Bücher über diese Frage hinterlassen, sondern verfügte selbst über politische Erfahrung, auch wenn sein Versuch scheiterte, den Tyrannen Dionysus von der Einrichtung einer konstitutionellen Monarchie zu überzeugen. Platons Bücher über den Staat (*Politeia*) und die Gesetze (*Nomoi*), die er in einer Krise der attischen Polis verfaßte, umspannen die Problematik von Minimum und Maximum in Gänze. Im *Staat* wird die philosophische Frage erörtert, ob und, wenn ja, unter welchen Voraussetzungen es einen gerechten Staat geben könne. Und auch in seinem Alterswerk, den *Gesetzen*, entwirft Platon einen Idealstaat. Dieser ist allerdings stärker an der Wirklichkeit orientiert und geht dabei ins Detail. Aber auch hier finden wir als Ziel alles Sinnierens die Antwort auf die Frage, wie diesem so vortrefflich eingerichteten Gemeinwesen eine dauerhafte Existenz ermöglicht werden könne. Das Minimalziel der Gerechtigkeit bedeute einen wohlgegliederten Staat, der Stabilität und Sicherheit für die Gesellschaft garantiere.

Im 17. Jahrhundert griff dann Thomas Hobbes diesen Gedanken in seinem Werk vom *Leviathan* auf. Den Impuls zum Verfassen des *Leviathan* gaben die konfessionellen Bürgerkriegen, die auf Hobbes einen furchtbaren Eindruck machten. Der Grundgedanke, der zur Errichtung des *Leviathan* führt, ist die verheerende Aussicht, in steter Gefahr voreinander zu leben: Weder Gesellschaft und Staat könnten unter solchen Umständen zu einer dauerhaften Einrichtung werden. Nur eine öffentliche Macht sei in der Lage, die die Menschen vor dem Angriff anderer schützen und so den inneren Frieden zu gewährleisten. Dazu müßten die Menschen bereit sein, die Gewalt auf einen Monopolisten der Gewalt zu übertragen. Auf diesem Wege entsteht bei Hobbes der Souverän.

Nach 1789 etablierte sich mit den geschriebenen Verfassungen neben anderem die Einsicht von Joseph de Maistre, daß »die Wurzeln der Staatsverfassung schon vor dem Entstehen geschriebener Gesetze vorhanden« seien und ein »Staatsgrundgesetz« nichts weiter darstelle, »als Entwicklung oder Bestätigung eines schon bestehenden, ungeschriebenen Rechtes.« Ganz offensichtlich kommt auch hier die Frage nach dem politischen Minimum und dem ethischen Maximum wieder durch die Hintertür herein. Daß das auch für das Grundgesetz gelte, hat Josef Isensee noch zu seligen BRD-Zeiten (1986) gezeigt. Demnach beruhte der Konsens der Anfangsjahre der Bundesrepublik nicht auf dem Grundgesetz. »Vielmehr fußte das herrschende Verständnis des Grundgesetzes seinerseits auf dem gesellschaftlichen Konsens«, zu dem »hergebrachtes Staatsverständnis, bürgerliche Arbeitsmoral und christliches Pflichtenethos« gehörten. Der Keim der Gefährdung entfaltete sich dann 1968ff: »Studenten, die in der grundgesetzlichen Umwelt aufgewachsen waren, empörten sich gegen alles Vordemokratische«, und damit gegen alle Staatlichkeit und den hergebrachten Konsens, was die Umfunktionierung des Grundgesetzes von einem antitotalitären in einen antifaschistischen Konsens bedeutete.

Damit ist auch die seit dem Beginn aller Staatlichkeit tradierte Überzeugung von den Aufgaben des Staates Geschichte. Zu den Forderungen nach Beständigkeit, Gerechtigkeit und Sicherheit tritt die nach sozialer Wohlfahrt und sozialer Gleichheit. Ein Staat, der das nicht gewährleisten kann, wird zur Disposition gestellt. Die Gleichheit wird zu einer konkreten politischen Forderung, die, sobald sie staatlicherseits durchgesetzt werden soll, den inneren Frieden und auch den Bestand des Staates gefährdet. Denn durch die dafür notwendigen Kompensationsleistungen muß er seinen Apparat aufblähen, verschuldet sich finanziell, gerät unter Rechtfertigungsdruck – und setzt damit seine Souveränität aufs Spiel.

Vor dieser Situation standen nach dem Ersten Weltkrieg viele Staaten, darunter Portugal. Im Gegensatz zu vielen anderen Lösungsversuchen aus der Zwischenkriegszeit hat das portugiesische Modell, das Salazar seit 1928 etablierte, die Zeitenschwelle von 1945 überlebt und ist erst es erst in den siebziger Jahren nach dem Tod Salazar abgeschafft worden. Nach unzähligen Putschen, neuen Regierungen und Unruhen hatte das Militär die Macht übernommen und Salazar, den bis dahin kaum jemand kannte, erst zum Finanzminister, dann zum Ministerpräsidenten gemacht. Die durch ihn etablierte Regierungsform, die mit dem damals

»Die Menschen, die von Natur aus Freiheit und Herrschaft über andere lieben, führten die Selbstbeschränkung, unter der sie, wie wir wissen, in Gemeinwesen leben, letztlich allein mit dem Ziel der Absicht ein, darin für ihre Selbsterhaltung zu sorgen und ein zufriedeneres Leben zu führen – das heißt, dem elenden Kriegszustand zu entkommen, der, wie gezeigt wurde, aus den natürlichen Leidenschaften der Menschen notwendig folgt, dann nämlich, wenn es keine sichtbare Macht gibt, die sie im Zaume zu halten und durch Furcht vor Strafe an die Erfüllung ihrer Verträge und an die Beachtung der Naturgesetze zu binden vermag ...«

Thomas Hobbes

»Die eigentlichen und wahren Grundlagen ihrer Verfassung sind stets ungeschriebenen, sie können nie geschrieben werden, ohne den Staat zu gefährden.«

Joseph de Maistre

noch etwas unproblematischeren Wort Diktatur benannt wurde, galt als eine natürliche nationale Reaktion gegen die Mißwirtschaft, die ganz Portugal an den Rand des Abgrunds gebracht hatte. Der konkrete Hintergrund war die drohende Abhängigkeit Portugals von internationalen Kreditgebern, die nur durch ein straffes Sparprogramm vermieden werden konnte. Das nahm Salazar in Angriff und war erfolgreich.

»Es herrschen Ruhe und Ordnung; ein neuer Geist belebt das Land; das Vertrauen ist zurückgekehrt; in der Verwaltung machen sich sittliche Grundsätze gelten, die in ihrer Übung Recht und Gesetz ergänzen; ein Plan zur Gestaltung des Staatslebens gemäß den allgemeinen Grundsätzen der Volksgemeinschaft liegt vor, vom Druck eines sinnlosen Parteiwesens ist das Volk befreit, und obwohl es sich seine Vertreter nicht gewählt hat, fühlt es sich der Macht näher, fühlt es, daß die Regierung recht eigentlich seine Regierung ist und setzt es mehr Vertrauen in ihre Gerechtigkeit und ihr Tun.«

Oliveira Salazar

In einer Rede über die Grundsätze der politischen Nation führt Salazar Hintergründe und Ziele dieser Neuordnung aus. Schuldig an dem Dilemma seien der Liberalismus, der Sozialismus und der Parlamentarismus, die laut Salazar auf Machenschaften eines unsauberen Internationalismus zurückgingen. Daraus folgten die Ohnmacht der Regierung, die Passivität des Staatswesens, die Lähmung des Verfassungsapparats und die Radikalisierung der Selbsterhaltungsbemühungen. Salazars Politik zielte darauf ab, diese verhängnisvolle Entwicklung zu stoppen. Nach wenigen Jahren schon konnte er eine positive Bilanz ziehen: Als oberste Forderung des Handelns stand die Unabhängigkeit der portugiesischen Nation. Salazar verwies explizit auf das ethische Maximum, als er davon sprach, daß »nichts Dauerhaftes aufgebaut werden kann, ohne eine geistige Revolution in den Portugiesen von heute und eine sorgfältige Erziehung der Generation von morgen«. Das Beispiel Portugal wird heute nur wenig Begeisterung wecken, aber es zeigt, daß in Krisenzeiten, die Stabilität und Sicherheit eine Wertschätzung gewinnen, die einen auf vieles verzichten lassen, was dagegen entbehrlich scheint.

Zum Heute: Das politische Minimum unserer Zeit ist die Überzeugung, daß nichts so bleiben darf, wie es ist. Der Fortschritt ist das Maß aller Dinge, Beweglichkeit und Flexibilität sind Grundforderungen unserer Zeit, mit denen sich auch die Aversion gegen all das erklären läßt, das diese Tendenzen begrenzt. Die Forderung nach Stabilität als politischem Minimum führt uns zu einem Problem, das mit dem Paradoxon der Konservativen Revolution gültig beschrieben ist. Denn die Frage damals lautete (ob nun in Portugal oder in Deutschland): Wie läßt sich Stabilität in ein auf Instabilität bauendes System bringen. Aus diesem Problem folgt nicht nur die paradoxe Bezeichnung selbst, sondern eben auch die bekannte Definition, wonach konservatives Revolutionieren bedeute, Dinge zu schaffen, die sich zu erhalten lohnten, und dabei nicht an der Vergangenheit zu hängen, sondern aus dem zu leben, was immer gelte. Um dieses Immergültige muß es beim ethischen Maximum gehen, das dem politischen Minimum den Sinn verleiht. Daß es sich dabei nicht um eine Randfrage handelt, wird an der Reaktion deutlich, mit der Gesellschaft und Politik auf denjenigen reagieren, der mit dem Konsens vom ewigen Fortschritt bricht.

»Kompensationen sind keine absoluten, sondern sie sind endliche Vorgänge und Maßnahmen, die darum für den Menschen angemessen sind und in der Reichweite des Menschen bleiben, da er eben kein absolutes, sondern ein endliches Wesen ist. Wer mehr will als Kompensationen, schürt im Endlichkeitsfelde des Menschen die Absolutheitsillusion, also den Größenwahn.«

Odo Marquard

Daß mit dem Neuerungswahn eine Überforderung des Menschen einhergehe, hat etwa auch der Philosoph Odo Marquard betont. Er wies immer wieder darauf hin, daß der Mensch der Kompensation des Fortschritts bedürfe. Die Geisteswissenschaften, so Marquard, hätten diese Kompensation übernommen, als der Einfluß der Naturwissenschaften mit ihrer weitgehend linearen Fortschrittsauffassung übermächtig zu werden drohte. Sie böten den Ausgleich, indem sie mit ihren Geschichten die lebensweltliche Rückbindung aufrechterhielten und für Orientierung und moralische Selbstvergewisserung sorgten.

An dieser Stelle kommt schließlich die umstrittene Bürgerlichkeit ins Spiel, auf die sich jüngst die AfD berief. Galt Bürgerlichkeit lange als Ausdruck von Spießigkeit und als etwas, das überwunden werden müsse, gilt sie heute im Grunde lagerübergreifend als Grundvoraussetzung für die ungefährliche Teilnahme an der Demokratie. Alexander Gaulands Bemerkung, die AfD sei eine bürgerliche Partei, wurde aus diesem Grund von den politischen Gegnern unisono als anmaßend und grundfalsch zurückgewiesen. Diese Abwehrhaltung ist weniger in einer positiven Bestimmung dessen, was Bürgerlichkeit ist, zu suchen, als in der Angst, daß jemand einen unbesetzten Platz wieder einnehmen könnte. Odo Marquard hat dazu folgende These: »In unserer gegenwärtigen Welt steht es nicht deswegen schlimm, weil es zu viele, sondern deswegen weil es zu wenig bürgerliche Gesellschaft in ihr gibt; denn problematisch an unserer Gegenwart ist nicht die Bürgerlichkeit, sondern die Verweigerung der Bürgerlichkeit, so daß ich nicht zur Flucht aus der bürgerlichen Welt ermuntert werden muss, sondern zur Identifizierung mit der bürgerlichen Welt.«

Marquard widerspricht damit der Auffassung, daß es so etwas wie einen Endzweck der Geschichte gäbe, der etwa in einer dauernden Überwindung des gegenwärtigen Zustands bestehe. Stattdessen sieht er in der Welt der Bürgerlichkeit vor allem die Welt der Herkunft, der Familie, der sittlichen Möglichkeiten der Religion und der Tradition. Diese Welt bietet durch ihre Entlastungsfunktion zwar viele Freiheiten, kann aber in ihrer langweiligen Bodenständigkeit den »Außerordentlichkeitsbedarf« (Marquard) vieler Menschen, denen der Sinn nach radikaler Weltverbesserung und Infragestellung des Überkommenen steht, nicht decken. Dieser »Ausnahmestandard der maximalen Fortgeschrittenheit« ist aber nicht das, was Staaten und Gemeinwesen Stabilität verleiht.

Nun sind diese Worte aus dem Jahre 1994 zwar immer noch wahr, doch bedürfen sie der Konkretisierung. Denn die bürgerliche Gesellschaft hat sich gewandelt. Das, was Marquard noch als bürgerlich bezeichnet, ist bei denen, die sich als bürgerlich bezeichnen, kaum noch vorhanden. Wir finden bei diesen Bürgern stattdessen die Erwartung vor, daß die umfassende Demokratisierung aller Lebensbereiche das Ende der Geschichte einläute. Unsere Gegenwart steht für diese Bürger nicht wegen ihrer eigenen falschen Handlungen unter Generalverdacht, sondern weil die Folge einer schlimmen Vergangenheit auszubaden seien. Sie stellen unsinnige Vollkommenheitsansprüche, sehen in unserem Wohlstand ein Problem und bedienen sich eines unappetitlichen, zivilen Ungehorsams, der den einzelnen nichts mehr kostet. Die Gegenwart erscheint mit der Klimakatastrophe als der negativste Ausnahmestandard, der sich überhaupt denken läßt. All die Merkmale, die Marquard bei den Gegnern des Bürgerlichen ausgemacht hatte, sind mittlerweile bei den Verteidigern des Bürgertums vor der AfD fest etabliert.

Nun haben wir gesehen, daß die Stabilität eine politische Minimalforderung ist, die sich in den staatsphilosophischen Entwürfen immer wieder Bahn bricht, und stehen nicht nur vor der Frage, in welcher Beziehung das Minimum zum Maximum steht, sondern auch welche Bedingungen es für dieses Minimum gibt. Konkret sind dabei die Bedingungen, die wir in einer parlamentarischen Demokratie mit gleichem Wahlrecht und umfassendem Sozialstaat vorfinden. Einigkeit besteht sicherlich darin, daß die gegenwärtige Politik alles andere als eine Politik der Stabilität ist. Die Abschaffung der Grenzen, die völlig ungeordnete Masseneinwanderung und die völlige Entgrenzung der menschlichen Beziehungen durch jegliches Unterscheidungsverbot haben zu einer nachhaltigen Verunsicherung und Destabilisierung der Lage beigetragen. Das bedeutet, daß sich jeder, der Stabilität fordert, in einen klaren Gegensatz zur derzeitigen Politik stellt. Dieser Gegensatz darf nicht dadurch aufgehoben werden, daß man in die Stabilitätsfalle tappt. Recht bald nämlich wird das Angebot auf dem Tisch liegen, eine stabile Rechtskoalition aus CDU und AfD zu bilden. Damit würde sich ein Zustand stabilisieren, der nur eine Konstante hat: die weitere Schleifung des Immergültigen.

Es zeigt sich an diesem Punkt, daß die Frage nach dem politischen Minimum eben nicht ohne die nach dem ethischen Maximum zu beantworten ist. Denn ganz offensichtlich ist es so, daß dieses Minimum ohne ein Maximum nicht erreichbar ist. Daraus folgt zweierlei:

1. Wir müssen die Voraussetzungen für ein politisches Minimum erst schaffen. Wenn das Minimum in Stabilität besteht, muß ein Zustand geschaffen werden, der genau das gewährleistet. Da die Ursachen für den Niedergang unseres Staates bekannt sind, dürfte diese Korrektur, die entsprechenden Befugnisse vorausgesetzt, im Bereich der Möglichkeiten des politischen Handelns liegen.
2. Wir müssen die Frage beantworten, aus welchem Grund sich das Staatsvolk diesem Kraftakt unterwerfen sollte. Wir brauchen eine positive Idee davon, warum die Mühen, die mit einer solchen Schaffung von Grundlagen, notwendig sind. Der Erhalt unserer nationalen Lebensgrundlagen ist notwendig, weil die Welt ohne uns nicht vollständig wäre. Aus der übergeordneten Idee der nationalen Schicksalsgemeinschaft, die mit uns nicht an ihr Ende gelangen soll, folgt die Notwendigkeit des politischen Minimums. ■

»Doch je mehr man realisiert, daß die Fortgeschrittenheit der Gegenwart durch die Fortgeschrittenheit der Zukunft überboten und dadurch entmaximalisiert wird, oder je mehr – insbesondere auch durch den Kollaps der finalisierenden Geschichtsphilosophie – die Utopie des emphatischen oder des revolutionären Fortschritts selber aporetisch wird, droht der Gegenwart der Außerordentlichkeitsverlust.«

Odo Marquard

Literaturhinweise:

Thomas Hobbes: *Leviathan oder Materie, Form und Gewalt eines kirchlichen und staatlichen Gemeinwesens*, Teil I und II, Leipzig 1978;

Josef Isensee: »Die Verfassung als Vaterland. Zur Staatsverdrängung der Deutschen«, in: Armin Mohler (Hrsg.): *Wirklichkeit als Tabu. Anmerkungen zur Lage*, München 1986;

Geord Jellinek: *Die Weltanschauungen Leibniz' und Schopenhauer's. Ihre Gründe und ihre Berechtigung*, Wien 1872;

Joachim Fernau: *Sprechen wir über Preussen. Die Geschichte der armen Leute*, München 1981;

Joseph des Maistre: *Politische Betrachtungen*, hrsg. von Peter Richard Rhoden, Berlin 1924;

Odo Marquard: *Philosophie des Stattdessen. Studien*, Stuttgart 2000;

Platon: *Der Staat*, übersetzt und erläutert von Otto Apelt, Hamburg 1989;

ders.: *Gesetze*, übersetzt und erläutert von Otto Apelt, Leipzig 1945;

Oliveira Salazar: *Portugal. Das Werden eines neuen Staates, Reden und Dokumente*, Essen 1938.

Überlegungen zu einer postmodernen Rechten

von Nils Wegner

Die einfachste Methode, Menschen anzulügen, besteht darin, ihre persönliche Wahrnehmung der objektiven Realität zu verändern – so weit, so moralisch verwerflich (wenn auch in der Sache unbestreitbar). Verständlich also die lautstarke Empörung, als im Februar das von der Linguistin Elisabeth Wehling im Auftrag der ARD erstellte »Framing«-Handbuch an die Öffentlichkeit gelangte. Wirklich? Immerhin handelt es sich bei Wehlings Arbeit zu diesem Thema um keine Geheimlehre, sondern einen umfangreich beforschten Zweig der politischen Kommunikation. Und wenn wir im obigen Einleitungssatz das Wörtchen »anzulügen« gegen »zu überzeugen« austauschen, was ist dann das Nachdenken darüber, »wie eine Nation sich ihr Denken einredet« (Wehling), anderes als ein Aspekt politischen Marketings – oder, ganz konkret, genau jener Gramscismus, der das wesentliche Kennzeichen »der« Neuen Rechten darstellen soll?



Ungeachtet der Implikationen dieser Frage dahingehend, ob wir »den Mächtigen« übelnehmen, was wir selbst gern täten, weil sie eben »die Mächtigen« sind, wirft das Ganze ein bezeichnendes Licht auf den Zustand der real existierenden großwestdeutschen Elitendemokratie: Wo abseits von Wirtschaftswachstum, Grundgesetztreue und »historischer Verantwortung« nichts die »Bevölkerung« verklammert, bedarf es um so engerer Kontrolle der ins Kraut schießenden Partikularinteressen.

Aus rechter Perspektive blicken wir hier gewissermaßen auf die Kehrseite einer »Mosaik-Rechten« à la Benedikt Kaiser (vgl. *Sezession* 77): Bereits 2013 klagten die Verfasser eines »Akzelerationistischen Manifests« die heutige Linke an, sich auf bloße Besitzstandswahrung und lokale Symbolpolitik zurückgezogen zu haben. Fundamentalere Wandel bedürfe hingegen nicht nur phantastischer Strategien zur Erlangung intellektueller Hegemonie, sondern vor allem einer Gegenerzählung zur Verwertungslogik des Neoliberalismus. Diesen Erwägungen liegen genuin postmoderne Versatzstücke zugrunde, und nachdem dieses reichhaltige, wenn auch teils verstörende Feld des Denkens von rechts her lange brachliegen gelassen wurde, ist es hohe Zeit für einige Gedanken zu seiner Bestellung.

Leser mit vorgefertigtem konservativen Weltbild, die vor einem solchen Thema halb angeekelt, halb ärgerlich zurückzucken, seien vorsorglich auf Armin Mohler verwiesen, der bereits Ende der 1980er in *Criticón* über das Wirken des Postmoderne-Chronisten Wolfgang Welsch berichtete und der Rechten eine Beschäftigung mit der damaligen »Modephilosophie« dringend nahelegte; letztlich ohne Erfolg. Was bleibt, ist Mohlers Mahnung, der nachzukommen schon die Suche nach neuen Ufern gebietet. Und nicht zuletzt der damals noch zu Füßen Donald Trumps sitzende Stephen Bannon sorgte Anfang 2017 für internationales Aufsehen,

Vorbemerkung: Das Schlagwort von der »Postmoderne« im heutigen Sinn stammt aus der Literaturwissenschaft und hat nur dort seinen Platz. Wesentlich popularisiert hat es der 1968er-Vortrag »Cross the Border – Close the Gap« von Leslie Fiedler. Seit seiner Übernahme in die Philosophie durch Lyotard ist der Begriff mit jeweils anderer Bedeutung in alle Geisteswissenschaften eingegangen, ganz zu schweigen von der Alltagssprache; so konnte die »Postmoderne« schon zu ihrer Hochphase in den 1990ern alles und nichts heißen. Zugunsten der Lesbar- und Verständlichkeit des Texts müssen hier allerdings gehäufte Anführungszeichen ebenso unterbleiben wie eine Trennung zwischen »postmodern« und »postmodernistisch«.

Die vertiefende Beschäftigung mit (Hinter-)Sinn und Grenzen des Konzepts bleibt jedem Leser selbst überlassen.

als er eine große »Dekonstruktion« in Aussicht stellte – womit letztlich aber doch nur das libertäre Mantra vom Rückbau des Verwaltungsstaats gemeint war.

Gewiß stehen die meisten postmodernen Denker und Theoretiker im engeren Sinne mehr oder weniger dezidiert links. Wo auch sonst: Der Konservative an sich wird sich heute wie vor 50 Jahren kaum bemüht sehen, Herrschaftsstrukturen und Institutionen zu hinterfragen und zu kritisieren. Das ist stets eine genuin linke Beschäftigung geblieben, auch wenn sie uns im Angesicht einer der Rechten rigoros feindselig gegenüberstehenden Beamtenkaste nicht schlecht zu Gesicht stünde.

Nun also: Was sind die bestimmenden Wesenszüge unserer Befindlichkeit, dieses postmodernen Zustandes?

1. Kollaps der »Metanarrative«, also der die Gemeinschaft in all ihren Unterteilungen (Verwaltung, Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft ...) auf ein einziges Ziel hin ausrichtenden inklusiven Groß Erzählungen. Diese mit bloßen »Ideologien« gleichzusetzen, greift zu kurz; vielmehr lieferten Metanarrative die historiographische Rückbindung der modernen Primärideologien Liberalismus, Sozialismus und Faschismus. Strenggenommen stellte die Aufklärung selbst den Niedergang des christlichen Metanarrativs dar; die Postmodernisten haben die Postmoderne also nicht einfach erfunden, sondern sie vielmehr *vorgefunden*, sie *diagnostiziert* und auf sie *reagiert*, weshalb sie sowohl Nietzsche als auch Heidegger zu Vordenkern erklären können.

Lyotard schrieb im wegweisenden *Postmodernen Wissen*: »In äußerster Vereinfachung kann man sagen: »Postmoderne« bedeutet, daß man den Meta-Erzählungen keinen Glauben mehr schenkt.« Diese entsprechen dem, was man heute »Totalitarismus« nennt, und wer – so oppositionell er sich auch geben mag – ist schon bereit, dieses ganz spezielle Stigma zu tragen?

2. Zumindest im Westen wirtschaftlicher Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, je nach Theoretiker vom Monopol- zum multinationalen oder Konsumkapitalismus/ »Spätkapitalismus«, und somit Konstitution eines neuen Verhältnisses der Menschen zu Arbeit und Konsumgütern, zu welchen letzteren auch die Medien zählen. Dies hat schwerwiegende Auswirkungen auf die gesamte individuelle Lebensgestaltung, wie sich augenfällig am heute verhältnismäßig hohen konsumatorischen Lebensstandard selbst einfachster Fließbandarbeiter ablesen läßt, während klassische Marker von stabilem Wohlstand vollkommen in den Hintergrund getreten sind, insbesondere der Hausbesitz.

3. Neue Medien- und Kommunikationstechnologien und dadurch ein neues Verhältnis der Menschen zu Ereignissen überall auf der Welt, zu Fragen der Repräsentation und selbst der Wahrheit als solcher. Vor allem, damit einhergehend: eine nie zuvor gesehene Ausbreitung der Zeichen und Bilder, die auch die neurotopographische Infrastruktur unseres Denkens unmittelbar zu beeinflussen vermag. Wo sich bereits nachweisen ließ, daß das Aufkommen des Schwarz-Weiß-Fernsehens zu monochromem Träumen der Menschen führte, so werden die radikal geschrumpften Aufmerksamkeitsspannen unserer heutigen Zeitgenossen sicher nicht die letzten Konsequenzen der multi- und crossmedialen Allgegenwart gewesen sein. Vielmehr führt die ununterbrochene und vor allem auf Bildern aufgebaute virtuelle Gegenwart nicht nur zu fundamentalen kognitiven Veränderungen, sondern auch emotionalen und solchen des Verhaltens.

Von überragender Bedeutung für eine zeitgemäße und sich in Aussicht auf eine immer weiter beschleunigte Zukunft rüstende Rechte ist innerhalb dieses Dreiklangs eine so rigoros wie nur möglich ausfallende Medienkritik. Der Grund liegt auf der Hand: Während sich die einschlägigen Medien zur Zeit einer scheinbar schlagkräftigen parteiförmigen Rechten (Republikaner) wie wildwüchsig-untergründigen »Neuen Rechten« in der ersten Hälfte der 1990er vorsichtshalber in fast gänzlichem Verschweigen übten und die Abweichler so zum guten Teil öffentlich unsichtbar machen konnten, wick dieses Ausblenden im neuen Jahrtausend einer Art von überheblich-amüsiertem Geplänkel. Vorbild war der joviale und lässig-

»Unsre Zeit erinnert sehr an die Auflösungsperiode des griechischen Staates: alles ist noch so, wie es vor alters war, aber keiner glaubt's, daß es so bleibt. Das unsichtbare Geistesband ist verschwunden, daher die ganze Zeit zugleich komisch und tragisch ist (...). Aber laß die Zeit nur zehren; je mehr sie von dem substantiellen Gehalt, der in der romantischen Liebe lag, aufgezehrt hat, um so größer wird auch das Verderben sein, und man wird mit Schrecken und Verzweiflung sehen, wie unglücklich man sich selber gemacht hat.«

Søren Kierkegaard: *Entweder – Oder. Ein Lebensfragment*, Leipzig 1885.

Bunkerübung, Bronxville,
New York 1952.



»Psychologen verwenden den Begriff ›Sozialisation‹, um den Vorgang zu beschreiben, durch den Kinder darauf trainiert werden, so zu denken und zu handeln, wie es die Gesellschaft verlangt. Eine Person gilt dann als gut sozialisiert, wenn er an den Moralkodex seiner Gesellschaft glaubt, ihm gehorcht und sich brav als ein funktionierendes Teil in diese Gesellschaft einfügt. Es mag unsinnig scheinen, zu behaupten, dass viele Linke übersozialisiert seien, denn schließlich gilt der Linke allgemein als ein Rebell. Nichtsdestoweniger läßt sich diese Position begründet vertreten. Viele Linke sind nicht so rebellisch, wie sie scheinen.«

Theodore Kaczynski:
Industrial Society and Its Future (1995), Abs. 24.

»Kämpfe nicht gegen die Kräfte an; benutze sie.«

Richard Buckminster Fuller, in: *Shelter. Magazine of Modern Architecture* 4/1932, S. 36.

ironische Umgang der linksliberalen US-Medienlandschaft mit dem seltsamen Zusammengehen von christlicher Rechter und technokratisch-imperialistischen Neokonservativen.

Daß in 2010er Jahren aus dem sprichwörtlichen Blauen heraus eine überraschend hartnäckige Partei und eine zeitweilig aufsehenerregende Bürgerbewegung hinzutraten und den zuvor zur etablierten Zufriedenheit völlig erstarrten politischen Betrieb stellenweise aufbrechen konnten, schuf ein Spannungsverhältnis: Einerseits war es unumgänglich, weiterhin das künstlich erzeugte Publikumsbedürfnis nach Gruselgeschichten über »nette und kluge Nazis von nebenan« zu bedienen. Auf der anderen Seite steht der Mechanismus, daß alles Berichtete zwangsläufig aufgewertet wird und der maßgeblich auch von und mit ebendiesen Medien ausgehandelte *Status quo* nicht tatsächlich ins Wanken gebracht werden darf: *Psychopathia medialis*.

Von unvoreingenommener und/oder objektiver Berichterstattung zu träumen, ist nicht nur vor diesem Hintergrund eine völlige Kinderei – sind doch Medienethik und Privatheit in Wahrheit Erfindungen gerade einmal des späten 19. Jahrhunderts, also »soziale Konstrukte« *par excellence*. Ebenso hat es überhaupt keinen Sinn, in diesem Zusammenhang von einem »Infokrieg« zu sprechen, weil demnach alle Beteiligten mit Fakten und Sachargumenten im ergebnisoffenen Wettbewerb gegeneinander antreten müßten – nichts entspricht in der medialen Sphäre jedoch weniger der Wahrheit. Berichtete wird über solche Themen und in solch einer Weise, daß der Redaktionsagenda und -bilanz gedient ist, ebenso wie Behörden nur solche politischen Veranstaltungen zulassen, die nicht die Interessen der jeweils aktuell Herrschenden tangieren. Dies anzuerkennen, käme insbesondere denen zugute, die sich so dezidiert auf »1989« berufen: Immerhin hatte die real existierende »Wende« einen erheblichen ökonomischen Leidensdruck und schwere geopolitische Verwerfungen zur Voraussetzung. Medien vorzeigbarer Reichweite sind zwangsläufig Vektoren der Macht, und Macht ist stets ein Nullsummenspiel.

So gesehen gibt es auf dieser Welt überhaupt nur zwei Dinge, die wirklich existieren: Wahrheit und Macht. Und beide stehen oft im Widerspruch zueinander. Tatsächlich lassen sie sich entlang einer unorthodox gedachten Links-rechts-Polarität anordnen, wobei das Streben nach Macht – worunter wir direktes wie indirektes sozial-gesellschaftliches Wirkvermögen verstehen wollen – *de facto* Kennzeichen der »übersozialisierten« Linken ist, das Streben nach und die Berufung auf die Wahrheit hingegen tendenziell rechts angesiedelt ist. Das klingt erstmal ganz hervorragend und nach einer sehr bequemen moralischen Position – nur muß man eben trotzdem mit beiden Polaritäten interagieren können. Man kann nicht in ein Spiel mit gezinkten Karten einsteigen und darauf spekulieren, mittendrin die Regeln ändern zu können – unter den gegebenen Umständen kann man nur entweder nach den Regeln des Gegners spielen oder gar nicht.

Wohl darin liegt die wahre Crux der Sache für die Dissidenz – ob nun »neurechter« oder sonstwelcher Art, denn es geht hier ja eben gerade *nicht*

um irgendeine wie auch immer geartete »große Erzählung«, sondern um das eigentliche Gerüst darunter: Die Konsequenz aus der Erkenntnis, daß alle versuchte Einflußnahme auf »den Diskurs«, aller Aktionismus und jede »Provokation« unter den gegenwärtigen, gänzlich marktbestimmten Bedingungen öffentlicher Kommunikation nur in eine »Simulation« und das Marionettentheater der Meta-Medien münden kann, ist entweder Resignation oder Zynismus.

Das verzweifelte Auftreten als Tanzbär eines bindungs- und wurzellosen Individualismus als scheinbar einzig denkbarem Gegenmodell zu einem unterdrückerischen linksliberalen »Kollektivismus«, wie es insbesondere der Kanadier Jordan B. Peterson und einige andere populärphilosophische Quacksalber seit einigen Jahren pflegen, kann jedenfalls kaum die Antwort sein. Und die Rechte kann auch keinerlei Sympathien gewinnen mit dem – meist ins Erbärmliche abgleitenden – Versuch, den Schutz potentieller Opfergruppen für sich zu reklamieren, momentan vor allem von Juden und sexuell Devianten gegenüber »dem Islam«. Jüngstes, wohl nur noch schwer zu übertrumpfendes Beispiel: Die am 31. August in Boston, Massachusetts abgehaltene »Straight Pride Parade« zur Feier der Heterosexualität – unter der Schirmherrschaft des bankrotten homosexuellen Berufstrolls Milo Yiannopoulos. Hinter solchen schlechten Imitationen steckt die fatale Grundannahme, die besonders von der liberalkonservativen *Alt-Right* als kollektivistischer Dämon an die Wand gemalte »intolerante Linke« in Sachen Liberalismus übertrumpfen zu können. Das aber ist nichts anderes als das Aufeinander-Herumhacken von Vögeln, die gelernt haben, ihren Käfig zu lieben – unter medialem Beifall.

Vor diesem Hintergrund gibt es zum Zynismus also genug Anlaß, wenn wir ihn in klassischer Weise als »existentialistischen Protest« (Klaus Heinrich) gegenüber der dräuenden Sinnlosigkeit verstehen wollen. In jedem Fall scheiden sich hier ernsthafte Versuche eines produktiven Umgangs mit der *Postmodern condition* von reinen Mätzchen wie einem entgrenzten Relativismus (den tatsächliche Theoretiker wie der oberste Dekonstruktivist Jacques Derrida stets abgelehnt haben) und vor allem einer allgegenwärtigen Ironie, die sich schon Mitte der 1990er überlebt hatte und – selbst kommodifiziert – zu einem Vehikel der Werbebranche verkommen war, wovon frühe Aufrufe zu ihrer diskursiven Überwindung mittels *Post-irony* und *Neo-sincerity* zeugen. Daß gerade sie sich bei interessierten, aber oberflächlichen Beobachtern so sehr als Charakteristikum eingepreßt hat, zeugt von der steten Gefahr, zwischen den unzähligen Metaebenen und rhizomatischen Auswüchsen des weitläufigen Themas die Orientierung zu verlieren.



Es ist nur folgerichtig, wenn Jack Donovan im abschließenden Teil seiner Trilogie der Mannhaftigkeit, der sich in den letzten Zügen der Übersetzung befindlichen Nietzsche-Hommage *A More Complete Beast*, die Frage danach stellt, wieviel Loyalität ein vor allem um Infantilisierung, Bemutterung und Verwertung seiner Partikel bemühtes Gemeinwesen verdient hat.

Ein erster Schritt in die richtige Richtung mag die radikale Entkopplung von der Vermarktungslogik sein, weg vom Haschen nach »Likes«, Auflagenhöhen und verkauftem Nippes, unter völliger Aufkündigung jeder Zusammenarbeit mit den Dissens vernutzenden Klischeemedien. Sie muß – aufgrund der im heutigen »Konsumkapitalismus« unentflechtbar engen Verbindung zwischen Kulturindustrie und liberalem System, wie sie Medientheoretiker wie Stiegler und insbesondere Baudrillard ange mahnt haben – zu einer gänzlich neuen In-Beziehung-Setzung zur politisch-gesellschaftlichen Realität führen. In der Folge wird man sich Fragen der Machbarkeit und Wünschbarkeit einer Massenresonanz widmen können.

Ein solches Denken macht in jedem Fall frei und verleiht den nötigen Schwung, um Türen hinter sich zuzuschlagen und neue aufzureißen. Nicht aber, um mit dem Kopf durch die Wand zu gehen, denn da wären wir wieder beim Akzelerationismus. Dazu lieber ein andermal. Um abschließend noch einmal Deleuze zu bemühen: »Weder zur Furcht noch zur Hoffnung besteht Grund, sondern nur dazu, neue Waffen zu suchen.« ■

»Es gab mal eine Zeit, in der Ironie euch zu krassen Typen gemacht hat. Heute seid ihr damit einfach nur noch langweilig. Ihr habt euch zu Tode »gesiegt.«

»Borzoï«, Postmoderne-Spezialist des alternativ-rechten TRS-Netzwerks, via Twitter am 30. August 2019.

»Was sind die Ziele dieser Gesellschaft, die von Dir verlangt, daß Du nützlich bist? Weißt Du das überhaupt? Wo liegen ihre Grenzen, und von welchen Grundannahmen wird sie bestimmt? Was ist ihr Telos? Wo will sie hin? Warum hilfst Du ihr dabei? Bist Du vielleicht nur ein nützlicher ... Idiot?«

Jack Donovan: *A More Complete Beast*, Hood River 2018.

Literaturhinweise:

Jean Baudrillard: *Kool Killer oder Der Aufstand der Zeichen*, Berlin 1978;

Gilles Deleuze: »Postskriptum über die Kontrollgesellschaften«; in: ders.: *Unterhandlungen. 1972–1980*, Frankfurt a. M. 1993, S. 254–262;

Jean-François Lyotard: *Das postmoderne Wissen. Ein Bericht*, Wien 1986;

Marshall McLuhan: *Die magischen Kanäle*, Düsseldorf u. Wien 1968;

Bernard Stiegler: *Hypermaterialität und Psycho-macht*, Zürich 2010;

Paul Virilio: *Information und Apokalypse. Die Strategie der Täuschung*, München u. Wien 2000;

Wolfgang Welsch (Hrsg.): *Wege aus der Moderne. Schlüsseltexte der Postmoderne-Diskussion*, Weinheim 1988;

Bernard Willms: »Politik als Erste Philosophie – oder: Was heißt radikales politisches Philosophieren?«; in: Volker Gerhardt (Hrsg.): *Der Begriff der Politik. Bedingungen und Gründe politischen Handelns*, Stuttgart 1990, S. 252–267.

Normalisierungspatriotismus

von Götz Kubitschek

Das seit Jahren kräftiger werdende alternative, widerständige und bürgerliche Projekt AfD muß eine entscheidende Ausrichtungsfrage beantworten: Was ist politisch noch möglich? Was wäre unser politisches Minimum?

Man kann zur Beantwortung dieser sehr wichtigen und aktuellen Frage auf dutzende Stellungnahmen aus den vergangenen Jahrzehnten zurückgreifen, aber bevor man dies tut, muß eines geklärt sein: Das Politische folgt anderen Bewegungsgesetzen als das Metapolitische. Was für den einen Bereich zwingend gilt, darf im anderen vernachlässigt werden oder kann sogar außer acht bleiben. Diese beiden Bereiche erneut deutlicher voneinander zu scheiden, mag also eine Nebenwirkung der folgenden Überlegungen sein, und das bedeutet: Neben einem politischen Minimum wird ein metapolitisches Maximum herausgearbeitet werden müssen – später einmal.



1994 veröffentlichte der damals 35jährige Historiker und Gymnasiallehrer Karlheinz Weißmann unter dem Titel »Herausforderung und Entscheidung« einen Text »Über einen politischen Verismus für Deutschland« (so der Untertitel). Dieser Aufsatz erschien in dem von Heimo Schwillk und Ulrich Schacht herausgegebenen Sammelband *Die selbstbewußte Nation* – einem der wichtigsten und wirkmächtigsten Projekte der sogenannten Neuen demokratischen Rechten, die den nicht-linken Schwung der Revolution von 1989 aufnehmen und Kräfte für eine politische Wende zu sammeln versuchte.

Neben Weißmann, Schwillk und Schacht ist der organisationsstarke Rainer Zitelmann als treibende Kraft dieses Versuchs zu nennen. 1994 war dieses Gegenlager auf dem Höhepunkt seines Einflusses angelangt, aber bereits Ende 1995 existierte die »Neue demokratische Rechte« nicht mehr, und es folgten die für den rechtskonservativen Ansatz schrecklichen zehn bleiernen Jahre – eine unerträgliche Zeit des Niedergangs der Projekte der Vorgängergeneration und des selbstausbeuterischen, unglaublich zähen Ausbaus weniger verlorener Posten: Die *Junge Freiheit* wäre an erster Stelle zu nennen, aber auch das Institut für Staatspolitik, der Verlag Antaios und die *Sezession* gehören dazu.

Zurück zu Weißmanns Text von 1994. Weißmann stellte darin zehn Thesen auf, in denen er die politische Lage zu beschreiben und Handlungsoptionen für eine realpolitische Rechte aufzuzeigen versuchte. Interessant sind Weißmanns Überlegungen auch nach fünfundzwanzig Jahren noch. Er betonte das sich abzeichnende globale Pluriversum, thematisierte den schlechten Einfluß der Postmoderne auf die notwendige Verbindlichkeit der Institutionen, forderte mehr Staat und ein neues Denken und skizzierte die Umriss eines »neuen Meinungslagers«, das »im innenpolitischen Streit eine exzentrische Position bezieht, die jenseits der alten Abgrenzungen liegt«.

Das Thema der 20. Sommerakademie des Instituts für Staatspolitik lautete »Das politische Minimum«. Auf den folgenden Seiten: Bilder und Kubitscheks Vortrag in gekürzter Fassung.

Das für die Frage nach dem politischen Minimum Interessanteste an Weißmanns Text ist aber, daß er einen politischen Begriff zu setzen versuchte, hinter dem sich die »Neue demokratische Rechte« nicht nur sammeln, sondern mit dem sie zugleich Bescheidenheit nach außen signalisieren und eine Wahrnehmungs- und Sprechweise nach Innen festlegen sollte. Im Vorspann zu seinen Thesen schreibt Weißmann:

»Als ›Verismus‹ bezeichnet man in der Kunstgeschichte eine Tendenz, die die Dinge ihrer ›wahren‹ Natur gemäß zeigt, d. h. auch vor der ›häßlichen Wahrheit‹ nicht zurückscheut, sondern dem Betrachter alles, wie es ist, vor Augen führt. Unter politischem ›Verismus‹ sei deshalb eine Position verstanden, die sich der Realität verpflichtet weiß, die ›Tabuisierung der Wirklichkeit‹ (Armin Mohler) ablehnt, den tröstlichen Unsinn meidet und dem inflationär gewordenen Schonungsbedürfnis mißtraut.«



Soweit, und der Verzicht auf jedes Pathos, den dieser politische Verismus impliziert, dieses Bescheidenheitssignal diktierte Weißmann die zehnte These in die Feder – sie wirkt wie eine nach außen gekehrte Handfläche, wie ein »seht her, wir kommen unbewaffnet«. Diese zehnte These lautet: »Alle großen politischen Verschiebungen haben vor allem einen Wandel der Mentalität zur Folge. Das gesellschaftliche Klima schwankt erst unmerklich, dann deutlicher, was Auswirkungen auf die kollektiven Wertvorstellungen und Dispositionen hat. In diesen Zusammenhang gehören zum Beispiel die Phasen der Großen Ernüchterung in der Geschichte, etwa der Übergang zur ›Realpolitik‹ nach den Blühträumen der 48er Revolution im 19. Jahrhundert. Dem vergleichbar ist der ›Verismus‹ bis jetzt nur ein Niederschlag der veränderten politischen Atmosphäre, es handelt sich noch nicht um eine ›Weltanschauung‹, noch nicht um eine ›Lehre‹. Es entsteht vielmehr eine Plattform für Denkversuche, man beläßt es bis auf weiteres bei der Möglichkeit zur Revision und bewahrt sich davor, allzu schnell die notwendigerweise schwierigen Überlegungen abzuschließen.«

In die Gefahr, schwierige Überlegungen allzuschnell abzuschließen, geriet die »Neue demokratische Rechte« gar nicht mehr – sie zerflatterte, nachdem ein erster großer, bis in die CDU hinein reichender Schluß an der berühmten Feigheit der Mitte scheiterte. Was seit diesem Versuch immer und immer wieder im neurechten Lager diskutiert wird (nicht bezogen auf das innere geistige Reich, sondern ausschließlich auf Umsetzungsfragen!), hat in Weißmanns Text über den politischen Verismus eine Grundlegung erfahren. Weißmanns nur andeutende, weil eben öffentliche Hinweise auf ein kluges, mit einer seiner Lieblingsvokabeln ausgedrückt: realpolitisches Verhalten im vopolitischen Raum, hat das schwierige und langwierige Herüberziehen der für Mehrheiten unabdingbaren Mitte bereits zum Hauptziel erklärt, dem alles andere unterzuord-

Benedikt Kaiser, Autor und Lektor bei Antaios, trug zum Thema »Postpolitik« vor. Eine gekürzte Fassung seines Vortrags findet sich in diesem Heft auf den Seiten 26–31.

© Alle Fotos dieses Beitrags von Simon Kaupert



Alice Weidel, mit Alexander Gauland zusammen Fraktionschefin der AfD im Bundestag, trug über »Politik in Berlin« vor und umriß den Anspruch ihrer Partei.

nen sei. Denn wer politisch gestalten will, braucht Macht, und Macht ist in einer Demokratie nur über demokratisch legitimierte Mehrheiten zu erreichen – parlamentarisch, direkt oder appellativ.

Auf dem mühsamen Weg dorthin muß die mögliche Mehrheit an Vokabeln, Argumente, Grundlagen, Wertungen und Tabus gewöhnt werden, deren sie jahrzehntelang entwöhnt wurde. Die Neudeutung und Rekonstruktion der kaputten Begriffe und falschen Schlußfolgerungen muß dabei wie ein langsames Unterschieben organisiert werden. Die Gefahr der Ungeduld und der Machtphantasie bewog Weißmann dazu, der konservativen Intelligenz eine sehr bescheidene, aber gerade dadurch vielversprechende Grundlagenarbeit zu empfehlen: Ihr »politischer Verismus« müsse als ein Sammeln, Hinweisen, Aufdecken, Sortieren auftreten, keinesfalls als reine Lehre oder eine irgendwie geartete Kompromißlosigkeit, kurz: nicht als weltanschauliches Maximum, sondern als politisches Minimum, als anschlussfähiger Minimalkonsens, abgesichert durch eine geradezu brutale Abtrennung jener Teile von rechts, die in die Mitte hinein nicht vermittelbar wären. Wer Weißmann je über das Scheitern der »Neuen demokratischen Rechten« sprechen hörte, weiß, daß dies sein politisches Trauma war und ist und daß er angesichts einer zweiten Chance (also jetzt, heute, gerade eben!) deren möglichen Verankerung in der mehrheitsbeschaffenden Mitte alles andere unterordnen würde.



Sprung, dreizehn Jahre später, 2007, wiederum Weißmann. Er schrieb, das war selbstverständlich, den Eröffnungsband für die neue *reihe kaplaken* im Verlag Antaios. *Das konservative Minimum* erschien im Herbst und hat sich über die Jahre zu einem der bestverkauften Bände der Reihe entwickelt.

Weißmanns Ton ist in diesem Buch ein anderer als der von 1994. Das hat seinen Grund in der politischen Flaute, in der damals agiert werden mußte, in den von außen auferlegten Beschränkungen auf die Ausgestaltung und Konsolidierung der eigenen Strukturen. Noch 2011 bezeichnete Weißmann etwa die *Junge Freiheit* und das *Institut für Staatspolitik* als Projekte, die »zu einer Zitadellenpolitik gezwungen« seien.

In dieser Lage schrieb Weißmann härter, direkter, unversöhnlicher als 1994. Sein *konservatives Minimum* ist in seinen eigenen Worten »eine Kampf-Ansage«. Er hatte längst die Gefahr erkannt, daß der Begriff »konservativ« zu einer Versöhnungs- und Beschwichtigungsfloskel verkommen würde, zu einem Sedativum, einem politischen Beruhigungsmittel.

»Das«, so Weißmann, »bedeutet allerdings einen Mißbrauch, dem hier begegnet werden soll. Deshalb ist das folgende als Inhalts- und Positionsbestimmung zu verstehen, als ein Versuch, dem Begriff »konservativ« wieder einen guten Sinn zu geben, und das heißt: ihn als Kampfbe-griff zu etablieren.« Der Kampf müsse aufgenommen werden: »Das, was

Reinhard Maurer treffend als »nachfaschistischen Defaitismus« bezeichnet hat, müssen wir hinter uns lassen, den Kleinmut abstreifen, die lähmende Empfindung der vorweggenommenen Niederlage.«

Das konservative Minimum ist die stringente und dichte Aufladung eines Kampfbegriffs. Um die harte Entgegensetzung zu illustrieren, zitierte Weißmann den damaligen Papst Benedikt XVI. und Thomas Mann: »Leben«, so Mann, sei der »im höchsten, religiösen Sinn konservative Begriff«; und der Papst sprach mit Blick auf unsere Zeit von einer »Kultur des Todes«, die sich als Vitalität maskiere und alles abräume, was an gedeihlicher Substanz, an Hegung, Dankbarkeit, Wohlverhalten, an Respekt vor der Vielgestaltigkeit, dem Schicksal und der Geschichte vorhanden sei. Dagegen habe man anzutreten, so Weißmann, denn:

»Unsre Existenz ist bindungslos, heimatlos, haltlos, glaubenslos geworden, und damit sind dem Leben feindliche Kräfte aufgestiegen.« Daraus sei Legitimität zum Widerstand abzuleiten, und wenn dieser Kampf, dieser Widerstand heute möglich scheine, »jedenfalls aussichtsreicher als in der jüngeren Vergangenheit, dann vor allem, weil die Konservativen weniger Rücksicht zu nehmen haben. Die Partearaison kann ihnen gleichgültig sein, denn von denen, die sie vertreten, haben sie nichts zu erwarten.«



Weißmann wähnt – zurecht – die Wirklichkeit auf seiner Seite und schreibt in einem verhaltenen Zorn gegen den »Konsens der Beschwichtiger« an, »deren Entschlossenheit, die Fakten zu verschweigen oder ruchlosen Optimismus zu pflegen um so größer wird, je eindeutiger die Tatsachen gegen sie sprechen.«

Und weiter: »Es geht aber um Tatsachen, ganz gleich, ob es sich dabei um die Kriminalitätsrate handelt oder um den Analphabetismus, um die Kosten der europäischen Integration oder die Fälschung der deutschen Geschichte. Die Tatsachen bilden – nach einem Wort Heimito von Doderers – »unter den Erscheinungen des Lebens gewissermaßen das gemeine Volk ... allerdings ein Volk mit derben Fäusten.«

Es steckt in dieser optimistischen Legitimation des konservativen Widerstands die Überzeugung, daß die bizarren Gesellschaftsexperimente und Identitätskonstrukte, der hybride Individualismus und die Verbiegung des gesunden Menschenverstands, mithin die Vernutzung der Bestände tatsächlich von den derben Fäusten der Tatsachen und den kalten Duschen der Realität vertrieben und weggespült würden, wenn sie denn endlich mit voller Wucht direkt auf den Lebensvollzug durchschlugen.

So ähnlich hatte Weißmann das 1994 auch schon ausgedrückt, und das Warten auf den Kairos, den Einbruch der Tatsachen ist ja nachgerade eine konservative, rechte Hoffnungsphrase. Spätestens der Blick auf

*Caroline Sommerfeld,
Autorin bei Antaios und
Sezession, referierte über
»Das unsichtbare Böse«.
Ihr Vortrag ist in diesem
Heft auf den Seiten 32–39
abgedruckt.*



Konrad Weiß, Unternehmensberater und vormals Pressereferent bei Strache, trug über das bizarre Thema »Politik in Wien« vor.

das Jahr 2015 sollte jedoch klarmachen: Die Hoffnung auf die Belehrung durch die Realität ist eben doch nicht nur eine Phrase.

Bleibt eines zu erwähnen: Den Begriff »politischer Verismus« versuchte Weißmann in seinem »konservativen Minimum« nicht erneut zu setzen.



Es ist müßig, immer wieder auf die Bilanz der Politik der letzten Jahrzehnte hinzuweisen. Dieser schleichenden Katastrophe, dieser Auflösung aller Dinge fehlt das Alarmierende. Unsere Zivilisation? Für Arnold Gehlen ist das nichts anderes als die »Katastrophe im Zustand ihrer Lebbarkeit«. Das von Max Weber beschriebene »stählerne Gehäuse« aus Institutionen, Bedürfnisbefriedigung und Verwaltungsnotwendigkeit, in das sich der einzelne Mensch innerhalb der Massengesellschaft gezwängt sieht, garantiert diese Lebbarkeit und schnürt natürlich auch den Politiker in ein Korsett: Er wird zum anti-erhabenen Typ – wenn er es nicht schon immer war – und kann keine Alternative mehr formulieren. Die einzig realistische politische Alternative besteht in der Erkenntnis, daß, wenn überhaupt, dann in der Stärkung des Mehrheitsprinzips noch Widerstandsreserven gegen die massiven staatlichen Selbsterstörungstendenzen zu finden sind.

Barbara Rosenkranz, ehemals für die FPÖ im Nationalrat, mahnte in einem Streifzug durch die Geschichte des Politischen dazu, nicht im Getriebe aufzugehen.



Dazu aber ist nicht nur eine eindeutige Parteinahme für die Demokratie erforderlich, sondern auch die Bereitschaft, »anknüpfend« zu agieren. Denn wo außer in einer Mobilisierung der »Mitte«, im Namen des gesunden Menschenverstandes, wäre es heute noch möglich, Mehrheiten für eine andere Politik zu finden?



Der wortgewaltige, CDU-konservative Publizist Peter Glotz prägte 1994 für die zu Anfang erwähnte Gruppe der »Neuen demokratischen Rechten« einen zweiten Begriff. Er nannte sie die »Normalisierungsnationalisten«, und er tat dies nicht in zustimmender, sondern in beschreibend-entlarvender Absicht. Denn in dem durchaus treffenden Wort steckte zugleich die recht bescheidene Absicht des Projekts (nämlich: der Normalität wieder zu ihrem Recht zu verhelfen) und eine Warnung (nämlich: vor einem neuen Nationalismus in einem größer gewordenen, vielleicht doch nicht ganz widerlegten Deutschland).

Ich plädiere dafür, diesen Begriff nun zu setzen, ihn affirmativ zu verwenden, denn er ist eingängiger als der vom »politischen Verismus« und dynamischer als der immer wieder kursierende »neue politische Realismus«. Aber: Geeigneter und treffender als die von Peter Glotz verwendete Variante ist eine um seinen denunziatorischen Aspekt bereinigte Fas-



sung: Nichts dürfte das AfD-Projekt und sein »politisches Minimum« so genau treffen wie der Begriff »Normalisierungspatriotismus«. Darin stecken Minimalziel, Anknüpfungsfähigkeit, Ungefährlichkeit, Bezugspunkt, kurz: der kleinste gemeinsame Nenner in einem Wort.

Der sehr junge Roman Möseneder sprach über sein Wirkungsfeld: den Netzwerkaktivismus.

Die Normalisierung der Verhältnisse, die Herstellung von Normalität in allen Lebensbereichen, Verfahrensfragen und Politikbereichen ist zugleich eine politische Minimalforderung und beinahe schon eine Überspannung der Kraft, und dies, obwohl in dem Aufruf zur Normalisierung das Defensive, das In-ein-Gleichgewicht-Bringen steckt – keinesfalls eine Überdehnung in die andere, die nicht-linke Richtung.



Normalisierungspatriotismus: Das ist die Wiederherstellung des Selbstverständlichen und Tragfähigen, die Rekonstruktion des Angemessenen und Zuträglichen, und bereits das ist, so bescheiden es klingt, eine Herkulesaufgabe. Sie anzugehen und zu meistern, bedarf eines Bekenntnis- und Widerstandsmutes, der weit jenseits dessen liegt, was dem durchschnittlichen Bürger unserer Tage zuzumuten wäre. Gleichzeitig aber muß dieser überschießende Mut zur Normalisierung getragen werden von einer »Einsicht in das, was geht«.

Überschießender Mut oder politische, taktische Klugheit – wann ist was an der Reihe? Es war der Sloterdijk-Schüler und jetzige Bundestagsabgeordnete Marc Jongen, der in einem FAZ-Interview die Entmännlichung unseres Volkes mit einer »thymotischen Unterversorgung« erklärte, den »überlebensnotwendigen Wechsel in die Tonlage des Zorns« forderte und die innerparteiliche Revolte verteidigte. Denn was wäre geschehen, hätte man – um ein Beispiel aus der AfD selbst zu bringen – auf diejenigen Ratgeber gehört, die 2015 als Folge des Abgangs von Hans-Olaf Henkel und Bernd Lucke das Ende der Partei prognostizierten und vor einer Entwicklung der AfD zu einer »Lega Ost« warnten? Die grundsätzlichen, überschießenden, rechten Kräfte innerhalb der Partei wären marginalisiert worden, und als Ergebnis der »geschulten Rücksichtslosigkeit des Blicks in die Realitäten« (wiederum Weißmann) wäre es zu einer raschen und fast geräuschlosen Einbindung der AfD in der Rolle eines Mehrheitsbeschaffers für die CDU gekommen – mit Personal, das schon immer zum Establishment dazugehörte und weiterhin dazugehören wollte, und mit ausgewählten Neulingen, deren Wunsch, dazuzugehören als Ausweis für ihre Politikfähigkeit diente.



Einhundertfünfzig Schüler und Studenten, viel Vorbereitungsarbeit im Hintergrund.

So aber, mit der Verankerung der thymosfähigen Kräfte in der Partei, ist sie in die Herausfordererrolle gerückt, die ihr Marc Jongen in seinem Interview zuschrieb. Man fragte ihn, ob das Risiko nicht unkalkulierbar sei, wenn eine Steigerung des Zorns die Grundordnung der Gesellschaft bedrohe. Jongen antwortete: »Damit ist eine Gefahr angesprochen, das leugne ich überhaupt nicht. Diese Gefahr muß man aber auf sich nehmen, wenn man der existentiellen Großgefahr eines Verschwindens der deutschen Kultur begegnen will. Dann muß man mit diesen Dingen umgehen und leben.«

Das ist es, und der Weg verläuft – wie meist – als Gratwanderung zwischen Übervorsicht und Größenwahn. Aber zaghaft muß man nicht sein: Dieser Grat ist doch ziemlich breit und läßt ordentlich Spielraum. Und ebenso banal wie wichtig ist (um eine der am stärksten mißbrauchten strategischen Phrasen überhaupt zu verwenden), daß alle begreifen, was es eigentlich bedeutet, wenn man getrennt marschiert und vereint schlägt.

Der Normalisierungspatriotismus ist zugleich der kleinste gemeinsame Nenner und das maximal erreichbare Ziel. Man muß das beschreiben, formulieren, seine Sprödigkeit betonen, und man muß eine Art zurückhaltender Begeisterung für diese Sprödigkeit, diesen Rückbau, diesen nüchternen Dienst an und in einer Massendemokratie wecken.

Wer auf Seiten der Alternative (und das heißt: am Projekt der Normalisierung) sich beteiligen möchte, muß wissen: Dort geht es um Politik, und das ist: das Anti-Erhabene und seine zähen Vertreter. Mehr gibt es nicht. ■

Institut für Staatspolitik – Studien



Institut für Staatspolitik

Die Grünen

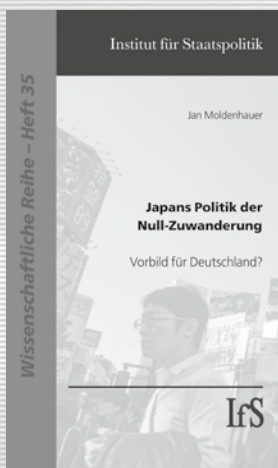
Deutschenfeinde auf der Regierungsbank

52 S., geheftet, 5 €

Wissenschaftliche Reihe Heft 38

Die beeindruckende Reihe von grünen Wahlerfolgen hat eine metapolitische Ursache. Keine Partei hat die gegenwärtig in Deutschland herrschenden Auffassungen stärker geprägt als Bündnis 90 / Die Grünen. Die Themen, mit denen sie vor 40 Jahren angetreten sind, um die Bundesrepublik zu verändern, sind mittlerweile im Mainstream angekommen. Das gilt nicht nur für die Ökologie, das vermeintliche Thema der Grünen, sondern vor allem auch für Themen wie Gender Mainstreaming, Multikulturalismus, Homoehe und Pazifismus.

Aktualisierte und erweiterte Ausgabe!



Jan Moldenhauer
Japans Politik der
Null-Zuwanderung
Vorbild für Deutschland?

40 S., geheftet, 5 €

Wissenschaftliche Reihe Heft 35



Thor v. Waldstein
Wer schützt die Verfassung vor
Karlsruhe?

30 S., geheftet, 5 €

Wissenschaftliche Reihe Heft 34

Institut für Staatspolitik

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra
Tel: (034632) 904396 · Fax: (034632) 904397
www.staatspolitik.de

Postpolitik. Liberaler Konsens, politischer Tod

von Benedikt Kaiser

Der nichtverhandelbare Konsens ist der Tod des Politischen. Womöglich liegt es an dieser These, daß im nonkonformen Lager Deutschlands der Konsens als gesellschaftspolitisches Prinzip keinen guten Leumund besitzt. Das Magazin *Tumult* begreift sich etwa explizit als eine *Vierteljahresschrift für Konsensstörung*. Moniert wird im Selbstverständnis »die auffällige Zurückhaltung der Intellektuellen angesichts der Konvulsion globaler Mächte und Märkte und der wachsende Konsensdruck in der öffentlichen Meinung online und offline«. Beides bedinge sich wechselseitig. Mit Götz Kubitschek zeigt sich auch der Chefredakteur der *Sezession* als Gegner des Konsensstrebens. Er stellt in seinem Essay *Provokation* in bezug auf den konsensimmanenten, habermasianischen Kautschukbegriff »Diskurs« klar, was das Ziel rechtsalternativen Strebens eben *nicht* beinhaltet: Es gehe keineswegs um »die Beteiligung am Diskurs, sondern um sein Ende als Konsensform«.

Die »Neue Rechte« hadert also mit dem »Konsens« als dem Axiom der politischen Sphäre – ein Umstand, der damit zusammenhängen mag, daß sie in ihren divergenten Erscheinungsformen vom »zivilgesellschaftlich« festgelegten Konsens ausgeschlossen ist. Dies erscheint nicht als Letztbegründung, sondern stellt eine Teilwahrheit dar. Die Neue Rechte hadert auch deshalb mit dem Konsenskultus, weil sie in ihm den Todesgaranten für jede Form authentischer Politik und der Erscheinungsformen des Politischen erkennt.

Bei Nennung dieser zwei Felder – die Politik, das Politische – ist Carl Schmitt gegenwärtig. Anhand seines Schlüsseltextes *Der Begriff des Politischen* wird deutlich, weshalb genuine Politik nichtliberal artikuliert werden muß: Liberale, wußte Schmitt, treffen, wenn sie das Politische berühren wollen, nicht die Sache, denn sie verwenden qua Menschenbild und Prägung ein ökonomistisches oder moralisches Vokabular. Das Wesen des Politischen verkennen sie. Dies wird dadurch verschärft, daß ihre individualistische Haltung für den Umstand erblinden läßt, wonach politische Identitäten und politisches Ringen von *kollektiven* Einheiten bestimmt werden, die sich bewußt von anderen Einheiten scheiden, disassoziieren, und das jeweils eben nicht in Form von Einzelpersonen. Anders gesagt: Da kein »Wir« ohne ein »die Anderen« möglich ist; da eine gemeinsame politische Identität nur denkbar ist, wenn sie sich von einer anderen abgrenzen kann; da also der Antagonismus als Freund-Feind-Scheidung den Ausgangspunkt respektive Kern des Politischen umreißt, ist dieses so verstandene Politische a priori Erzfeind des Liberalen.

Der Gralshüter des liberalen Konsenses Jürgen Habermas hat dies verstanden, und daher stigmatisiert er die zugrundegelegten Annahmen als antidemokratisch und unmoralisch, als jenseits des Konsenses stehend – und damit wiederum jenseits jedweder möglichen Diskussion. Mit Schmitt ist dies eine Kapitulationserklärung des Denkens und bringt eine Verwirrung der Begriffe und Ebenen mit sich. »Der politische Feind«, defi-

»Oder gibt es heute keine Subjekte des Politischen (mehr), weil die Diagnose lautet, dass der Betrieb des politischen Konsenses und der Sozialtechnologie alles im Griff hat? (...) Wenn es bei Rancière heißt: »Der Konsens ist die Reduktion der Politik auf die Polizei«, dann heißt in den Termini der politischen Differenz, dass der Konsens das Ende bzw. die Unmöglichkeit des Politischen bedeutet.«

Thomas Bedorf: *Das Politische und die Politik. Konturen einer Differenz*, S. 13–37, hier S. 33.

»Politik bedeutet immer, eine Grenze zu ziehen. Deshalb ist jeder Konsens der Mitte das Ende der Politik.«

Chantal Mouffe: »Konsens ist das Ende der Politik«.

nierte Schmitt, »braucht nicht moralisch böse, er braucht nicht ästhetisch häßlich zu sein«. Der Feind, konkretisierte er seine wirkmächtige Begriffsbestimmung, ist der Andere, »und es genügt zu seinem Wesen, daß er in einem besonders intensiven Sinne existentiell etwas anderes und Fremdes ist, so daß im extremen Fall Konflikte mit ihm möglich sind«. Die Benennung des Feindes und die Generierung des Nicht-Feindes, des Eigenen, des Wir, konstituiert eine Gemeinschaft und, darauf aufbauend, Recht, Institutionen, Ordnung. Erst durch diese Setzung und Einteilung entsteht Politik und das Prozessuale sowie Normative an Politik, das Politische.

Die belgische Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe sieht heute indessen in dem deliberativen, beratenden Moment (à la Habermas usw.) den anhaltenden »Niedergang des Politischen«. Im Rahmen des liberalen Kapitalismus »und seines ideologischen Supplements, des liberal-demokratischen Multikulturalismus«, so Slavoj Žižek in Mouffes Sinne, habe eine postpolitische Politik des Konsenses als »deliberative Demokratie« den Platz des originär Politischen usurpiert. Die Dimension des Politischen als ausgetragener Widerspruch gegen einen technokratischen Konsens wurde somit aus der Öffentlichkeit verbannt. So aber drohe, ergänzte Mouffes verstorbener Lebensgefährte Ernesto Laclau, infolge der Verflachung des Politischen der »Tod der Politik«: Es wird noch beratschlagt, an Nebenwidersprüchen der Diskurs geprobt, aber die existentiellen Fragen sind ausgeklammert; die Verhältnisse werden verwaltet und das Postpolitische tritt auf den Plan.

Ob Mouffe, Laclau oder Žižek: Einig sind sich die zeitgenössischen Kritiker der Postpolitik in der Bestimmung der Verantwortlichkeiten für ihr Entstehen. Demnach habe seit Margaret Thatcher, Tony Blair und Ronald Reagan auf angloamerikanischer Ebene und seit Gerhard Schröder und Angela Merkel in der BRD die vorgeblich ideologiefreie Mitte reüssiert. Sie vertritt den prototypischen Konsens des Postpolitischen. Ihr »There is no alternative« (TINA) präsentiert das Vorgehen des Establishments als »alternativlos«. Assoziiert wird dies mit Prozessen der Globalisierung, die keinen Entscheidungsspielraum mehr offerierten: Wirtschaftliche Transnationalisierung und westliche Demokratieverständnisse werden durch das Kapital und seine Sachverwalter in Politik und Medien als nicht beeinflussbarer Naturprozeß deklariert. TINA meint: Es gibt keine Alternative zum großen Ganzen.

Es wäre nun eine grobe Vereinfachung, sich die Begünstigten lediglich als »das Kapital« zu vergegenwärtigen; denn die TINA-Profiteure sind keineswegs ausschließlich globale Konzerne, Finanzakteure, Hedgefonds, Milliardäre; TINA-Profiteure sind desgleichen Angehörige einer institutionalisierten, letztlich parasitären supranationalen Bürokratschicht, deren Netzwerke Hunderte Organisationen und Einrichtungen umfassen – sie reichen von linken NGOs über EU-Behörden bis zu den Vereinten Nationen. Kosmopolitisch gesonnen, aus keinen politisch-demokratischen Prozessen hervorgegangen, aber indirekt oder direkt vom Volk alimentiert und mit zahlreichen Privilegien ausgestattet, haben die Angehörigen dieser neuen Klasse ein explizites Interesse am TINA-Diktum, weil es die eigene materiell und politisch herrschende Lage zementiert. Postpolitik ist in diesem Sinne auch ein Instrument der eigenen Macht- und Privilegiensicherung, und nicht selten meinen ihre Vertreter, Regieren bestehe heute nur noch in einer rationalen Darbringung von Leistungen, die unideologisch von den Wissenden durchgeführt werden müssen, weil sie alternativlos sind, Marktzwänge und Optimierungen sie nötig machen. Damit diese herrschaftsstabilisierenden Maximen nicht grundlegend hinterfragt werden, wird nicht nur der Rückzug ins Private, ins Konsumeristische befürwortet, sondern optional auch Angst vor Veränderung des postpolitischen Status quo geschürt. Man habe Experimente über und solle sich lieber in dieser besten aller möglichen Welten als dem nahenden Ende der Geschichte einrichten und keine weitreichenden Ideen oder gar Mythen mehr einbringen.

Im Steigerungsfall tritt das Schreckgespenst des Totalitarismus via Moralisierung durch führende Politiker auf den Plan. Alternativen zur liberalen Konsenswelt hätten, so die Apostel der TINA-Doktrin, in die Katastrophe geführt, ob nun im Kommunismus oder im Faschismus, weshalb maximal reformerisches Bestreben statthaft wäre.

Der maßgebende Gegner dieser postpolitischen Fluchtbewegung, Žižek, stellt dieser Zementierung des Bestehenden entgegen, daß man

wirklich politisch heute erst dann sei, wenn man, TINA diametral entgegengesetzt, nicht zaghaft Reformen einfordere, also höchstens das »Machbare« forcieren, sondern wenn man ausdrücklich für das Unmögliche plädiere und sich ihm schrittweise annähere (man erinnere sich an die Dialektik aus Nah- und Fernziel, vgl. *Sezession* 81). Erwartungsgemäß wurde Žižek von den postpolitischen Konsensverwaltern gescholten, er würde den gesellschaftspolitischen Konsens unterminieren, indem er Radikalisieren unterschiedlicher Feldpostnummern die Türe aufsperrt. Žižek entgegnete: »If this radical choice is decried by some bleeding-heart liberals as Linksfaschismus, so be it.«



Alexei Sundukov:
Schlange, 1986

»Über den Prozess des Aushandelns von Interessen wird ein Kompromiss in Gestalt eines mehr oder weniger allgemeinen Konsenses erreicht. Die Post-Politik plädiert folglich für die Notwendigkeit, die alten ideologischen Unterscheidungen hinter sich zu lassen und sich – ausgestattet mit dem notwendigen Expertenwissen und dem freien Meinungsaustausch, (...) den neuen Problemen zu stellen.«

Slavoj Žižek: *Die Tücke des Subjekts*, S. 273.

Wir sind also, beginnend mit den 1990er Jahren, in ein Zeitalter des Postpolitischen eingetreten, in dem prinzipieller Widerspruch ausbleibt, in dem verwaltet und durchregiert wird, während das Vakuum der ausbleibenden authentisch politischen Auseinandersetzung – vor allem in Deutschland – durch hypermoralische Setzungen ausgefüllt wird. Chantal Mouffe nennt das, in Anlehnung an Schmitt, die Recodierung politischer Konflikte anhand moralischer Begriffe. »Politik«, führt sie aus, »ist nicht moralischer geworden, sondern politische Antagonismen werden heutzutage in der Begrifflichkeit moralischer Kategorien formuliert«. Konkret bedeutet dies: Ein eigentlich politischer Konflikt wird durch hegemoniale Kräfte entpolitisiert, indem eine der beteiligten Konfliktparteien nicht *politisch* widerlegt, sondern *moralisch* abgestuft wird – man denke an den notorisch gewalttätigen »Faschisten« oder den hetzerischen »Rechtspopulisten«. Diese würden der Menschheit, den Menschen, der menschlichen Zivilisation, den Menschenrechten, den unveräußerlichen Werten der Menschheit etc. pp. zuwiderlaufen.

Weil indes zum moralisch verbrämten Postpolitischen mit seiner Fixierung auf »Individuen« und »Menschheit« (Zwischenstationen und Gemeinschaften wie Völker erscheinen im Denken eliminiert) die ihm immanente Neigung zum alternativlosen »Konsens« tritt, harmoniert dieser Zustand der Entpolitisierung des politischen Raumes so stark mit einer ins Individualistische driftenden Gesellschaft der Auflösung. Es ist dies eine Gesellschaft, in welcher der Einzelne das Maß aller Dinge ist, und in der er sich ständig neu erfinden kann, mit neuen Identitäten, neuen Konsumfeldern, neuen Fetischen – das nötige Kleingeld freilich vorausgesetzt.

Diese Entpolitisierung bei zunehmender Vereinzelung schafft, so der Publizist Georg Seeßlen, einen »prinzipiellen Widerspruch zwischen dem

Einzelnen und der Gemeinschaft. Davon profitieren einige, und viele leiden darunter«. Dabei werden im anhaltenden Prozeß des Postpolitischen grundlegende Lehrsätze der politischen Philosophie verdrängt. Die Polis als Gemeinschaft kann, und diese Erkenntnis ist seit Aristoteles verbreitet, jeden Einzelnen entbehren oder ersetzen, der Einzelne kann aber nicht ohne Polis leben. In der liberalen Konsenswelt wird dies verneint und das direkte Gegenteil als Richtschnur des Denkens angenommen. Liberales und libertäres Denken von Hayek bis Stirner gibt, und auch darauf verweist Seeßlen, »dem Recht des Einzelnen den Vorrang«, »und zwar ›von Natur aus‹ und vor der Polis. (...) Das Primat der Polis weicht einem Primat des Einzelnen«. Während der Vorrang respektive der Kult des Einzelnen gelebt wird und die Konsumindustrie Verwertungsoptionen generiert, werden einmal mehr die grundsätzlichen *politischen* Widersprüche einer Gesellschaft nicht ausgefochten, sondern jeder Diskussion entzogen. Gleichzeitig wird aber der Popanz der »deliberativen«, offenen Gesellschaft kultiviert. Das hegemoniale habermasianische Konsensdenken der BRD ist also nicht nur widersprüchlich, sondern vernebelt die Essenzen der politischen Sphäre. Es verspricht Beratung und Austausch, aber nur in einem festgezurrten Rahmen, jenseits der entscheidenden Lebens- und Organisationsfragen eines Volkes. Eben dies macht das Postpolitische und den Zustand der Postpolitik aus: Diskurs und Deliberation in Ablenkzonen, Ende der weltanschaulichen Durchdringungen und agonalen, kämpferischen Auseinandersetzung in den Kerngebieten. Stattdessen regieren Funktionseliten durch und begründen ihr Handeln moralistisch.

Dieses von oben herab gegen das Volk agierende postpolitische Verhalten der *Anywheres* vollzieht sich nicht nur in voller Übereinstimmung mit den wichtigsten Interessensgruppen des Kapitals. Es vollzieht sich in selbem Maße in harmonischer Zusammenarbeit mit der durchliberalisierten linken Resterampe unserer Zeit. Ebendies greift Žižek an, wenn er formuliert, daß in der Postpolitik »der Konflikt globaler ideologischer Entwürfe durch die Kollaboration von aufgeklärten Technokraten (Ökonomen, Meinungsforschern ...) mit liberalen Multikulturalisten ersetzt« werde. Dies umreißt die wirksame Allianz des Postpolitischen: *Anywheres*, Politikverwalter der »Mitte« und das Kapital einerseits, liberale und linke Multikulturalisten andererseits. Das einende Ziel beider Seiten ist die offene, bunte Gesellschaft, deren wesentliche Paradigmen – Freiheit bzw. Vorrang des Individuums, des Marktes, der Migration – außerhalb der Diskussion stehen. Doch es sind just diese drei Paradigmen, die man, wollte man das Politische beleben, grundsätzlich zur Disposition stellen muß, weil es Fragen der Wirtschaft und der Migration sind, die unsere Lebenswirklichkeit im Zeitalter der Auflösung aller Gewißheiten substantiell verändern. Durch hypermoralische Setzungen wird diese Rückkehr des Politischen als Infragestellung der herrschenden Glaubenslehren erschwert; es erscheint unmoralisch, diesen politisch-korrekten Konsens der offenen Gesellschaft, der Liberale und Linke in eine gemeinsame postpolitische Front stellt, in Frage zu stellen.

Während sich im real existierenden Kapitalismus die Kommodifizierung aller Bereiche gesellschaftlichen Alltags vollzieht, die »Verwertung des Werts« in kleinste Nischen vordringt und noch die letzte menschliche Regung der Profiterzielung untergeordnet wird, können linke Akteure den postpolitisch der Diskussion entzogenen gesellschaftlichen Raum beinahe widerspruchslos ausgestalten: Ob Gender Mainstreaming, Abtreibungsfanatismus oder Kampf gegen Rechts: Man hat zwar politische Widerstände zu erwarten, aber sie kommen gerade nicht von dem einstigen Hauptgegner einer politischen Linken aus vergangenen Tagen: dem Kapitalismus und jenen von ihm bewirkten herrschenden Verhältnissen. Widerstände kommen lediglich von einer ausdrücklichen Minderheit, der politischen Rechten, da, so die US-amerikanische Publizistin Nancy Fraser, »progressive Kräfte faktisch im Bündnis mit den Kräften des kognitiven Kapitals« stehen. Nichts anderes akzentuierte Žižek, als er die Kollaboration aufgeklärter Regierender und ökonomisch Besitzender mit linken Multikulturalisten (Frasers »progressive Kräfte«) als wesentlichen Aspekt der Postpolitik benannte.

Bei aller Grundsatzkritik an der postpolitischen Einheitsfront von linksaußen bis neoliberal birgt diese gesamte Entwicklung für die alternative Rechte einen Vorteil: Die Konfrontationen der Politik, die ausblei-

»Das Wesentliche der Politik ist die Demonstration des Dissens (sic!), als Vorhandensein zweier Welten in einer einzigen.«

Jacques Rancière: *Zehn Thesen zur Politik*, S. 33.

»Alles spricht dafür, dass die sinkende Wahlbeteiligung in den kapitalistischen Demokratien nicht durch Zufriedenheit zu erklären ist, sondern durch Resignation: Vor allem die Verlierer der neoliberalen Wende sehen nicht mehr, was sie sich von einem Wechsel der regierenden Parteien versprechen sollen. Die TINA-Politik der ›Globalisierung‹ – There Is No Alternative – ist so längst am Boden der Gesellschaft angekommen. (...) Die politische Resignation der Unterschichten schützt den Kapitalismus vor der Demokratie (also der Volkssouveränität!) und stabilisiert die neoliberale Wende, auf die sie zurückgeht.«

Wolfgang Streeck: *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, S. 130f.

»Unter ›dem Politischen‹ verstehe ich die Dimension des Antagonismus, die menschlichen Verhältnissen inhärent ist, viele Formen annehmen kann und in unterschiedlichen Typen sozialer Verhältnisse entsteht. Auf der anderen Seite bezeichnet ›Politik‹ das Ensemble von Praktiken, Diskursen und Institutionen, die eine bestimmte Ordnung zu etablieren versuchen und menschliche Ko-Existenz unter Bedingungen organisieren, die immer potenziell konfliktorisch sind, da sie von der Dimension ›des Politischen‹ affiziert werden.«

Chantal Mouffe: *Das demokratische Paradox*, S. 103.

»Der Politik eine Rückkehr zu ermöglichen heißt zu erkennen, daß es von dem frontalen Aufeinanderprallen der Parteien genauso wenig zu erhoffen gibt wie von einer Demokratie, (...) die inzwischen niemanden mehr repräsentiert. Weil die größte Kluft sich heute zwischen den Eliten und dem Volk auftut, gilt es zu begreifen, daß es nicht länger eine Lösung von oben gibt. (...) Die Politik ist gefordert, von unten nach oben neu zu entstehen: durch eine Wiederherstellung der gesellschaftlichen Bindung und eine allumfassende Wiederbelebung der politischen Dimension des Sozialen, vor dem Horizont lokaler Autonomie, partizipativer Demokratie, des Lebens in Vereinen und Gemeinschaften, des Subsidiaritätsprinzips.«

Alain de Benoist: *Aufstand der Kulturen. Europäisches Manifest für das 21. Jahrhundert*, S. 298f.

ben, weil es keinen Systemgegensatz oder große Weltanschauungsparteien mehr gibt, verlagern sich stärker ins »Vorpolitische«, also in jene »metapolitischen« Räume, in denen Konflikte weiterhin real ausgetragen und Weichen gestellt werden – auch wenn dort einstweilen noch linksliberale *Pressure groups* dominieren. Hier kommt die konsensgegnersche Neue Rechte ins Spiel, die angetreten ist, den übergeordneten Konsens des »Links-Kapitalismus« (Norbert Borrmann) und der linksliberalen Postpolitik zu stören und einen inakzeptablen Zustand aufzuheben. Auch die Metapolitik kennt Machtverhältnisse, und sie gilt es zu ändern.

Georg Seeßlen räumt ebenfalls ein, daß sich alles in die sogenannten vorpolitischen Räume als »den eigentlichen Macht- und Konflikträumen der Postpolitik« verlagert. Er befürchtet aber nun das, was explizit zu hoffen erlaubt ist: nämlich, daß diese Verschiebung der Konfliktlage von der großen Politik ins Metapolitische hinüber der »ideale Nährboden für einen Gramsciismus von rechts« sei, also für eine Erlangung geistiger Hegemonie der Neuen Rechten im basisnahen vorpolitischen – kulturellen, gesellschaftlichen – Raum. Der Weg zu dieser Hegemonie kam Antonio Gramsci einem Stellungskrieg gleich; eine Redewendung, die bewußt an die verzweigten Grabensysteme des Ersten Weltkriegs erinnerte. Wie diese nun besteht aber eine moderne westliche Zivilgesellschaft aus einer komplexen Struktur von einzelnen Bausteinen. Macht ist lapidar formuliert nicht mehr »nur« in der Polizei oder »nur« in der Armee oder »nur« in einem Geheimdienst verkörpert, sondern zusätzlich in jedem der vielen neuartigen zivilgesellschaftlichen Bestandteile. Daraus folgt konkret: moderne Macht ist verstreuter, und um sie wird überall gerungen. Der »integrale Staat«, wie Gramsci ihn antizipierte, ist erst im 21. Jahrhundert umfassend geworden. Als solcher galt einer Wendung Gramscis zufolge die Synthese aus »Repressionsbehörden plus Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang«. Der integrale Staat des Jahres 2019 bringt unterdessen, überspitzt formuliert, »Verfassungsschutz plus Zivilgesellschaft, das heißt linksliberale Hegemonie, gepanzert mit Zwang«, mit sich.

Der Stellungskampf gegen diesen modernen integralen Staat ist im Anschluß an Gramsci ein molekularer, d. h. kleinteiliger und vielschichtiger Prozeß, und kein noch so kleiner Gewinn ist vergeblich, weil er den Gegner beharrlich zwingt, selbst Verlagerungen seiner Anstrengungen, seiner Kräfte, seiner Strategien vorzunehmen. Niemand kann überdies voraussagen, wo kleine Verschiebungen womöglich zu größeren Bruchstellen oder geschlagenen Breschen führen werden.

Metapolitik in diesem Sinne ist folglich gerade nicht postpolitisch, sondern ergebnisoffen. Der metapolitische Kampf um die ideologisch-politische Hegemonie ist, mit Žižek verstanden, immer auch ein Kampf um die Aneignung von Termini aus dem Alltagsbereich, die apolitisch wahrgenommen werden. Es geht darum, Begriffe zu dominieren, zu prägen, die alle Menschen betreffen, unabhängig von ihrer konkreten politischen Verortung. Dieses prinzipiell Offene des Ausgangs metapolitischer Handlungen mit der Möglichkeit des Wandels der Hegemonieträger entspricht dem Gegenteil der realpolitischen Status-quo-Verwaltung unter Angela Merkel, dieser »Vertreterin der Postpolitik par excellence« (Seeßlen). Der lange statische Konsens der »linken« wie »rechten« Mitte – von Union bis Sozialdemokratie, gebündelt in der ewigen GroKo – hat dafür gesorgt, daß viele Menschen das Interesse an dieser Politik des Immergleichen verloren; immer mehr Deutsche gingen oder gehen nicht einmal mehr zur Wahl. Für Wolfgang Streeck ist damit eine »Spätzeit der Demokratie insofern« eingetroffen, »als die Demokratie, wie wir sie kennen, auf dem Weg ist, als redistributive Massendemokratie sterilisiert und auf eine Kombination von Rechtsstaat und öffentlicher Unterhaltung reduziert zu werden«.

Gegen diese Sterilisation und Reduktion ist das politische Minimum in Stellung zu bringen, das die Minimalbedingungen jeder politischen Praxis einbezieht. Das sind, mit dem österreichischen Philosophen Oliver Marchart formuliert: »Majoritär-Werden, Strategie, Organisation, Kollektivität, Konfliktualität, Parteilichkeit«. Es gilt also Partei zu ergreifen, um die ewige Herausforderung des Politischen, die, so Max Weber, »ein starkes, langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich« erforderlich macht, anzunehmen. Leidenschaftlich und vernünftig zugleich muß folglich gegen das postpolitische TINA-Denken

opponiert werden, wenn man im zu belebenden Bereich des Politischen »einen Ort von Macht, Konflikt und Antagonismus« (Mouffe) erblickt.

Diese artikulierte Notwendigkeit von Dissens und Streit um das konkrete Einrichten der Gesellschaft wird von zwei Typen des Postpolitischen bestritten: Einerseits handelt es sich um ostentativ pragmatische »Mittige«, die aus ihrer Vorstellung, man müsse die Belange einer Gesellschaft Expertenurteilen und der vermeintlichen Elite überlassen, keinen Hehl machen. Andererseits handelt es sich, im geistigen Bereich, um Charaktere wie Habermas und vergleichbare deliberative Qualmköpfe, die wider jede faktische Realität an ihrer Behauptung festhalten, durch rationale Beratschlagung und konsensuale Konfliktüberwindung lasse sich *alles* regeln, weil die großen Fragen bereits im Rahmen der bestmöglichen Ordnung, der liberaldemokratischen, geklärt worden sind.

Eine derartig anmaßende Weltsicht der herrschenden Eliten kennzeichnet die Postpolitik, und mit Michael Th. Greven wissen wir, daß diese so verstandene Postpolitik in die Posthistoire führen müßte, »weil in einer endlos empfundenen Gegenwart kein Zukünftiges jenseits von Moderne und Demokratie zu denken mehr gewagt wird«.

Nun gibt es aber weder ein Ende der Geschichte noch ein Ende der Politik, weil der Mensch als Gemeinschaftswesen ohne das Politische nicht denkbar ist, das, so definierte Hermann Heller, primär der »Erhaltung und Gestaltung einer Gebietsgesellschaft, der Polis, des Staates« dient. »Alle Politik«, fuhr er fort, »ist letzten Endes Staatspolitik, denn sie muß wollen, daß ihre Interessen den staatlichen Machtapparat zu ihrer Verfügung bekommen.«

So richtig diese Maxime ist, so wichtig ist es, sich die skizzierten Gramsci-Annotationen anzueignen. Hegemonie resultiert eben nicht mehr nur, wie womöglich vor einhundert Jahren, aus der Erlangung des Machtapparats. Der heutige »integrale Staat« besteht aus dem hegemonialen Zusammenspiel von Repressionsbehörden und der Zivilgesellschaft. Will man hier über die Stufen Metapolitik und Realpolitik, über eine revolutionäre Realpolitik mithin, zu einer Staatspolitik kommen, die diesen Namen verdient, müssen freilich andere Wege jenseits der klassischen Machtaneignungsträume qua totalem Bruch gesucht werden, ohne eine demoralisierend wirkende Alternativlosigkeit zu akzeptieren. Alain de Benoist schlägt in diesem Sinne vor, nicht den »Tod der Politik« (Laclau) zu verkünden, sondern vielmehr das Ende einer politischen Form bekanntzumachen, »in der Entscheidungen von oben nach unten getroffen wurden«. Benoist beobachtet damit verbunden »den Fall selbsternannter Eliten, die weder fähiger noch weniger fehlbar waren als die Massen, die sie meinten aufklären zu müssen«. Es geht Benoist in unseren Tagen nicht mehr um den versuchten Einfluß auf Funktionseliten oder um den Austausch einiger von ihnen, sondern, ganz im Gegenteil und zugleich viel umfassender, um den neuen Aufbau einer wirkungsvollen Gemeinschaft von unten her.

Exakt dies macht zugleich Ironie und Chance einer Neuen Rechten im postpolitischen 21. Jahrhundert aus: Die Rechte verkörpert längst nicht mehr die Fraktion der Elite bzw. der willfähigen Stütze der Herrschenden, sondern sie steht, endlich unten angelangt und verwurzelt, für die Rückkehr des Volkes als politischer Kategorie und des Populismus als politischem Konzept. Als solches aber ist nur *sie* in der Lage, das politische Feld wieder zu beleben. Die Neue Rechte mitsamt ihrer Verästelungen erscheint damit als der Garant der Wiederkehr des authentisch Politischen:

- ◆ Nur sie beharrt, mit Schmitt, auf der »Autonomie des Politischen« gegenüber Ökonomie und Moral;
- ◆ nur sie stellt sich grundsätzlich und entschieden gegen den liberalen, multikulturalistischen Konsens der Postpolitik;
- ◆ nur sie positioniert sich sowohl gegen die hegemoniale Schicht als auch gegen deren neue Fußtruppen in Form der antifaschistischen »Kapital-Linken« (Charles Robin);
- ◆ nur sie setzt der Hegung des Politischen seine Belebung durch fundamentalen Widerspruch entgegen;
- ◆ nur sie wird in der Lage sein, aus der Stagnation der herrschenden Verhältnisse heraus eine lebendige Kehre zu vollziehen;
- ◆ denn nur sie stellt sich mit allem, was sie hat, gegen den unverhandelbaren liberalen Konsens, der den Tod des Politischen verkündet. ■

Literaturhinweise:

Thomas Bedorf: »Das Politische und die Politik. Konturen einer Differenz«, in: ders./Kurt Röttgers (Hrsg.): *Das Politische und die Politik*, Berlin 2010, S. 13–37;

Alain de Benoist: *Aufstand der Kulturen. Europäisches Manifest für das 21. Jahrhundert*, Berlin 2003;

Hermann Heller: *Sozialismus und Nation* (1932). Mit einer Vorrede von Thor v. Waldstein, Dresden 2019;

Oliver Marchart: *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*, Berlin 2016;

Chantal Mouffe: »Konsens ist das Ende der Politik«, in: *philosophie magazine* 5/2015;

Chantal Mouffe: *Das demokratische Paradox*, Wien 2008;

Chantal Mouffe: *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*, Frankfurt a.M. 2015;

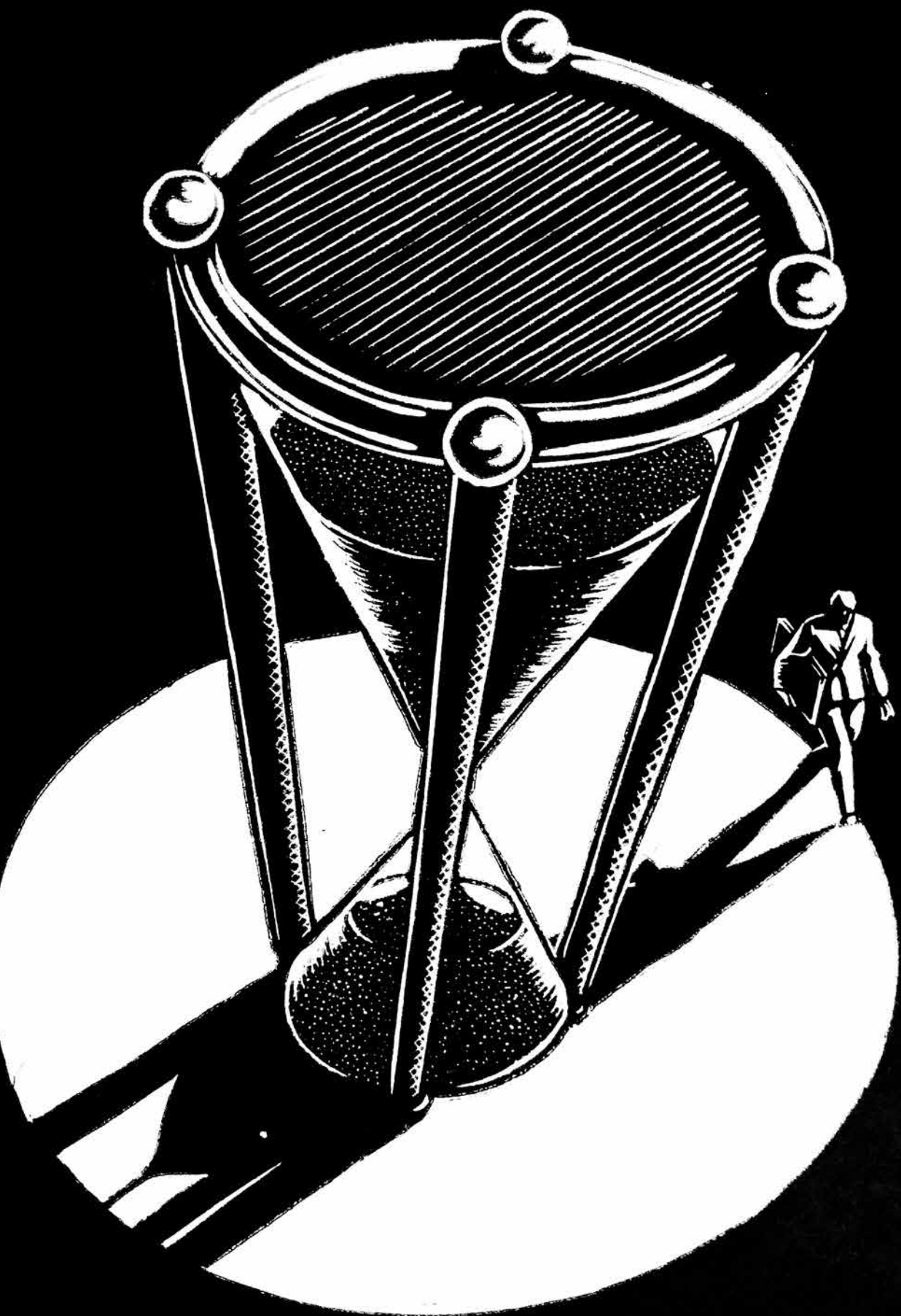
Jacques Rancière: *Zehn Thesen zur Politik*, Berlin 2008;

Carl Schmitt: *Der Begriff des Politischen*. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien, Berlin 2009;

Georg Seeßlen: »Weder Steuerbord noch Backbord. Was kommt nach der Postpolitik?«, in: *Jungle World* 30/2014;

Wolfgang Streeck: *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, erw. Ausgabe, Berlin 2018;

Slavoj Žižek: *Die Tücke des Subjekts*, Frankfurt a.M. 2017.



Das unsichtbare Böse

von Caroline Sommerfeld

I. Big Other

Der Romancier Jean Raspail hat sein Vorwort der französischen Neuauflage seines *Heerlagers der Heiligen* (1973) im Jahre 2011 mit »Big Other« überschrieben. Wer soll dieser »große Andere«, dem diese Anspielung auf Orwells »Big Brother« gilt, sein? Raspail faßt mit dieser Metapher zweierlei: es ist *der Andere* und zugleich der Allesüberwachende. *Der Andere* ist zunächst einmal der Fremdling, der Nichteuropäer, der Nichtfranzose, der Immigrant.

Der Andere steht im Kollektivsingular. Auf einem inzwischen zerrissen an einem Stromkasten in meiner Straße hängenden Plakat las ich 2015: »Es gibt keinen Flüchtlingsstrom, sondern vielfältige Individuen.« Der Kollektivsingular bietet zwei Bedeutungen an, die abwechselnd aktualisiert werden: Einmal ist es das Kollektiv, Raspails Vorhut der Massen, die »Flüchtlinge« dieser Welt, die Migrant*innen im Schutz des *Global Compact for Migration*, ihre Zahl ist unermesslich, ein Naturereignis. Ein andermal wird der Singular aktualisiert: das Einzelschicksal des syrischen Mädchens mit seiner persönlichen Fluchterfahrung und seinem Trauma. Zwischen beiden Bedeutungen geschwind zu wechseln ist zu einer moralischen Strategie geworden. Doch wer fährt diese Strategie und warum? Die moralische Strategie inszeniert das Einzelschicksal, das sehr wohl real existiert, von dem jedoch sofort ununterscheidbare Kopien produziert werden, wie etwa das siebenjährige »Aleppo girl« Bana Abed mit »seinen« Twitter-Botschaften an die Welt.

Der Andere hat seine Stellvertreter. Die Kulturwissenschaftlerin Sophie Liebnitz hat treffend von »Stellvertreterminoritären« gesprochen: Das sind Leute in den westlichen Nationen, die stellvertretend für von ihnen favorisierte Minoritäten eintreten, und sich ihrer – bisweilen auch gewalttätig – moralisch und politisch annehmen, wie man es bei den erbitterten *Social Justice Warriors* an amerikanischen Universitäten erlebt. Stellvertreterminoritäre treten auf als Phalanx von »Medienmachern, Show-Biz-Leuten, Künstlern, Menschenrechtlern, Akademikern, Soziologen, Lehrern, Literaten, PR-Profis, Juristen, Linkschristen, Bischöfen, Wissenschaftlern, Psychologen, Radikalhumanitären, Politikern, Vereinen, Genossenschaften, was-weiß-ich ...« (Jean Raspail), NGO-Aktivist*innen nicht zu vergessen. Sie haben sich meutenförmig, also ebenfalls als Kollektiv, in den Dienst *des Anderen* gestellt. Sie verteidigen seine Menschenrechte erbittert gegen jeden, der es wagt, die Autochthonen der westlichen Nationen, ihre angestammte Heimat, ihre Völker für existent zu halten, geschweige denn zu verteidigen, und sei es mit melancholischen Worten. Ihre Überwachungsmentalität äußert sich in dem, was unter dem Stichwort *political correctness* seit den 90er Jahren bekannt

Everybody knows that the war is over
Everybody knows the good guys lost
Everybody knows the fight was fixed
The poor stay poor, the rich get rich
That's how it goes
Everybody knows
Everybody knows that the boat is leaking
Everybody knows that the captain lied ...
Leonard Cohen

◀ Szene aus *White Collar* von Giacomo Patri

geworden ist: im Namen des moralisch Guten politische Gegner zu bekämpfen. *Big Other* ist mithin das Kollektiv der Massenmigranten und die totalitäre Feinderklärung gegenüber Kritikern der Massenmigration im angemäßen Namen dieses Kollektivs.

Die *Big-Other*-Logik subjektiviert ein historisches Ereignis, bricht es herunter auf lauter abstrakt gedachte betroffene Menschen. Der historisch-politische Blick hingegen ist objektivierend, er führt weg vom Einzelschicksal. Das bedeutet: Wer in Geschichte denkt, denkt nicht in Geschichten. Das bedeutet aber auch: Man kann nur subjektiv-ahistorisch oder objektiv-historisch denken. Beobachtet man aus einer politischen (oder historischen, soziologischen, ethnographischen) Perspektive die Masseneinwanderung, sieht man eine soziale Verschiebung, ein Großereignis, »feindliche Übernahme« (Thilo Sarrazin), und nicht lauter Rechtssubjekte.

Der einzelne Afrikaner als potentieller oder realer Migrant wird zum individuellen Rechtssubjekt, für den laut neuester EU-Parlamentsentschließung gilt, »dass Personen, die durch die Folgen des Klimawandels vertrieben werden, ein spezieller internationaler Schutzstatus gewährt werden sollte«. Spätestens durch die Anerkennung von »Klima« als Asylgrund hebt sich die Semantik der Subjektivierung selber auf: Die Zahl von »244 Millionen freiwilligen und unfreiwilligen internationalen Migranten« kann nicht mehr sinnvoll auf Subjekte gerechnet werden. Quantität schlägt an einem nicht selber quantitativ bestimmbar Punkt um in Qualität: Milliarden Einzelschicksale sind nicht länger als Einzelschicksale greifbar. Oder paradox ausgedrückt: Wenn jeder Mensch zum Subjekt wird, kann kein Mensch mehr Subjekt sein. Dieser fatale Fehler hat System. Es verhält sich mit ihm wie bei einem Vexierbild oder Kippbild: Der Betrachter kann nur eines von beiden Bildern zur Zeit wahrnehmen, faßt er das eine in den Blick, ist das andere unsichtbar.

Die *Big-Other*-Logik ist so ein Kippbild, dessen Funktion es ist, eine umfassende Gestaltwahrnehmung der Gegenwart unmöglich zu machen. Wer nur Subjekte sehen kann, sieht keinen historischen Prozeß und *vice versa*. Die besondere Hinterlist dieser Logik steckt darin, daß jeder von uns in seinem Leben bereits persönliche Begegnungen mit weitgereisten Fremden oder ihren Kindern hatte, und wohl kaum jemand nicht wenigstens ein, zweimal diese Begegnung als ganz natürlich, positiv, eben als individuelle menschliche Begegnung erlebt hat. Was auch sonst? Moralische Erpressung setzt an dieser existentiellen Stelle an. Jeder Einzelne, nähme man ihn aus der Weltbevölkerung heraus, wäre in der persönlichen Begegnung unser Nächster, mit ihm könnte eine Begegnung möglich sein, er wäre dann nicht mehr *der Andere*. Er *wäre* es, im Konjunktiv Irrealis. Dieser Konjunktiv Irrealis, das Als-Ob, die moralische Fiktion, führt dazu, daß wir einerseits moralisch mehr zu leisten imstande sind als eine bloße Stammesmoral hergibt, und daß wir andererseits moralisch kompromittierbar sind. Eine Stammesmoral sagt ihren Mitgliedern: Wir gehören zusammen, die Anderen gehören nicht zu uns, ihr Schicksal braucht uns nicht zu kümmern. In einer Stammesmoral ist die Denkkoperation »*Wäre* dieser wildfremde Mann eigentlich mein Nächster?« unmöglich: Er ist es, oder er ist es nicht.

Der Grund dafür, daß wir erpreßbar sind, daß *Big Other* uns seit einigen Jahrzehnten mit steigendem Druck im Griff haben kann, liegt just in der Abstraktionsleistung: wir müssen ständig vom Subjekt zum Allgemeinen und zurück wechseln, uns der Kippfigur ausliefern. Hilft Objektivieren gegen den Subjektivierungszwang? Es läge nahe, hier einen Ausweg zu sehen: das Weltereignis Migration zu problematisieren, seine Zeit in Gedanken zu erfassen, wissenschaftlich die geopolitischen Verschiebemassen zu deuten, historisch-politisch statt subjektiv zu denken. Vom *Big Other* wird dieses Vorgehen prompt als Produktion von *hate facts* verunglimpft, und weil *Big Other* abstrakt ist, kann man ihn nicht einmal als politischen Feind bekämpfen. Nicht die Fremden sind das Böse, sondern die Masseneinwanderung und deren moralische Hypostasierung. Wanderungsbewegungen im historisch großen Stil sind nicht *per se* böse, sondern ihr Gebrauch als geopolitisches Instrument, um die sogenannten Aufnahmeländer zu destabilisieren, ist böse. Wanderer wie Heimgesuchte werden gleichermaßen ihrer Zugehörigkeit und Identität beraubt, ohne daß dabei jemals auf der Ebene politischer oder

»Ein Bild hielt uns gefangen.«

Ludwig Wittgenstein

persönlicher Zustimmung oder Ablehnung reale Entscheidungen stattgefunden hätten. Doch ist es überhaupt legitim, in politischen Angelegenheiten vom »Bösen« zu sprechen?

2. Freund/Feind und Gut/Böse

Soziale Systeme sind dem Soziologen Niklas Luhmann zufolge Kommunikationssysteme. Sie haben sich in der modernen Gesellschaft ausdifferenziert in getrennte Sphären mit jeweils spezifischen polaren Grundbegriffen. Der Rechtstheoretiker Carl Schmitt unterscheidet am Beginn seiner berühmten Schrift *Der Begriff des Politischen* (1933) ganz ähnlich bereits die Autonomien der verschiedenen gesellschaftlichen Sphären und ihrer je eigenen Gegensatzpaare: der Kunst (schön/häßlich), der Moral (gut/böse), der Ökonomie (nützlich/schädlich) und der Politik (Freund/Feind), von denen aus Zuflucht ins »Allgemeinmenschliche« genommen wird. Dem Politischen, so argumentiert er, schade das enorm. Sein genuiner Bereich ist ebenso durch Menschheitspathos gefährdet wie durch ökonomische Übergriffe. Jede Sphäre ist eine Sphäre *sui generis*. Den politischen Feind, auch wenn dies psychologisch naheliegt, als häßlich oder böse zu markieren, überschreitet die Grenze des Politischen.

Für Luhmann ist Moral ein im Grunde polemogener Begriff: Moral hat kein eigenes soziales System ausdifferenziert, sondern dockt überall an, um Zank und Streit zu erzeugen. Dies geschieht, weil die Codes der Systeme (recht/unrecht, wahr/falsch, schön/häßlich, und eben auch Freund/Feind – Luhmann spricht auch von Macht/Ohnmacht oder Regierung/Opposition als binären Begriffen des Politischen), moralisch übercodiert werden. Das funktioniert so: Die Positivpole (recht, wahr, schön, Freund usw.) werden mit »gut« aufgewertet, die Negativpole mit »böse« (unrecht, falsch, häßlich, Feind usw.) abgewertet. Wenn der politische Feind nicht mehr gedacht werden kann, weil Feindschaft »böse« ist, und nur Völkerfreundschaft erklärtermaßen zum Weltfrieden führt, hat dies fatale Auswirkungen auf die Politik selber.

Die Politik nutzt die moralische Übercodierung. Sie suggeriert damit, selbst das Gute zu repräsentieren – hinter diesem imaginären Guten jedoch versteckt sich das Böse. Das Fehlen eines sichtbaren Bösen wird durch den Aufbau eines Feindbildes kompensiert. Die jeweiligen Politikakteure bestätigen ihr eigenes Gutsein dadurch, daß sie den politischen Gegner böse nennen. Dies ist indes eine imaginäre, scheinmoralische Ebene, eine Projektion des Bösen. Der Kampf zwischen Gut und Böse findet derweil auf einer anderen Ebene statt, die allerdings durch jene moralische Scheinebene verdeckt wird, die vorgibt, die echte zu sein.

Wenn uns also Schmitt und Luhmann eindrücklich davor warnen, gut/böse zur Stereotypisierung von politischen Akteuren zu verwenden, liegen sie richtig: Der Code moralischer Kommunikation ist höchst manipulativ. Das ist der Grund, weshalb Luhmann die schlichte Frage stellt: »Müssen wir denn Tag für Tag hinnehmen, daß die Politiker der Regierungs- und Oppositionsparteien sich verbalmoralisch bekämpfen obwohl wir, Demokratie richtig verstanden, gar nicht aufgefordert sind, zwischen ihnen unter Gesichtspunkten der Moral zu wählen?«

Wer ist denn der Feind? Für Carl Schmitt ist es »eine um ihre Existenz kämpfende Gesamtheit von Menschen, die einer ebensolchen Gesamtheit gegenübersteht«. Klassisch stehen sich Staat und Staat gegenüber oder innerhalb ein und desselben Staatswesens Regierung und Opposition als (zwar eingehetzte, aber doch latent dahin tendierende) Bürgerkriegsparteien. Was aber, wenn der Gegner keine existentiell bedrohliche Menschengruppe ist, sondern ein diffuser Komplex aus Menschenmassen und sie kommunikativ überwölbende und real verschiebende politische Agenden? Die Armada der Elenden, die Jean Raspail in seiner Erzählung schildert, aber auch die heutigen Verschiebmassen, Dschihadisten und Glücksritter sind zwar um ihre Existenz kämpfende Gesamtheiten von Menschen, jedoch nicht »politisch organisiert«, wie Schmitt betont hat. *Big Other* ist keine politische Organisation, sondern wenn man so will eine moralisch-imaginäre, oder überhaupt keine Organisation, ein diffuses Gebilde aus Massen also, die nur als lebendige Grundlage großer ideologischer Vereinnahmungen erhalten müssen.

Wir haben anhand von Raspails *Big Other* sehen können, daß dieser kein greifbarer Gegner ist, kein Kampf von gleich zu gleich mit ihm möglich ist, da er abstrakt ist und jeden potentiellen Gegner in stetiges Wechseln zwischen Subjektivierung und Objektivierung treibt. Wer ihn bekämpfen will, wird allzu schnell irregeführt: Plötzlich erscheinen die Migranten als Invasoren, der Islam als Islamisierung oder Angela Merkel als zu exekutierender Feind und werden als »böse« markiert. Sie werden zum sichtbaren, damit greifbaren und angreifbaren Gegnersurrogat.

Big Other hat diese Abwehrreaktionen mit eingerechnet: Rasch wird Abwehr politisch dämonisiert als »Haß« und »Menschenverachtung«. Schmitt hat genau das gemeint, als er die politische Differenz von der moralischen unterschieden hat: Der politische Opponent kann nicht »böse« sein, und wenn er so geframed wird, handelt es sich um moralische Manipulation, dazu angetan, den politisch Handelnden vom politischen Handeln abzulenken. Wenn der Gegner nicht »die Linken«, »der Islam« oder gar »die Ausländer« sind, sondern diffuse, abstrakte Eliten, dann haben wir es nicht länger mit dem schmittschen Freund/Feind jenseits von gut/böse zu tun, sondern mit dem Bösen auf einer höheren Ebene.

3. Neue Weltordnung, Eliten, Agenden, Kräfte

Jetzt wird es schwierig: Der unsichtbare Gegner entzieht sich unserem politischen Blick. Walter Lippmann hatte bereits 1922 in *Die öffentliche Meinung* nüchtern erklärt, daß eine intakte Demokratie stets aus zwei Klassen bestehe: Die sehr kleine Klasse der »Spezialisten« wird aktiv mit den Angelegenheiten des Allgemeinwohls betraut. Diese Männer analysieren die Lage der Nation und treffen Entscheidungen auf politischer, wirtschaftlicher und ideologischer Ebene. Ihr gegenüber stehe die Klasse der den Spezialisten überlassenen »Handlungsobjekte«, nach Lippmann die »verwirrte Herde«, vor deren Getrappel und Gelärm die Spezialisten geschützt werden müßten. In einer funktionierenden Demokratie hat die Masse der Menschen (»die Herde«) laut Lippmann lediglich die Befugnis, die Spezialisten zu wählen und den Rest der Zeit mit »Grasen« zu verbringen. Lippmann forderte, daß nur die spezialisierte Klasse für die »Herausbildung einer gesunden öffentlichen Meinung« Sorge tragen dürfe, weil die Öffentlichkeit lediglich aus »unwissenden und zudringlichen Außenseitern« bestehe.

Lippmann liefert nicht etwa die Beschreibung einer Verfallsform des Politischen. Demokratie ist *per se* Scheindemokratie, Manipulation ihr natürliches Verfahren. Er bewunderte »den Vorteil« zentraler politischer Beeinflussung der Massen nach dem Vorbild des Politbüros der Sowjetunion. Die Öffentlichkeit könne mit ihrer Hilfe für politische Ziele gewonnen werden, die sie im Grunde ablehne. Diese Manipulation der Massen sei notwendig, da »das Interesse des Gemeinwesens sich der öffentlichen Meinung völlig entzieht« und nur von sogenannten verantwortlichen Männern getragen werden dürfe.

Gegen Ende des Ersten Weltkrieges wurde Lippmann für die US Army in London stationiert und verfaßte dort Flugblätter, die hinter den feindlichen Linien abgeworfen wurden. In dieser Zeit ernannte ihn der US-Kriegsminister zum Generalsekretär einer geheimen Studiengruppe, die den kommenden Friedensvertrag vorbereiten sollte – und damit letztlich die Weltnachkriegsordnung. Die Studiengruppe war organisatorisch und personell ein direkter Vorläufer des 1921 gegründeten Council on Foreign Relations, wo bis heute und mit großem Erfolg die Sichtweise eines maßgeblichen Teils der US-Geld- und Konzernelite in amerikanische Außenpolitik übersetzt wird.

In diesem Gremium entstand US-Präsident Woodrow Wilsons berühmter 14-Punkte-Plan, laut Lippmann der Versuch, ein »gemeinsames Bewußtsein in der ganzen Welt anzubahnen«. Wohlgermerkt – Walter Lippmann hält dies für ein erstrebenswertes Ziel. Doch wie wird dieses Ziel verwirklicht? Wer hat die Macht dazu? Lippmanns »Spezialisten« sind ihrerseits keine freien Entscheider. Manfred Kleine-Hartlage hat 2012 in seinem luziden Büchlein »*Neue Weltordnung« – Zukunftsplan oder Verschwörungstheorie?* die historische Entwicklung dieser wilson-

»Niemand hat heute einen vollständigen Überblick über die Lage, niemand kennt alle Faktoren der Misere, niemand hat absolute Klarheit, wen er bekämpfen, wen beschuldigen, gegen wen er Widerstand leisten soll. Tagtäglich wächst das dumpfe Gefühl, nur mehr in einer allumspannenden Demokratiesimulation zu leben, in der Mitbestimmung eine Illusion ist.«

Martin Lichtmesz: *Die Verteidigung des Eigenen*, 2012.

schen Bewußtseinsanbahnung in sehr konkreten internationalen Organisationen nachvollzogen. Sein Ausgangspunkt ist die fortschreitende Entmachtung der Nationalstaaten durch supranationale Institutionen wie die UNO als Nachfolger von Wilsons Völkerbund, IWF und Weltbank, die WTO, die EU, die NATO, das oben genannte CFR und sein Ableger European Council on Foreign Relations und zahlreiche andere. Er stellt fest, »daß eine einmal etablierte Organisation dieser Art praktisch kaum mehr zu ändern ist, jedenfalls nicht auf Initiative einzelner Akteure oder Staaten hin.«

Die dadurch entstehende »Neue Weltordnung« als »Verschwörungstheorie« – dieses Schlagwort wurde übrigens von der CIA nach dem Kennedy-Mord geprägt, um den Gedanken, es könnte womöglich tatsächlich namhaft zu machende Drahtzieher dahinter geben, lächerlich zu machen, die daraufhin als elitäre Gruppe unbeschadet mit ihrem Tun fortfahren – zu derealisieren, ist Kleine-Hartlage zufolge ganz unnötig. Man sehe auf der Oberfläche ohnehin, was geschieht. Man brauche nur den besagten Eliten diejenigen Ziele, zu denen *sie selbst* sich bekennen, zuzuschreiben und dann die Frage zu stellen, wozu dies nun geschehen soll und bereits geschieht. Denn dies führt auf die Ebene der Zielsetzungen hinter oder oberhalb der manifesten Oberfläche der Ökonomie und der Politik. Schaut man auf ein Phänomen, kann man fragen, was sich in diesem Phänomen manifestiert, wovon es Ausdruck ist. Diese Denkweise ist nicht auf eine sonderbare Weise verschwörungstheoretisch, sondern der gewöhnliche Blick eines Arztes, der ein Symptom bemerkt und dessen Ursache herausfinden will, oder eines Soziologen, der ein bestimmtes Verhalten auf seine kollektiven Motive zurückführen will. »Was ist der Fall und was steckt dahinter?«, fragte sich der nicht gerade der okkulten Geheimniskrämerei verdächtige Luhmann in einer gleichnamigen Vorlesung und gab die logische Antwort: »Wenn etwas der Fall ist, steckt auch etwas dahinter – nämlich die Unterscheidung von dem, was nicht bezeichnet wird, wenn etwas bezeichnet wird.« Wenn beispielsweise ein Marxist annimmt, hinter der sogenannten Migrationskrise stecke die Geschichte von Klassenkämpfen – was wird damit dann gerade nicht bezeichnet? Und wenn ich nun annähme, hinter der »Großen Wanderung« (Hans Magnus Enzensberger) steckten Pläne einer globalistischen Elite zur Errichtung der Neuen Weltordnung, und noch dahinter größere geistige Bewegungsimpulse, dann bräuchte ich mit Luhmann diese Beobachtung nicht als Wahrheit zu verkaufen. Ich könnte sie als »difference that makes a difference« (George Spencer Brown), eben als meine Beobachtung, handhaben. Wissend, daß sie einen blinden Fleck hat wie jede Beobachtung, daß sie eben eine Perspektive ist.

Doch die Sache hat einen Haken. So schnell läßt einen *Big Other* nicht von der Angel. Wenn ich mit meiner »Verschwörungstheorie« (wofür es bezeichnenderweise keinen Positivbegriff gibt) daherkomme, reicht es nicht aus, daß ich dafür keine absolute Wahrheit beanspruche, sondern frei heraus zugebe, daß diese natürlich eine Perspektive ist, eine Denkmöglichkeit. Jean Raspail gebraucht in seinem Roman *Das Heerlager der Heiligen* als wiederkehrendes Motiv die Frage »Vielleicht ist das eine Erklärung?« – doch solche Erklärungsversuche werden verunmöglicht.

Big Other verlangt, daß der blinde Fleck sich über die ganze Beobachtung erstrecken und sie auslöschen soll. Auch hier werde ich als Beobachter gezwungen, die Ebenen zu wechseln: meine Beobachtung oszilliert zwischen politisch Sichtbarem und dahintersteckendem Unsichtbarem. Wenn Manfred Kleine-Hartlage die These vertritt, man brauche doch bloß zu »unterstellen«, was die großen Akteure in EU- und UN-Papieren selber offenlegen, Listen von *reliable allies*, Migrations- und Flüchtlingspaktveröffentlichungen und *framing manuals* öffentlich-rechtlicher Sendeanstalten, dann überläßt er es klug dem Leser, selber eins und eins zusammenzuzählen und sich zu überlegen, wozu bestimmte Pläne der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Allein die Denkmöglichkeit, eine Ebene jenseits der Oberfläche anzunehmen, auf der es Pläne, Agenden, Akteure, Kräfte geben könnte, mithin »Verschwörungstheorien« für berechnete Erkenntnisansätze halten zu wollen, führt ins soziale Abseits. Der Anpassungsdruck des *Big Other* bestimmt auch hier wieder die mögliche Wahrnehmung, auch die Wahrnehmung von etwaigen Auswegen aus der Misere, die aber dadurch unpassierbar werden.

»Wie wir gesehen haben, lautet die Ideologie dieser heutigen Kaste, daß die Globalisierung »unvermeidlich« und daß sie etwas Gutes sei: im globalen Maßstab also Kapitalverflechtung, freier Markt, freie Migration, Deregulierung von Märkten. Die politischen Konsequenzen liegen auf der Hand: Transferierung von Kompetenzen von den Nationalstaaten (der Idee nach also den Völkern) auf supranationale Organisationen (also auf unkontrollierbare Technokraten), Aushöhlung demokratischer Strukturen, Verschmelzung von Völkern und Kulturen.«

Manfred Kleine-Hartlage: »*Neue Weltordnung*«, 2013.

4. *He who must not be named* – das große Tier

In Platons *Staat* erzählt Sokrates den Mythos vom »Großen Tier«: Man stelle sich vor, jemand hielte sich eine große und gewaltige Bestie, und spürte ihrem Verhalten nach und nach ab, wie sie zu behandeln sei. Dies zu tun hieße denken und handeln in Übereinstimmung mit den Vorurteilen und Reflexen der Masse, zum Nachteil jedes persönlichen Forschens nach der Wahrheit und dem Guten. Wie kann nun unsereiner überhaupt auf die Idee kommen, daß die Neue Weltordnung, definiert als freie weltweite Bewegung von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Menschen eine Verkörperung des Großen Tieres wäre?

Gemeinsam ist allen globalen Verschiebeoperationen (Waren, Kapital, Dienstleistungen, Menschen) ihr extremer Grad an Abstraktion. Die letztgenannte Verschiebeoperation, die Verschiebung von Menschen, aber legt die Axt an praktisch alles, was seßhafte Kulturen hervorgebracht haben, wie es in einem Kommentar auf sezession.de treffend formuliert war. Menschen auf dem Globus zu bewegen ist etwas fundamental anderes als Waren und Geld zu bewegen. Ein Mensch ist nicht im entferntesten mit einer Ware vergleichbar, er ist »ein großes Wunder«, wie Pico della Mirandola in einer berühmten Rede staunend bemerkte. Er blüht in einem konkreten Raum und einer konkreten Zeit, ist in seiner Identität mit diesen Verhältnissen eng verwoben. Nun soll er – um seiner Selbstverwirklichung willen – seine Herkunft hinter sich lassen, sich auf den Weg machen und irgendwo auf der Welt den Ort finden, der ihm im Augenblick die meisten Vorteile bietet, um, wie man sagt, »sein Potential optimal zu entfalten«.

Als moderner Nomade im hotel24 abzustiegen, seine Follower stets dabei zu haben, ihnen ständig den eigenen Status zu melden und als »Anywhere« oberhalb der »Somewheres« (Alexander Gauland) sich zu bewegen und überall und nirgends zuhause zu sein: Das ist mittlerweile zum Lebensstil einer recht großen Schicht von Menschen geworden, einer »blinden Elite« im Sinne des amerikanischen Soziologen Christopher Lasch.

Die möglichen materiellen Annehmlichkeiten, die diese neue nomadische Lebensweise mit sich bringt, werden mit dem Verlust der Heimat bezahlt, dem Verlust der Verwurzelung, auch der Geborgenheit und Hülle, die ein Gemeinwesen dem Menschen bietet. Letztlich werden durch diesen Prozeß also die den Menschen bergenden und tragenden Gemeinwesen selbst zerstört. Um es genauer zu sagen: Es wird *mein* Gemeinwesen zerstört, *mein* Volk, *meine* Heimat, *mein* Ort, weil dies alles zu den Hauptzielen dieser Migrationsbewegungen gehört. Globalismus, soweit der Begriff die freie Migration von Menschen und ein »universelles Niederlassungsrecht« beinhaltet, ist ein Angriff auf das Wesen des Volkes an sich und daher nicht mit früheren Einschmelzvorgängen vergleichbar, die immer die Völker zwar verändert, aber in ihrem Kern doch intakt gelassen haben. Dies muß verhindert werden, nicht bloß hinausgezögert. Bei Strafe des Untergangs.

Diesen Zusammenhang nicht nur *nicht zu bemerken*, sondern sich in seinen Dienst zu stellen, ist genau das, was das große Tier einfordert. Der französische Philosoph Renaud Camus bildete das Kunstwort »le fauxel«, das er von »faux« = »falsch« abgeleitet hat, und analog zu »réel« = »richtig, real«, gebildet hat: falsche Realität, eingebildete Wirklichkeit, das Manipulative. *Le fauxel* wirkt auf das moralische Urteilsvermögen der Leute. Es dressiert sie dazu, kollektiv dem großen Tier gehorsam zu sein, statt dessen Vitalfunktionen zu erkennen. Das Grauen vor der Bestie ist beseitigt bei denjenigen, die das Tier pflegen. Sie glauben aufrichtig, die Neue Weltordnung bringe doch den ewigen Frieden ohne Grenzen für alle Menschen. Ihnen erscheint nichts als »böse«, außer denjenigen, die sich gegen das Tier wehren: Diese werden dann im »Kampf gegen Rechts« und gegen »Populismus« als »Nazis« oder »Verschwörungstheoretiker« mit dem Bösen gleichgesetzt. Dieser Ersatzgegner ist als innenpolitischer Bürgerkriegsfeind moralisch übercodiert, gegen ihn können die tierpflegenden *bienpensants* »gut« sein.

Woher nehme ich den heftigen und beständigen Impuls des Grauens vor dem großen Tier, vor dem *fauxel*? Es ist weniger das detaillierte Wissen um das Dahintersteckende, weniger die ausgefeilte Theorie, auch kein

»Der Dienst des falschen Gottes (des sozialen Tieres in allen seinen Verkörperungen) läutert das Böse, indem er das Grauen davor beseitigt. Wer ihm dient, dem scheint nichts mehr böse, außer den Verfehlungen im Dienste. Der Dienst des wahren Gottes aber läßt das Grauen vor dem Bösen bestehen, ja, er steigert noch seine Heftigkeit. Und dieses Böse, vor dem einem graut, liebt man zugleich, weil es aus Gottes Willen vorhanden ist.«

Simone Weil: *Schwerkraft und Gnade*.

Eingeweihtsein in okkulte Zusammenhänge. Es ist eine platonische Tugend des Philosophen: die Liebe zur Wahrheit, nicht zu verwechseln mit dem Bereits-gefunden-Haben der Wahrheit. Simone Weil verknüpft diese Wahrheitsliebe mit dem Dienst am wahren Gott. Das ist schwierig zu begreifen, noch schwieriger als meine oben begonnene Überlegung zu unsichtbaren geschichtsbestimmenden Kräften. »Und dieses Böse, vor dem einem graut, liebt man zugleich, weil es aus Gottes Willen vorhanden ist« – was kann das heißen?

Imstande zu sein, dieses Grauen vor dem Bösen zu empfinden, wird durch das Gute bewirkt. Die Fähigkeit zu dieser Empfindung zeigt nämlich, daß das Böse Abwehr hervorrufen kann, daß es bekämpft werden *kann*. Insofern ist das Böse eine abgeleitete Funktion des Guten: ohne Wahrnehmung des Bösen könnten wir uns nicht aktiv gegen oder für es entscheiden. Menschen können nur aus Freiheit sündigen, das Böse muß genausogut wie das Gute »aus freier Willkür angenommen worden sein, denn sonst könnten sie nicht zugerechnet werden«, formulierte Kant in der *Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft* 1793. Nur weil es das Böse in der Welt gibt, sind wir zurechnungsfähig, denn automatisches oder instinktives Gutsein käme ohne menschliche Freiheit aus. Das Immer-auch-anders-Können ist die Voraussetzung des Guten. Mit Simone Weil ließe sich also sagen: Nichts anderes will Gott, als daß wir uns ständig neu des Grauens vor dem Bösen bewußt werden. Dafür läßt er es zu, setzt uns ihm aus, läßt sogar zu, daß es uns verschlingt und uns ohne daß wir es erkennen in seinen Dienst zwingt. Es ist Gottes volle Absicht, dem Menschen zu überantworten, sich gegen das Verschlingende zu entscheiden oder sich verschlingen zu lassen. Diese Entscheidung ist selber Schicksal und Bewährung, keine Spielart von *free choice*. Gäbe es nicht die Masse, das »soziale Tier«, wir könnten uns nie darin bewähren, ihr zu entkommen. Gäbe es nicht den unsichtbaren Gegner und seine täuschenden Ersatzfeindkonstrukte, könnten wir nicht an immer schärferem individuellen Bewußtsein arbeiten.

Ohne die Grundannahme von Individualität und Freiheit ist es unmöglich, Manipulation etwas entgegenzusetzen. Der Sozialpsychologe Arno Plack hat Manipulation als »Steuerung des Menschen mit Mitteln, die ihm nicht bewußt sind, auf Ziele hin, die nicht die seinen sind, die er aber als die seinen auffassen soll«, gekennzeichnet. *Big Other* erklärt sich nicht, das Prinzip wirkt, und es wirkt desto stärker, je weniger die Menschen mitbekommen, daß sie um ihre Ziele betrogen werden. Seine Ziele sind diametral den Zielen der Völker und der in ihnen verwurzelten Individuen entgegengesetzt, wenn ich annehmen darf, daß es ihnen wesentlich um Selbsterhalt und Gedeihen, mithin Systemstabilität, geht.

Wenn es jemandem gelänge, sich dem großen unsichtbaren Gegner überhaupt jemals zu entziehen, wäre das nur durch freie Individualität möglich. In einer Haltung von freier Individualität, und etwas anderes als eine Haltung kann dies kaum sein, kann man anderen Individuen begegnen. Sollte einem in der beschränkten Zahl von Begegnungen im Leben womöglich jemand unterkommen, von dem angenommen werden kann, daß er im Bösen festgebunden ist, ein bezeichnenderweise im Deutschen sogenanntes »hohes Tier«, könnte es zumindest prinzipiell möglich sein, gerade durch das Böse hindurch diesen Menschen zu lieben. Er wird dann konkret und ist nicht mehr nur ein abstraktes Exponat des Bösen. All die vielen, denen man auf Gedeih und Verderb ausgeliefert ist, die politischen Gegner in den Spiegelfechtereien, die mit »gut *versus* böse« fehletikettiert sind, die fremden Massen, vor deren frevelhafter Zahl uns graut, sind gering, verglichen mit dem unsichtbaren Bösen: *Big Other*, den abstrakten Eliten, dem *deep state*, Platons großem Tier.

Woher also beziehe ich die Kraft, den unsichtbaren Gegner bekämpfen zu wollen? »Wer als Weltherrscher Rebellion ein für allemal unmöglich machen will, muß also folgendes zerstören: erstens die Familie, zweitens die Völker, drittens die Religion«, überlegt Kleine-Hartlage und bestimmt so *ex negativo* unsere wesentlichen Bezugsgrößen. Familie, Volk, Religion – alle drei sind konkret (nicht abstrakt), real (nicht imaginär) und wahr (nicht manipulativ). Es sind dies Bezugsgrößen, die überhaupt erst Verwurzelung und Hülle ermöglichen. In ihnen geborgen zu sein, setzt ungeahnte Kräfte frei, von denen der philosophische Wahrheitssucher nur ahnen kann, woher sie rühren. ■

Das Minimum als Maximum

von Günter Scholdt

Die (wie immer definierte) Rechte steht momentan in verschärftem Trommelfeuer. Für PEGIDA, die IB, das IfS, alternative Verlage und Blogs, die JA, die AfD und ihren Flügel hat man das Overton-Fenster fast ganz geschlossen. Die Schamlosigkeit dieser von täglicher Medienhetze begleiteten postdemokratischen Strategie wird nur noch übertroffen durch ihre groteske öffentliche Inszenierung. Man denke an den tölpelhaften Versuch der sächsischen Wahlleitung, Volkes Stimme zu dämpfen, an juristische Verfolgung von »Falschmeinenden« oder den Zwang zu maoistischer Selbstkritik, der längst die Unterhaltungs- oder Sportbranche erfaßt hat und »Unkorrekte« wie Patrick Owomoyela (imitierte als Fußball-Kommentator einen Halbsatz lang Hitler) oder Clemens Tönnies (äußerte sich klischeehaft über »die Afrikaner«) an tugendterroristische Marterpfähle bindet. Der böartige Zug unserer Denunzianten-Republik, in der IM Victoria (Anetta Kahane) ihre Schnüffeltalente erneut beweisen darf, harmoniert dabei bestens mit ihrem infantilen, wonach höchste Staatsvertreter, frei von der Furcht vor Lächerlichkeit, im Beratungsbann der sechzehnjährigen Autistin Greta Thunberg stehen.

Schamlos entlarvend sind neben der willkürlichen Verweigerung von Parlamentsämtern für die einzige nennenswerte Opposition, die Maaßen-Affäre oder Reaktionen auf den Mord an Lübcke, wo Peter Tauber und andere sich nicht entblödeten, die AfD verleumderisch mit dem Terrorismus zu identifizieren. Als Gipfelpunkt seiner als »Haßrede pur« zu klassifizierenden Ausführung drohte er dieser Partei mit dem Entzug der Grundrechte. Skrupellosigkeit zeigt der vermehrte Einsatz geheimdienstartiger Horchaktionen gegen »böse« Populisten. Desgleichen Thomas Haldenwangs Stigmatisierung der Identitären zu »Extremisten« bei geduldetem gutmenschlichen Aufmarsch gegen ihr Sommerfest in Halle, wo die von den Behörden tolerierte Antifa-Gewalt unser Grundgesetz zum Wunschkatalog degradierte. Unnötig zu betonen, daß sich die hiesige »Qualitätspresse« für solche Rechtsbrüche nicht interessiert. Und so zeigte sich einmal mehr die aktuelle Demokratie mit heruntergelassener Hose.

Dafür plant man gerade einen (bislang auf 150 Millionen veranschlagten) Burggraben um den Reichstag, der ein wenig vom Seelenzustand unserer Repräsentanten verrät, die sich ihres illoyalen Verhaltens wegen offenbar bedroht wähnen. Was jahrzehntelang als überflüssig galt, in Berlin wird's Ereignis als mentale Bankrotterklärung. »Das Volk hat das Vertrauen der Regierung verscherzt«, spottete Brecht nach dem 17. Juni 1953. Ob es da nicht einfacher wäre, »die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?« Auch das ist dem gegenwärtigen Führungskartell längst eingefallen, täglich praktiziert durch Bevölkerungsaustausch.

So prekäre Voraussetzungen stellen die Frage nach dem unbedingt zu verteidigenden politischen Minimum. Es bestimmt sich (jenseits von expliziten Programmpunkten in Sachen Eurokratie, Immigration, Gen-

»Soll ich Ihnen mal was sagen? Es gibt wahnsinnig wenig Courage in diesem Lande, [...] die Tabuisierung fast aller Themen sowie die Tatsache, daß dieses Land den Kern der Meinungsfreiheit nicht begriffen hat.«

Arnulf Baring im Bayerischen Rundfunk am 22. November 2011.

»Die Politische Korrektheit liegt wie eine Grabplatte auf unserem Land. Die AfD ist das Stemmisen, mit der wir diese Grabplatte lüften werden.«

Björn Höcke (2013) auf der Website der Thüringer AfD.

der-Hokuspokus oder Klima-»Rettung«) als Gebot der Stunde – unverzichtbar für Alternative jedweder individueller oder organisatorischer Ausrichtung. Dieses Minimum heißt *Meinungsäußerungsfreiheit* als spürbarste Konkretisierung des Freiheitsverlangens generell. Und wer es nicht als zentrales Anliegen begreift, hat den Kampf gegen das Establishment von Anfang an verloren.

In Gesellschaften, die im doppelten Wortsinn noch zu retten sind, müßte es sogar weit über (partei-)politische Gegensätze hinaus bündnisfähig sein. Traut sich doch einer jüngsten Umfrage zufolge eine überwältigende Mehrheit der Deutschen, heikle Politthemen nur mehr im engsten Kreis anzusprechen. Oder denken wir an wirkliche Liberale, die sich ausgerechnet vom Kern ihrer Weltanschauung »emanzipiert« haben. Denn was gegenwärtig für alle auf dem Spiel steht, ist nichts weniger als Demokratie und Rechtsstaat. Und vielleicht vergrößert der Schock über eine zunehmend weniger verdrängbare Realität auch einmal die derzeit winzige Minderheit unangepaßter Künstler und Intellektueller, deren Berufsethos sich nicht im Kommerz erschöpft und die sich bewußt sind, daß die stets beanspruchte Tradition kritischer Außenseiter ihnen selbst Verpflichtungen auferlegt.

Um einer größeren Allianz willen sollte klar sein, daß die Freiheitsforderung auch dann ihren Sinn behielte, wenn alles falsch wäre, was das Gros im alternativen Lager vertritt. Denn der Grundsatz, jedes Problem unterschiedlich beurteilen zu dürfen und auch eigene Positionen für verhandelbar zu halten, bedeutet nicht bloß marklose Beliebigkeit und inhaltslose Bescheidenheit. Vielmehr garantiert er, daß eine Gesellschaft Lösungen überhaupt noch im ideellen Wettbewerb sucht. Um die von der Alternative gewünschte Wende braucht einem ohnehin nicht bange zu sein. Denn wo dieses Prinzip (wieder) Geltung erlangt, entfaltet es umgehend seine Dynamik und bewirkt sogar ein Maximum an Neugestaltung. Schon einmal in jüngerer Zeit, in der DDR, gingen Deutsche mit der Freiheitsforderung auf die Straße und haben die Welt bewegt – ein Grund mehr fürs Establishment, dieses Minimum bereits vom Ansatz her rigoros zu bekämpfen.

Meinungsfreiheit ist somit für politische Veränderungen die wichtigste Voraussetzung. Denn wo (wieder) ungehindert gesprochen werden kann, wirkt dies wie in Andersens Märchen von des Kaisers neuen Kleidern. Sobald der psychosoziale Druck entfällt, kehrt der gesunde Menschenverstand zurück, stürzt ein gigantisches (Lügen-)Gebäude kostspieliger wie gefährlicher Illusionen in sich zusammen.

Wie reagiert die AfD auf die herrschende Illiberalität? Anfangs gehörte der Kampf gegen den Maulkorb zu ihren Hauptzielen. In den Politischen Leitlinien von 2014 hieß es: »Wir wenden uns mit Nachdruck gegen zunehmend verbreitete Tendenzen selbsternannter Gesinnungswächter, Andersdenkende einzuschüchtern oder gesellschaftlich auszugrenzen.« Inzwischen sank der Stellenwert dieser Forderung, teils aus Mangel an strategischer Einsicht, teils unter verschärftem Druck. Doch schon aus der Anfangsphase der Partei erinnere ich mich an Gespräche mit einigen Funktionären, denen das Thema gegenüber handfesten Wahlkampfzielen wie Euro und Rente zu abstrakt erschien. Ich wandte damals ein, die Partei könne aus Gründen momentaner öffentlicher Darstellbarkeit zwar kurzfristig auf diesen oder jenen Programmpunkt verzichten, aber nie auf diese Kernforderung. Denn mangelnde Meinungsfreiheit begrenzt die Entfaltung der AfD elementar. Und positiv gesagt, besitzt die Partei damit ein Alleinstellungsmerkmal, das sie ideell fundiert und emotional stärker bindet als jedes aktuelle Thema.

Schließlich gehört, über Tages- oder Parteipolitik hinaus, die Sehnsucht nach dem offenen Wort zu den zeitübergreifenden Wertideen. Wer sie verteidigt oder sogar zurückerobert, erfüllt eine gesellschaftliche Hauptmission. Wer sie jedoch bekämpft, verordnet seinem Land die erstickende Atmosphäre feiger Anpassung an ein von Lüge bestimmtes Ideal der Alternativlosigkeit. Daraus folgt fast zwangsläufig der Schritt in die tugendterroristische Denunzianten-Republik. Und den geht kein Volk, ohne Schaden an seiner Seele zu nehmen.

Denn Feige sind weder individuell noch kollektiv wirklich glücklich. Und um Selbstvorwürfen zu entgehen, verstricken sie sich in Kompensationen oder Übersprungshandlungen, wie sich am bundesrepublikanischen Beispiel, Kompendien füllend, erläutern ließe, etwa durch aggress-

»Überdies vollzieht sich kein Rückzug und kein Kneifen, ohne Spuren im Inneren des Ausweichers zu hinterlassen ... Das Bewusstsein seiner Feigheit, mag er sie auch zynisch eingestehen oder, gegen die möglichen Folgen des Mutes verrechnet, als Klugheit rechtfertigen, wird sein Selbstwertgefühl zerfressen. Das gilt übrigens für Individuen wie für Gesellschaften; Feigheit und mangelndes Selbstwertgefühl stehen stets in direktem Zusammenhang, wie unter anderem das Beispiel der Bundesrepublik zeigt ...

Die Deutschen haben nach 1945 »eine Sonderausgabe von Beherztheit« in die Welt gebracht, »die vielgelobte Zivilcourage, die Magerstufe des Muts für Verlierer«, notiert der Kulturphilosoph Peter Sloterdijk.«

Michael Klonovsky: *Der Held. Ein Nachruf*, Diederichs 2011, S. 13–15.

Anfang des Jahres schrieb mir ein AfD-Mitglied der ersten Stunde:

»Was soll dieser ganze Eiertanz um das Sagbare! Es sollte um Meinungsfreiheit gehen, wie sie selbst noch die SPD vor gut 100 Jahren verstand, als Eduard Bernstein schrieb: »Mehrheitsbeschluß macht nicht das Wesen der Demokratie aus ... Jede auch noch so kleine Beeinträchtigung des freien Wortes ist Beeinträchtigung von Demokratie.« Wer nicht gelernt hat, die Dinge auszusprechen, wie sie sich darstellen, wird im Geschwurbel seiner Zeit untergehen. Reden wie andere es vorschreiben, bedeutet Tod jedes fruchtbaren Gesprächs. Insofern ist die bleierne Zeit des politisch Korrekten, des Vorsichtigen und Langweiligen leider wieder zurück, die mit dem Aufstieg der AfD kurz unterbrochen war. Meine Begeisterung schwindet.«

sive Frontstellung gegenüber allen, die man hierzulande gefahrlos jagen darf. »Schweinsein gegen rechts zum Billigtarif« ist nun mal die von Regierungsseite geförderte, geläufigste Art psychischer Entlastung. So toben sich Rowdys, justiziell kaum behindert, einschlägig aus, und Maulsadisten träumen davon, etwa Schnellroda durchsuchen zu lassen. Andere wie Martin Sellner mußten dergleichen schon realiter erdulden oder wurden Opfer zeitgemäßer Stasi-Neigungen wie die jenes perversen »Zentrums für politische Schönheit«.

Gleichwohl scheint es für AfD-Vertreter momentan nicht opportun, unbeschränkte Meinungsfreiheit nachdrücklich einzuklagen. Im Vordergrund steht eher die Sorge, ob man damit überall stimmenmäßig punkten oder wie man administrativ-juristischen Nachstellungen entgehen kann. Man ermahnt Mitglieder, sich verbal zurückzuhalten und die Wut darüber zu zügeln, daß ihre Zukunft verspielt wird. Der Bundesvorstand erarbeitete Handlungsempfehlungen oder Sprachregelungen und bestätigte Abgrenzungsbeschlüsse. Schlimmer noch: Man zerfetzt sich zuweilen öffentlich über die gebotene Nähe oder Ferne zu dem, was als Position der Mitte oder vermeintlicher Radikalität zu gelten hat.

Darüber zu spotten ist unangebracht. Denn natürlich öffnete sich eine fatale Zwickmühle, seit das Establishment den Verfassungsschutz immer dreister als parteiisches Kampforgan nutzt. Zwangsläufig verschärfte sich das Entscheidungsdilemma, wie man mit manchen Mitgliedern und Aussagen umgehen soll: darunter auch mal taktlosen, von der Parteimehrheit nicht gedeckten Äußerungen, die sich schädlich für Außenwirkung und Rechtsstatus der Partei erweisen. Ganz zu schweigen von etlichen *agents provocateur*, die sich in der AfD tummeln. Insofern besteht ein berechtigtes Parteiinteresse, nicht ständig auf schwer zu verteidigenden Nebenkriegsschauplätzen gebunden zu werden. Wer politisch wirken will, kann um eines überzeugenden Profils willen nicht jede Abstrusität akzeptieren. Konkrete Politik bedarf auch mal pragmatischer Zurückhaltung, und eine Partei dieser Bedeutung ähnelt keinem Torpedoboot, sondern einem Flugzeugträger, der nicht jedes Scharmützel mitmachen soll.



Ein Ende des 19. oder Anfang des 20. Jahrhunderts entstandenes Foto zeigt drei chinesische Frauen in einem Cangue, einem Gerät, das für die öffentliche Demütigung verwendet wurde.

Allerdings kann man auf dem schmalen Grat ständiger Rücksicht ebenso abstürzen oder sich durch Berührungsgang selbst kastrieren. Wer Klartext und Mut zu Deutschland verspricht, wird den Mainstream immer provozieren. Wer jedoch in dessen Sinn »anständig« wird, verspielt die Hoffnung von Millionen. Auch vergißt, wer jeden Kontakt mit potentiell Anrühigem scheut, daß er nach Establishment-Urteilen ebenfalls zu den Politparias gehört und daß das gegnerische Erfolgsrezept vornehmlich auf die Spaltung des alternativen Lagers zielt: in angeblich Radikale und Liberale, Wessis und Osis. So wäre es ein verhängnisvolles Signal nach außen, entstünde der Eindruck, der Gegner brauche lediglich durch gesteigerten Druck den innerparteilichen Konflikt zu forcieren. Dann

würden die jeweiligen Ränder in immer kürzeren Abständen abgestoßen, und am Ende verbliebe nur mehr eine quantitativ oder programmatisch ausgesogene AfD, mit der man leichtes Spiel hätte.

Besser orientiert man sich ohne Fremdbestimmung an eigenen Zielen und definiert im breiter gefächerten alternativen Lager unaufgeregt Gemeinsamkeiten und Differenzen. Gefragt ist Stehvermögen ebenso wie taktische Vernunft, verbunden mit der Einsicht, daß die törichten oder peinlichen Äußerungen in aller Regel nicht Ursache der Empörung sind. Die AfD könnte sich bis zur Selbsthütung »reinigen«, es nützte ihr we-



Französische Frauen, der Kollaboration mit den Deutschen während der Besetzung beschuldigt, wurden in den frühen Tagen der Befreiung durch die Straßen von Paris getrieben: Sie waren teilweise entkleidet, ihre Köpfe waren rasiert.

nig. Sie wird vom Establishment solange nicht politisch amnestiert, wie Denunziation mehr politische Rendite einbringt als Argumentation. Ausrichtung an der Mainstream-Schelte macht die AfD-Führung zur Getriebenen derjenigen Kräfte, die sie ablösen will. Denn rote Linien ziehen stets andere, die einer wirklichen Erneuerung unseres Landes spinnefeind sind.

Die herrschende Klasse setzt dabei ein Machtmittel ein, dessen perfide Wirksamkeit zu erfassen zu den Essentials politischer Handlungslehre gehört: Sie schafft sich, staatlich gestützt, einen ständig vergrößerten tabuisierten ideologischen Freiraum. Da er politisch nicht mehr hinterfragt werden soll, wird Kritik daran zumindest moralisch kriminalisiert. Zivilgesellschaftliche Hilfstruppen und (angeblich Diskriminierung abbauende) Sprachvorschriften sichern ihn ab (exemplarisch das vielfach absurde Gender-Neusprech). Dem folgt die juristische und verfassungsmäßige Einhegung des besetzten Meinungsterrains, was der Opposition endgültig den Schwarzen Peter zuspielt. Diese juristische Kontaminierung des Vorfelds politischer Entscheidungen zählt zu den schärfsten postdemokratischen Waffen – eine Auswucherung von Gesinnungstatbeständen, die fraglos den Geist unseres Grundgesetzes verletzt, selbst wenn Josef Schußlburner (siehe Literaturangabe!) klarsichtig eine dubiose Besonderheit deutschen Verfassungsrechts ausmachte.

Zusätzlich stellt ein maßlos erweiterter § 130 StGB selbst Relativierung historischer Urteile unter Strafe, was eigentlich das tägliche Brot jedes seriösen Historikers vergiftet. Rechtsstaatliche Mißgeburten wie Maas' Netzwerkdurchsetzungsgesetz verstärken die (halb-)staatliche Einflußnahme. Aufgabe demokratischer Justiz ist jedoch nicht, regierungsunfreundliche Emotionen, Geschmacksniveaus, Welt- oder Geschichtsbilder zu verhindern, sondern die Einhaltung von Grundregeln zu garantieren, nach denen man soziale Konflikte austrägt.

Auch sollte es wirkliche Demokraten schaudern vor der uferlosen Ausdehnung von Gesinnungstatbeständen: vom ehemals selbstverständlichen ethnischen Volksbegriff über »gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« bis zu »Haß« und »Hetze«, deren gummihafte definitorische Unschärfe der Machtwillkür Tor und Tür öffnet. Die dahinterstehende Rechtsphilosophie nannte mein akademischer Lehrer in den 1970ern verhängnisvoll und anmaßend. Selbst in einer Zeit, als der (linke) Terrorismus seine mörderische Dimension entfaltete, widersprach er dem Kurzschuß, aus Fundamentalkritik an Staat und Gesellschaft straf- oder verfassungsrechtliche Verantwortlichkeit abzuleiten.

Ein zeitgemäß abzuwandelnder Ausspruch Pastor Niemöllers:

»Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Gewerkschafter. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.«

Literaturhinweise:

Zum Stichwort »Denunzianten-Republik«:

Günter Scholdt: *Anatomie einer Denunzianten-Republik. Über Saubermänner, Säuberfrauen und Schmutzkinder*, Grevenbroich 2018.

Zur VS-Rechtsproblematik:

Josef Schußlburner: »Verfassungsschutz«: *Der Extremismus der politischen Mitte*, Schnellroda 2015.

Wenn somit eine dezidiert gewaltfreie Bewegung wie die Identitären durch einen liebedienerischen Verfassungsschutzpräsidenten als »extremistisch« eingestuft wird, während militante Linksrowdys sich sogar ministerieller Persilscheine erfreuen, sollten alle demokratischen Alarmsirenen schrillen. Solche Obrigkeitssicht wittert ja schon unzulässige »Feindbilder«, wo gegen den UN-Migrationspakt protestiert wurde, den die Regierung, nur durch die AfD gehindert, ursprünglich am Volk vorbeiratifizieren wollte. Durch diese Gesinnungsherrschaft wird nennenswerte Kritik am aktuellen Politikurs praktisch illegalisiert. Und wir unterliegen der Paradoxie, daß sich die vielbeschworene Volksherrschaft durch strangulierende Rede Voraussetzungen selbst außer Kraft setzt und die momentan größte Rechtsstaatsgefährdung von sog. Verfassungsschützern ausgeht.

Man muß sich der mangelnden Legitimität dieses postdemokratischen Schutzraums stets bewußt sein und seinen Wählern vermitteln, daß es bei solchen (*ausschließlich* auf *Meinungen* basierenden) staatlichen Zugriffen weder um Moral noch Recht, sondern um pure Macht geht. Die AfD und Umfeld-Initiativen sollen nämlich nicht deshalb observiert werden, weil sie ein nicht zu duldenes Maß an Extremismus vertreten. Diese Mär können unsere Schlapphüte bzw. Strippenzieher(innen) nur deshalb verbreiten, weil der Tabu-Raum ständig in Richtung Mitte verschoben wurde. So wird heute bereits skandalisiert, was weder Adenauer, Strauß, Schumacher oder noch Brandt erregt hätte.

Denn eine gigantische Begriffsfälscherwerkstatt arbeitet rund um die Uhr, um durch ständig verschärfte Definitionen für Hetze, Rassismus, Sexismus oder zahlreiche Antis neue Waffen im politischen Kampf zu schmieden. Man begründet nicht, sondern gliedert immer mehr Themen, Worte, Werte oder Kriterien quasi aus dem legitimen Meinungskorridor aus. Wo die Justiz mitspielt, heißt dies: Regieren leicht gemacht. Folgt die AfD solchen Vorgaben, wird sie am Nasenring durch die politische Arena gezogen, wobei mittlerweile ja schon nichtlinke Faschingsscherze Staatsanwälte mobilisieren.

Deshalb stelle man klar: Ob aktuell verpönte Thesen zu den Weltkriegen, zum Kolonialismus oder Multikulti-Ansprüchen vertreten oder die erste Strophe des Deutschlandlieds gesungen wird, ob man Gaulands »Fliegenschuß«-Metapher als unglücklich empfindet oder sich geschichtspolitische 180-Grad-Wenden wünscht, ist für die Partei eine Frage der Profilierung, des Geschmacks wie der Taktik. Aber es darf nie eine der Legalität sein, für die sich staatliche Behörden zuständig wähnen. Wer dies nicht auseinanderhält, leistet der Totalisierung des Diskurses in einer Denunziationsgesellschaft Vorschub.

Pragmatische alternative Politik gleicht somit einer Gratwanderung mit der Gefahr, zum Ritt auf der Rasierklinge zu entarten. Sie mag sich kurzfristig Pressionen fügen oder durch Trennlinien ihr Profil schärfen. Aber sie muß im Auge behalten, daß das meiste von dem, was auch darüber hinaus politikriminalisiert wird, in einem intakten Rechtsstaat sagbar ist oder sein sollte, sogar ohne schlechtes Gewissen. Wer also, der Not gehorchend, nur zurückweicht, und nicht auch für andere plädiert, die gerade zu Unrecht am Pranger stehen, oder gar durch die Art seiner Abgrenzung zur Diskreditierung der Gejagten beiträgt, fungiert letztlich als Erfüllungsgehilfe der Macht.

Wer ungestörte Entfaltung für sich selbst will, muß auch für die anderer eintreten. Denn fast jede Regierungsmaßnahme gegen Einzelne und Organisationen, die nicht gegen klassische Rechtsnormen verstoßen, zielt zugleich auf die AfD. Wer etwa kommentarlos zusieht, wie gerade ein Wellenbrecher wie die Identitären demontiert wird, unterläßt Prävention gegen künftige totalitäre Sturmfluten und wird irgendwann selbst verschlungen. Das zu bewahrende Minimum fordert ein (verfassungsmäßiges) Maximum. Wer Grundsätzliches nicht verteidigt, wird bei der offensiven Ideologie Merkelaniens auf einen immer kleineren ideellen Brückenkopf zusammengedrängt.

Und jenseits aller Parteistrategie gibt es natürlich noch den elementaren Anspruch, daß Freiheit ähnlich wie Schwangerschaft zu bewerten sei, im Sinne von Ja oder Nein. Solche Neigung spürt man im Sehnsuchtslied von Gitte Hænning aus den 1980ern. »Jetzt bin ich frei und will alles«, sang sie: »Nie mehr bescheiden und stumm / Nie mehr betrogen und dumm / Nein! Ich will alles / Ich will alles / Und zwar sofort.« ■

Autoren dieses Heftes

Benedikt Kaiser, 1987, studierte Politikwissenschaft mit europaspezifischer Ausrichtung in Chemnitz. Er arbeitet beim Verlag Antaios.

Blick nach links oder: Die konformistische Rebellion, Schnellroda 2019

Heino Bosselmann, 1964, Studium an der Universität Leipzig, ab 1990 tätig als Lehrer für die Fächer Philosophie, Deutsch und Geschichte, seit 2011 freiberuflich.

Andreas Karsten, 1992, studiert im Master Soziologie in Halle/Saale.

Ellen Kositzka, 1973, arbeitet als Redakteurin der *Sezession* und als freie Publizistin. Sie erhielt 2008 den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten.

Vorlesen, Schnellroda 2019

Götz Kubitschek, 1970, gründete und führt den Verlag Antaios und ist verantwortlicher Redakteur der *Sezession*.

Die Spurbreite des schmalen Grats. 2000–2016, Schnellroda 2016

Dr. Erik Lehnert, 1975, ist promovierter Philosoph und arbeitet als Geschäftsführer des Instituts für Staatspolitik (IfS).

Das andere Deutschland. Neun Typen, Schnellroda 2018

Martin Lichtmesz, 1976, ist freier Journalist.

Rassismus – Ein amerikanischer Alptraum, Schnellroda 2018

Florian Sander, 1985, ist Soziologe und Politikwissenschaftler. Er ist Doktorand im Fach Soziologie an Universität Bielefeld. Schreibt vor allem auf seinem Webblog konservative-revolution.blogspot.com.

Jonas Schick, 1989, studierte Politikwissenschaft in Mannheim und Bremen. Er arbeitet als freier Publizist und Lektor.

Prof. Dr. Günter Scholdt, 1946, lehrte Neuere Deutsche Literaturwissenschaft an der Universität des Saarlandes und leitete von 1996 bis 2011 das Literaturarchiv Saar-Lor-Lux-Elsaß.

Anatomie einer Denunzianten-Republik: Über Saubermänner, Säuberfrauen und Schmuddelkinder, Grevenbroich 2018

Dr. Caroline Sommerfeld, 1975, ist promovierte Philosophin und Mutter dreier Söhne. Außerdem bloggt sie unter fauxelle.wordpress.com.

Vorlesen, Schnellroda 2019

Bernard Udau, 1975, studierte Volkswirtschaftslehre und Jura in Köln und Madrid und arbeitet als Anwalt. Er bloggt für *eigentümlich frei*.

Nils Wegner, 1987, studierte Geschichts- und Kulturwissenschaften in Gießen und Hamburg. Er ist als Autor und Übersetzer tätig.

Martin van Creveld: *Hitler in Hell. Was er noch zu sagen hätte ...*, Graz 2018 (Übersetzung)



Das ökologische Minimum

von Jonas Schick

Ähnlich wie die Dampfmaschine steht die technologische Fortentwicklung der Eisenverhüttung symbolisch für das expansive Industriesystem, das für die bürgerlichen Gesellschaften West- und Mitteleuropas spätestens seit dem 19. Jahrhundert konstituierend ist und mittlerweile in seinen Grundzügen den gesamten Globus umspannt. Zwischen den Hochöfen und rauchenden Schloten breitete sich bei den Zeitgenossen eine Imagination des stetigen Progresses und grenzenloser Machbarkeit aus, der in der sozialen und ökonomischen Theorie tonangebend wurde. Das Himmelreich war nicht mehr einzig auf das Jenseits begrenzt, sondern galt nun als ein technologisch und planerisch umsetzbares Projekt für das Diesseits – die Utopie wurde zur schimärischen Norm proklamiert. Risse in dieser Illusion brachen erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf, als sich zeigte, daß das für endlos perzipierte »Wachstum« möglicherweise natürlichen Grenzen unterliegt und die progressiv-emanzipative Entfesselung in einen unauflösbaren, selbstverzehrenden Konflikt mit seiner belebten Umwelt trat. Speziell seine – von manchen Vertretern der sozialwissenschaftlichen Modernisierungstheorie nachdrücklich gewünschte – Expansion auf die globale Ebene verschärft die Krise zunehmend. Dabei hatte schon die Verarbeitung des Eisenerzes vor der Nutzbarmachung der Kohle qua ihres enormen Holzverbrauchs indiziert, daß irgendwo jenseits technologischer Kniffe die regulierende, restringierende Begrenzung lauert. Indessen ermöglichte der Schritt von der solarenergetischen Ressource Holz zur fossilenergetischen Kohle eine schnellere und weitreichendere Ausbeutung des nichterneuerbaren Rohstoffs Eisen.

Diese gipfelte in einer weltweiten Eisenproduktion, die den gigantische Verbrauch an Beständen durch die industrielle Zivilisation verdeutlicht: Erreichte sie 1950 mit 250 Mio. Tonnen ihren vorläufigen Höhepunkt, so hat sie diese Spitze laut »United States Geological Survey« im Jahr 2015 mit rund 2,3 Mrd. Tonnen meilenweit übertroffen. Ein Ende der Materialüberschwemmung zeichnet sich jedoch ab: Nach aktuellen Projektionen wird die Eisenproduktion um das Jahr 2100 zum Erliegen kommen. Doch es endet nicht beim Eisen – Indium, Gallium, Aluminium, Kupfer; der automatisierte, systemische Leviathan frißt sich durch den Boden, während er die Umwelt mit den Ausscheidungen seines Systemstoffwechsels überschwemmt.

Traditionell war es der Konservatismus, der sich der allumfassenden Technisierung und Industrialisierung unserer Lebenswelten entgegenstemmte – ausgeprägte Heimatverbundenheit und ein umfassender Sinn für Einhegung sind Alleinstellungsmerkmale der Rechten, die einer ökologischen Grundhaltung zuträglich sind. Derweil läßt sich der Verlust ebenjener naturbezogenen Grundhaltung im selben Maß beobachten, wie der Neoliberalismus in den bundesrepublikanischen Konserva-

»Wenn angesichts der Gefahr einer Ökokatastrophe und der Lehren von zwei Jahrhunderten Revolution nicht mehr die progressive Entfesselung der industriellen Produktivkräfte, die stetige Steigerung des Lebensstandards und die Verwirklichung einer sozialen Utopia zeitgemäß sind, sondern die Verhütung des Weltuntergangs, die Bewahrung der Natur und die umsichtige Verwaltung der immer knapper werdenden Bestände, dann ist schwer einzusehen, wie diese von den »Grenzen des Wachstums« uns auferlegten Notwendigkeiten durch eine progressivistisch-emanzipatorische Theorie und Praxis bewältigt werden könnten.«

Gerd-Klaus Kaltenbrunner: *Sieben Thesen über den Konservatismus*, 1976, S. 24.

◄ *Blick über das Elektrochemische Kombinat Bitterfeld, Werk Süd* (1964)

tismus einsickerte – eine Bindung an den verzehrenden Leviathan führt zwangsweise zum Ablegen ökologischer Standpunkte, insofern als sie in deutlicher Diskrepanz zu wachstumsfixierten Ökonomiekonzepten und liberalen Emanzipationsprogrammen stehen. Diese ideologische Selbstvergessenheit bezahlte man mit dem nachhaltigen Abbruch ökologischer Traditionslinien im deutschen Konservatismus – ein Mißstand, dem eine Formulierung des »ökologischen Minimums« aus neurechter Sicht Abhilfe schaffen soll.

1. Der entscheidende Aspekt des konservativen ökologischen Minimums, der alle folgenden Standpunkte bedingt und unterfüttert, liegt in der dezidierten Ablehnung des expansiven Industriesystems und damit in letzter Konsequenz in der Zurückweisung der ökonomischen und emanzipativen Verheißungen des Liberalismus. Daß eine dauerhafte Steigerung der Produktion und des Konsums zur Mehrung des »Glücks« der Bevölkerung beitrage, entpuppte sich über die letzten Jahrzehnte als folgenschwerer Irrglaube. Durch Wachstum um jeden Preis greift das Industriesystem in gewaltiger Art und Weise in seine natürlich Umwelt ein, deren Transformation auf die Gesellschaft als Ganzes negativ rückkopelt. Dabei hat die fortschreitende Arbeitsteilung der liberalen, bürgerlichen Gesellschaften – anders als intendiert – uns nicht »glücklicher« werden lassen, sondern radikal von uns selbst entfremdet.

In diesem Kontext ist es essentiell zu erkennen, daß das ökonomische System nicht als isolierte Sphäre betrachtet werden kann, sondern interdependent mit der sozialen Ordnung verwoben ist. Aus diesem Grund reicht es nicht, ausschließlich reformierende Modifikationen an der Ökonomie vorzunehmen, vielmehr muß das komplette progressistisch-emanzipatorische Projekt – das heißt sowohl in Wirtschaft als auch Gesellschaft – konsequent in Frage gestellt und aufgekündigt werden. Konservative Ökologie bedeutet die Markierung der Grenze, die Einhegung des Mängelwesens »Mensch« in seine Schranken und damit ein Ende des zügellosen Wachstums.

2. Stabile sozioökonomische Ordnungen stellen sich nicht durch eine »unsichtbare Hand« ein, wie es liberale Theorien postulieren, sondern bedürfen der institutionellen Steuerung. Normen, Verbote und Zwänge, die sich in sozialen Institutionen manifestieren, sind fundamentale Grundpfeiler gesellschaftlicher Strukturen, durch welche das Kollektive gegenüber dem Individuellen seine Geltung beansprucht. Speziell in Bezug auf die Ökologie kommt die sogenannte »Tragik der Allmende« zum Tragen. Läßt man das Individuum von der Leine und definiert keine restriktiven Verfügungsrechte über ein kollektives Gut, wird es seinen individuellen Nutzen stetig zu maximieren suchen, während die daraus resultierende Übernutzung und die Kosten zuvorderst von der Gemeinschaft getragen werden müssen (siehe zum Beispiel die Überfischung der Meere oder die Eutrophierung von Böden). Aus der Perspektive des Individuums spricht man in diesem Kontext vom »Trittbrettfahren«, also der Nutzung eines Gemeingutes ohne Beteiligung an den Kosten.

Aus der Position der neoklassischen Ökonomie, die das primäre Ziel in der Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse über einen optimalen Konsum ausmacht und in der reinen Aggregation der individuellen Handlungen das Einpendeln eines Idealzustands vermutet, wird kein nachhaltiger Zustand entstehen, unter dem sich ein ökologisches Gleichgewicht etablieren könnte. Demzufolge verkörpert die konservative Ökologie die Antithese zum liberalen »Laissez-faire« – in ihr äußert sich die Überzeugung, daß es der Autorität und Herrschaft bedarf, um das Chaos zu ordnen und stabile, einer funktionierenden Gemeinschaft dienliche Verhältnisse herzustellen.

3. Als einzige politische Strömung der Gegenwart, die sich den emanzipatorischen Ideologemen der Aufklärung verwehrt, obliegt es dem Konservatismus, die Phase »nachhaltiger Entwicklung« einzuläuten, die nach dem Historiker und Universalgelehrten Rolf Peter Sieferle auf

»Auf dem Rücken der Kohle und an den Knotenpunkten der von ihr ausstrahlenden Verkehrswege sammelt sich eine Menschenmasse, die von der Maschinenteknik gezüchtet ist, für sie arbeitet und von ihr lebt.«

Oswald Spengler: *Der Mensch und die Technik*, 1931, S. 76.

»In dem Moment als die menschliche Population anstieg, mußten die Gemeingüter Stück für Stück restringiert werden. Zuallererst schränkten wir die Allmende der Nahrungsbeschaffung ein, Begrenzung des Acker- und Weidelandes und Restriktion der Jagd- und Fischgründe. [...] Kurz darauf konnten wir beobachten, wie die Allmende als ein frei verfügbarer Platz der Müllentsorgung Beschränkungen unterlegt werden mußte.«

Garrett Hardin: *The Tragedy of the Commons*, 1968, S. 1248 (eigene Übersetzung).

ein metabolisches Niveau führen wird, das unter dem liegt, was heute in den Industrieländern verbreitet ist. Siefert erachtete diesen Schritt in seinem Werk *Epochenwechsel* (1993, Neuauflage 2017) als unumgänglich, da »eine Kombination von wachsender Bevölkerung, wachsendem Pro-Kopf-Verbrauch von Ressourcen, wachsenden Umweltschäden und knapper werdenden Rohstoffen und Energieträgern die Potentiale technischer Innovationen überfordern wird«.

Ein Aspekt dieser Phase wäre eine konservativ-ökologisch orientierte Bevölkerungspolitik, die sich von der Idealisierung einer Bevölkerungsstruktur in der Form eines Tannenbaums (viele Junge, wenig Alte) verabschiedet. Diese Struktur kennzeichnet präindustrielle Agrargesellschaften mit einer hohen Kindersterblichkeit und führte, auf unser Gesellschaftssystem übertragen, zu einer katastrophalen Bevölkerungsexplosion – die aktuell niedrige Geburtenrate ist prinzipiell begrüßenswert, insofern als sie der Vermassung und damit einem wesentlichen Faktor des Systemischen entgegenwirkt, der wiederum das liberale Produktionsregime stützt. Außerdem liegt der derzeitige Bevölkerungsstand von 7,7 Mrd. weit über dem, was unter Einhaltung »nachhaltiger« Prinzipien tragbar wäre. Sowohl in Asien als auch in Europa hat also schon ein Prozeß eingesetzt, der die Bewältigung der sich zuspitzenden Umweltkrise vereinfacht.

Aber selbst wenn der bisherige technologische Standard schwindet, hat das konservative Anliegen nicht in einer Konstanthaltung unserer hohen Bevölkerungsdichte und der völligen Zersiedelung, sondern in einer auf langen Zeitraum angelegten Regression auf allen Ebenen zu liegen: Schrumpfung der Industrie, Einhegung des Konsums, Abnahme der Bevölkerung etc. Es geht nicht darum, die Vernutzungsmaschinerie am Laufen zu halten, sondern ihr sukzessive die Energie zu entziehen (siehe 1.).

4. In Anbetracht dieser Positionierungen stellt sich die Frage nach der Konzeption des Energiesystems. In seiner aktuellen Organisationsstruktur fungiert es als obligatorische Lebensader des expansiven Industriesystems – aller aufwendigen Wendeversuche zum Trotz ist es im Kern ein zentralisiertes, auf fossilen Ressourcen basierendes System geblieben, insofern als die für das Industriesystem unabdingbare Versorgungssicherheit respektive die Grundlast noch immer über die alten Energieträger abgesichert wird. Erneuerbare Energien geraten unter diesen Bedingungen zu kosmetischem Stückwerk, das in seiner verbauten und benötigten Größenordnung selbst außerhalb jeglicher »nachhaltigen Entwicklung« liegt. Solange die soziökonomische Ordnung in ihren entfesselten Bahnen verläuft, wird sich an diesen Gegebenheiten weiterhin nichts ändern, ist jedes gegenläufige Vorhaben zum Scheitern verurteilt.

Geht man jedoch zu der anberaumten und ab einem gewissen Zeitpunkt notwendigen Regression über, öffnet sich der Korridor für eine Organisation des Energieregimes nach ökologischen Maßstäben, welche den Faktor »Versorgungssicherheit« in den Hintergrund treten läßt. Da es uns daran gelegen sein sollte, das System langsam zurückzubauen, um eine soziale Verträglichkeit des Prozesses zu gewährleisten, der nicht von heute auf morgen die Vorzeichen umstellt, empfiehlt es sich, das derzeitige Konkurrenzchaos zwischen konventionellen und erneuerbaren Energien in ein koordiniertes Mischsystem aus fossilen und erneuerbaren Erzeugern zu überführen, die ergänzende Funktionen übernehmen. Wenn der allgemeine Energiekonsum der industriellen Gesellschaften nachläßt, ergeben sich neue Versorgungsszenarien, die an die Pfadabhängigkeiten bestehender Technologiestrukturen nicht in der gleichen Weise gebunden sind wie der um das Überleben ringende Liberalismus. In bezug auf das Energiesystem erübrigte sich bei einem abnehmenden, auf ein Minimum reduzierten Elektrizitätsbedarf zum Beispiel die Notwendigkeit der Suedlink-Stromtrasse, um den an der Küste erzeugten Windstrom in den Süden zu transportieren – die Energieversorgung ließe sich kleinteiliger respektive regionaler organisieren und wäre nur noch in geringem bis gar keinem Maße von zentralisierten Großstrukturen abhängig.

»Die moderne Nationalökonomie hat sich nicht die Mühe gemacht, systematisch und bewußt zwischen reproduzierbaren und nicht-reproduzierbaren Grundstoffen zu unterscheiden, obwohl dieser Unterschied auf die Dauer ungleich wichtiger ist als der zwischen Einkommen und Kapital. Die Menschheit lebt unbekümmert vom Kapital der Erde und bejubelt jede Steigerung des Tempos der Ausbeutung unwiederbringlicher Lagerstätten«

Ernst Friedrich Schumacher: *Es geht auch anders. Jenseits des Wachstums. Technik und Wirtschaft nach Menschenmaß*, 1974, S. 64.

»Der Mehrwert, auf dem Karl Marx seine ganze Theorie aufbaute, wurde weniger durch die Arbeit als durch die Erschließung von Rohstoffvorkommen erzielt, zu deren Ausbeutung vorher Kenntnisse und technische Mittel, vor allem aber Energien, gefehlt hatten. Die gefährlichste Illusion, welche die Wirtschaftswissenschaft gezeugt hat, ist nun die, daß alles machbar sei, wenn nur das Kapital dafür reicht.«

Herbert Gruhl: *Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik*, 1975, S. 199.

5. »Verortung« stellt einen wesentlichen Baustein einer konservativen Ökologie dar. Zum einen bereitet sie die Grundsubstanz, um eine ökologische Lebensweise im Einklang mit seiner Umwelt zu führen, zum anderen entscheidet sie darüber, wie stark der »ökologische Fußabdruck« eines Menschen ausfällt. Zu ersterem Aspekt: Divergierende Regionalkulturen bilden über die Jahrhunderte ein auf ihr spezifisches, sie umgebendes Ökosystem angepaßte Praktiken der Bewirtschaftung/Bejagung aus. Dies spiegelt sich ferner im lokalen Brauchtum und Festen wider. Ein tiefgreifendes Verständnis für die einen umgebende Flora und Fauna und die eigene Einbettung in derselbigen kann nur erfolgen, wenn man über einen längeren Zeitraum an einer Stelle verortet bleibt, also sich innerhalb bestimmter Ökosysteme aufhält. Diese Beziehung ist zweifelsohne nicht immer »harmonisch«, nichtsdestotrotz legt die Verwurzelung an einen bestimmten Ort das Fundament einer »nachhaltigen« Lebensart.

Auf die Moderne übertragen wäre ein solche ökologische Kultureigenart der ausgeprägte Hang der Deutschen zur Mülltrennung und das allgemein etablierte Verständnis dafür, daß für den eigenen Konsum ein hoher Preis entrichtet werden muß – also eine konsumferne, post-materialistische Grundhaltung.

Der zweite Aspekt ist demgegenüber relativ selbsterklärend: Unterschiedliche Kulturen üben eine unterschiedliche Belastung auf das lokale bis überregionale Ökosystem aus. Angesichts der beiden explizierten Aspekte wird evident, warum die Massenmigration in diesem Zusammenhang ein schwerwiegender Negativfaktor ist: Einerseits fehlt den Migranten jeglicher Bezug zur regionalen Umwelt, andererseits wird ihr »Fußabdruck« qua Ortswechsel außerordentlich angehoben, insofern als ihr Ressourcenverbrauch in einer europäischen Industrienation um etliches höher liegt als in ihren Herkunftsstaaten. In diesem Zusammenhang kommt erschwerend hinzu, daß die Migranten vor allem an einer materiellen Aufwertung ihres Lebensstandards interessiert sind – der »Reichtum« der liberalen Gesellschaften hat sie angelockt, sie werden sich deswegen kaum in Enthaltung üben. Bei einer eindringlicheren Betrachtung des Faktors »Verortung« wird das darin enthaltene Element der Ungleichheit unter ökologischen Gesichtspunkten offensichtlich.

Konservative Ökologie bedeutet Wahrnehmung von Ungleichheiten als ökologische Einflußgrößen und daran angegliedert die Erkenntnis, daß nur aus Stetigkeit ökologische Verantwortung erwächst.

Die hier dargelegten fünf Aspekte einer konservativen Ökologie sind als konstruktiver, zukunftsorientierter Ansatz für eine Wiederaufnahme der verlorengegangenen ökologischen Tradition der Rechten zu verstehen. In ihnen kommen die wesentlichen konservativen Grundprinzipien zum Ausdruck, die das tragende Gerüst einer neuen Ökologie von rechts darstellen. Zugleich beinhalten sie die dezidierte Abgrenzung zum politischen Gegner und zeigen seine ideologisch bedingte ökologische Impotenz auf, die ihn zum Scheitern verurteilen. Bis Ende der 1970er Jahre lag die Ökologie fest in rechter Hand – Ernst Rudorffs Begriffsprägung des »Heimatschutzes« im Jahr 1897, Paul Schultze-Naumburgs *Kulturarbeiten* (1900), Friedrich Georg Jüngers *Perfektion der Technik* (1946) und die letzte lautstarke ökologische Wortmeldung von rechts durch Herbert Gruhl's *Ein Planet wird geplündert: Die Schreckensbilanz unserer Politik* (1975) legen Zeugnis über die ausgeprägte konservative Denktradition zu ökologischen Fragen ab. Doch in einem Moment der Unachtsamkeit, der gepaart mit politischer Bedeutungslosigkeit und weltanschaulicher Zerstreung an nachhallender Wucht gewann, ging unser ureigenes Thema verloren. Derweil liegt der drängendste Handlungsbedarf, um die Rückgewinnung einer konservativen Ökologie in Gang zu setzen, in der Beseitigung der Zerstreung und demzufolge im Ablegen neoliberaler, ökonomischer Verirrungen. Um eine bekannte Sentenz in den ökologischen Kontext einzupassen: Unser Ziel ist nicht die Aufrechterhaltung des Prozesses ausufernder Vernutzung, sondern sein Abbruch, um der Moderne den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Den Konservativen sollte bewußt werden, daß auch für die Umwelt Armin Mohlers Schreckensprognose der Wahl in bezug auf Liberalismus und Sozialismus zwischen »Mafia oder Gulag« ausgesprochene Gültigkeit zukommt. ■

Literaturhinweise

Herbert Gruhl: *Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik*, Frankfurt a. M. 1975;

Garrett Hardin: *The Tragedy of the Commons*, Washington, D.C. 1968;

Friedrich Georg Jünger: *Perfektion der Technik*, Frankfurt a. M. 2010 (EA 1946);

Elinor Ostrom: *Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Staat und Markt*, Tübingen 1999;

Fritz Reusswig: *Lebensstile und Ökologie*, Frankfurt a. M. 1994;

Ernst Rudorff: *Heimatschutz*, St. Goar 1994 (EA 1897);

Rolf Peter Sieferle: *Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart*, München 1984.

kaplaken 64, 65, 66 ...



Konstantin Fechter
Bürgerkrieg und Sündenbock
Eine Deutung

reihe kaplaken, Band 64
96 S., 8,50 €

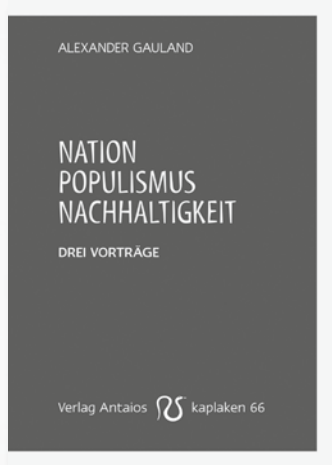
Eberhard Straub
**Republik und
Demokratie**

reihe kaplaken, Band 65
80 S., 8,50 €



Alexander Gauland
**Nation, Populismus,
Nachhaltigkeit**
Drei Vorträge

reihe kaplaken, Band 66
84 S., 8,50 €



Verlag  Antaios

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra
Tel: (034632) 90 43 96 · Fax: (034632) 90 43 97 · e-Post: vertrieb@antaios.de
www.antaios.de

Clans – auch ein politisches Minimum

von Martin Lichtmesz

Im Februar 2019 verkündete der *Tagesspiegel*, daß Berlin »endlich« gegen kriminelle Clans vorgehen würde: »Jahrzehnte lang hatten Polizisten, aber auch Sozialarbeiter, Lehrer, Hausverwalter eher im kleinen Kreis darüber gesprochen, daß sich Männer aus den immer selben arabischen Familien an keine Regel zu halten scheinen. Daß sie das Sozialwesen, den Rechtsstaat, die offene Gesellschaft verspotten – deren Vorzüge aber nutzen. Aus Angst vor Rassismuskorrekturen sahen trotzdem viele weg.« (*tagesspiegel.de* vom 4. Februar 2019)

Wenn es ein schlagendes Beispiel dafür gibt, daß Immigration ohne Assimilation zur Bildung von »Parallelgesellschaften« führt, dann ist das wohl die Existenz der arabischen Clankriminalität mit den Schwerpunkten Berlin, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Das wären nicht weniger als vier Bundesländer, die im Griff eines gefürchteten Phänomens sind, das durch eine heute ziemlich vergessene »Flüchtlingswelle« im Zuge des libanesischen Bürgerkriegs (1975–1990) erzeugt wurde. Die hauptsächlich aus Südostanatolien stammenden Großfamilien, Angehörige der arabischen Minderheit in der Türkei, gelangten Ende der achtziger Jahre über den Libanon nach Deutschland, wo sie mit Drogenhandel, Rotlichtbusiness, Spielautomaten, Schutzgelderpressung und Raubüberfällen reüssierten. Investiert wird der Gewinn in Immobilien und Gastronomie, nicht zuletzt zum Zweck der Geldwäsche. Erhebliche Summen kassieren die Clans auch aus der Sozialhilfe. »Ein erfolgreiches Geschäftsmodell«, kommentierte dies die Reportage *Die Clans – Arabische Großfamilien in Deutschland* (rbb 2018) unter der Regie von Olaf Sundermeyer, der ansonsten hauptsächlich damit beschäftigt ist, vor der Gefahr »von rechts« zu warnen. Inzwischen leben ganze Dörfer in der alten Heimat von dem Geld, das ihre ausgewanderten Söhne in Deutschland »erwirtschaften«.

Abgrenzung nach außen und Zusammenhalt nach innen haben den Clans eine innere Stärke verliehen, an der sich der Staat die Zähne ausbeißt. Wie man es aus Hollywoodfilmen über die italoamerikanische Mafia kennt, wird dieser Zusammenhalt vor allem über die Blutsbande gewährleistet, wobei die von patriarchalischen »Paten« regierte Sippe über der ethnischen Identität rangiert, wenn sie auch eng mit ihr verbunden ist. Wer dem Schwertadel eines Clans angehört, der sich im Kiez per Gewaltandrohung »Respekt« verschafft hat, kann es sich leisten, im Hoheitsgebiet wie ein Prinz aufzutreten – freilich seinem Platz in der Hierarchie der Familie entsprechend. In Sundermeyers Reportage wird diese Rolle von dem Rapper Khaled Miri gespielt, einem Angehörigen des Miri-Clans, der sich im Hemd der deutschen Fußballnationalmannschaft filmen ließ. Auch Rap-Musik, die die kriminellen Aktivitäten verherrlicht, ist eine Einnahmequelle, denn »ausnahmslos« jeder Rapper habe, so Khaled, sei-

»Yeah, fick' die Polizei – LKA, BKA / Meine Jungs verticken Elektronik, so wie Media Markt / Jeden Tag im Fadenkreuz, ich zeig' dir, wie der Hase läuft / Arabisch-deutsche Sippe und ich jage euch, ihr Partyboys / Halt die Fresse, fick die Presse – / Und ich will, dass Serkan Tören jetzt ins Gras beißt, yeah, yeah / Was für Vollmacht? Du Schwuchtel wirst gefoltert / Ich schieß' auf Claudia Roth und sie kriegt Löcher wie ein Golfplatz ...«
Shindy feat. Bushido:
»Streß ohne Grund« (2013)

nen »Rücken«. Hinlänglich bekannt sind etwa die engen Kontakte Bushidos zum Abou-Chaker-Clan, der eine Zeitlang über das gesamte Vermögen des millionenschweren Starrappers verfügte. In einem Interview mit der *Frankfurter Rundschau* verglich er den Clan mit »einem Staat«: »Da gibt es auch eine Gewaltenteilung. Die Bullen machen als Exekutive die Drecksarbeit, andere machen die Gesetze. Natürlich habe ich Kumpels, die mir sagen: ›Du faßt niemanden an, wir machen das.‹«

Während die bundesdeutsche »offene« Gesellschaft den Clans als mangelhaft geschütztes Jagdrevier erscheint, das nur dazu da ist, um sich Beutegut wie »Reichtum und Anerkennung« abzuholen, wird die eigene Gesellschaft streng abgeschirmt. In den Worten Khaled Miris: »Natürlich ist unsere Welt geschlossen, wir lassen nicht jeden x-beliebigen in unsere Welt. Wir wollen nicht! Punkt.« Wenn allerdings einmal »ein Hassan P. oder Hassan M.« in Konflikt mit dem Gesetz kommt, dann werden nicht nur alle Möglichkeiten des Rechtsstaates ausgeschöpft (was wiederum als Zeichen von Schwäche dieses Rechtsstaats interpretiert wird), sondern, wenn nötig, auch Zeugen, Richter und Anwälte bedroht und eingeschüchtert. »Das ist Demokratie«, sagt Khaleb. »So läuft hier die Demokratie. Ob's den Menschen paßt oder nicht. Das ist euer Land, eure Gesetze.« Innerhalb der Clanwelt herrscht eine Paralleljustiz mit eigener Rechtsprechung. Die sogenannten Friedensrichter präsentieren sich gerne als nützliche Mitglieder der Gesellschaft, denn sie helfen schließlich dort, wo der Rechtsstaat an den Regeln der Clans scheitert. Sie beteuern, daß nur sie imstande seien, die Gewalt der Bandenkriege zumindest zu »hegen«.

Die Clans belegen auch trefflich Renaud Camus' These, daß die organisierte Kriminalität eine wesentliche Kraft ist, um den »großen Austausch« und die ethnische Landnahme voranzutreiben. Die Berliner Sonnenallee, in der noch vor 30 Jahren ein ethnisch homogener, sozialistischer Überwachungsstaat geherrscht hat, ist heute durch und durch »Clanwelt«. Dort lebe man »in der Welt seiner Eltern«, dort könne man »richtig gut Arabisch« lernen, »jeden Dialekt«, beteuerte Khaleb Miri in der rbb-Reportage.

Man kann hier ein Musterbeispiel für Armin Mohlers These sehen, daß der liberale Staat ein Vakuum erzeugt, das maföse Strukturen begünstigt, die ihn ersetzen und teilweise seine Funktionen übernehmen. Die Clanwelt bedeutet keine Anarchie, sondern eine Form der außerstaatlichen Ordnung. Das Clan-Problem, das die Grundprobleme des Multikulturalismus extrem zuspitzt, offenbart auch die Schwäche des liberalen Staates gegenüber tribalistischen Strukturen, in denen Blut dicker ist als Paragraphen. Dies spiegelt sich in der Dynamik der alltäglichen Konflikte zwischen Deutschen und Migranten in den Problemzonen wieder. »Söhne und Kiezmacht«, frei nach Gunnar Heinsohn: Ein Deutscher hat normalerweise keinen »Rücken« durch Brüder, Cousins und mächtige Familienoberhäupter. Er hat allenfalls den Staat hinter sich, der theoretisch immer noch auf »deutschen« Ordnungs- und Rechtsprinzipien beruht, ihn praktisch aber zunehmend im Stich läßt.

Diese Konstellationen werden auch in zwei Fernsehserien, die sich um Berliner Clan-Kriminalität drehen, auf unterschiedliche Weise reflektiert. Die für ihre Authentizität gerühmte Serie *4 Blocks* des Bezahlsenders »TNT Serie« dreht sich hauptsächlich um den fiktiven Clan-Boss Ali »Toni« Hamady, gespielt von dem in Beirut geborenen Kida Khodr Ramadan, der den Regisseur Marvin Kren persönlich mit echten Clanhäuptlingen bekannt machte. Das Zitat »In Berlin spricht man jetzt Arabisch« wurde inzwischen zum geflügelten Wort, und dementsprechend ist auch der Serienvorspann zweisprachig gehalten. Unter polizeilichen Ermittlern soll die Serie verhaßt sein, »weil sie das Gangstertum glorifiziere und junge Männer im Kiez animiere, den Filmfiguren nachzueifern.« (*Die Zeit* vom 11. Oktober 2018) Das ist freilich ein Problem, das so alt ist wie das Genre selbst. Der Vorwurf der Glorifizierung trifft allerdings auf *4 Blocks* durchaus zu, vor allem, was die charismatische, moralisch ambivalente Hauptfigur betrifft, deren Aufstieg und Fall von Valdi-Klängen begleitet wird.

Die Serie macht deutlich, daß es in der Clanwelt keine multikulturelle Farbenblindheit gibt und genau unterschieden wird, wer Araber, Kurde, Türke oder Deutscher ist. Die ethnische Herkunft gilt als starker Indikator, wer welcher Front angehört und wem Vertrauen und Loyalität

»Ich würde auch sagen, dass ein großer Teil der Steuer, die ich zahle, Schutzgeld ist. Legales Schutzgeld. Der Staat kommt und sagt: Du musst das hier bezahlen. Ich habe noch nicht einmal einen Deal mit dem Staat. Für die Nutzung der Straßen verlangt er aber Geld. Ich finde, dass das wesentlich schutzgeldmäßiger ist als die Geschäfte, die ich mit Leuten mache, die teilweise auch Exekutive sind.«

»Dafür bin ich zu deutsch.«
Interview mit Bushido,
Frankfurter Rundschau
vom 30. September 2008

»Und einer begann das Lob dieser ›Steuer‹ zu singen. Sie sei doch etwas viel Reelleres als die Steuern, die man dem – ohnehin nicht mehr vorhandenen – Staat zu zahlen habe; dort versikere das Geld in irgendwelchen abstrakten Projekte, fließe in die Taschen von Institutionen und Parteien, die theoretisch zwar für den Staatsbürger da seien, ihm in Wirklichkeit aber siriusfern stünden: ›Hier jedoch, mit dieser Mafia-Steuer, bekommt man etwas ganz Handfestes, Konkretes – Schutz für sein Heim; Aufnahme in eine Gemeinschaft; einen gewissen Spielraum, sofern man die Spielregeln respektiert.‹ Auf das Stichwort von den ›Spielregeln‹ entwickelte sich an jenem Abend noch eine hitzige Debatte über Vorzüge und Nachteile der Mafia.«

Armin Mohler, *Gegen die Liberalen*, Schnellroda 2010.

»Deutsche? Deutsche sind fleißig in der Schule. Die leben ja nicht von Hartz IV. Die meisten, die von Hartz IV leben sind ja Araber, Türken. Und wer nicht mit der Schule weiterkommt, fängt irgendwas auf der Straße an aufzubauen.«

Ein Berliner Drogenkuriere auf die Frage, warum nicht Deutsche seinen Job machen. Aus: *Die Clans – Arabische Großfamilien in Deutschland* (rbb 2018).

gebührt. Toni hat nur Verachtung für das »Drecks-Multi-Kulti« und die gentrifizierenden »Hipster«, die aber immerhin Geld in den Bezirk bringen. Die Vertreter des Staates und der Ordnungsmächte sind durchweg mit ethnischen Deutschen besetzt, wie auch die legale, reguläre Gesellschaft »deutsch« konnotiert wird. Ein Handlungsstrang dreht sich um Tonis Bemühungen, aus der organisierten Kriminalität auszusteigen, endlich die Staatsbürgerschaft zu erlangen und mithin vollwertig »deutsch« zu werden. »Ich versprech dir, wenn die Pässe da sind, werde ich der deutscheste Deutsche«, sagt er seiner Frau. »Ich werd Unternehmer, Immobilienmakler, ich werd sogar der Bürgermeister von Neukölln.« Während die arabischen und türkischen Gangster überaus überzeugend wirken, so haben etliche der deutschen Charaktere einen eher künstlichen Beigeschmack. Unglaublich wirkt, wie Toni seinen lang verschollenen Alman-Bruder aus den wilden Jugendzeiten im Straßenghetto nahezu ohne zu zögern in die »Familie« aufnimmt und ihm ein fatales Vertrauen schenkt. Vince ist natürlich ein verdeckter Ermittler, der den Clan zu Fall bringen soll. Obwohl seine »street credibility« ständig betont wird, bleibt er allein durch seine Herkunft und Optik ein Fremdkörper in der Clanwelt. Rein physisch wirkt er weitaus weniger imposant und bedrohlich als die hypermaskulinen arabischen Gangster.



© TNT Serie / Hans Starck

4 Blocks

Deutsche Pendant zum arabischen Tribalismus tauchen nur am Rande in karikiertem Form auf. In einer Folge entführt Tonis mißtrauischer Bruder Abbas Vince auf eine Kontrollfahrt ins Hinterland der Kartoffeln, nach Frankfurt/Oder, wo der vermeintliche frühere Geschäftspartner des Undercover-Cops mit dem Ossinamen »Ronny« in einem Gartenhäuschen lebt, über dem eine schwarz-rot-goldene Fahne weht. Der taucht auch prompt mit nacktem Oberkörper und gezückter Pumpgun auf, beschimpft Abbas als »Türke« und »Kanake«, worauf diesen der Blutausch überkommt: »Ich schlag dir deine deutsche Fresse ein, du Bastardkind!« (In Wahrheit handelt es sich bei »Ronny« um einen Polizisten, der Vince ein Alibi geben soll.) Hin und wieder auftauchende deutsche Unterweltler wirken eher wie skurrile Einzelgänger. Einer der härtesten Gegenspieler Tonis, der Chef einer multiethnischen Motorradgang, ist zwar ein hühnerhafter Deutscher, aber auch ein drogensüchtiger, perverser Sadist ohne Sympathiewerte.

Die von Netflix produzierte Serie *Dogs of Berlin* (seit 2018) wechselt die Perspektive und läßt zwei Polizisten, einen Türken und einen Deutschen, gegen einen libanesischen Clanchef antreten, der mit seinem scharfzahnig getrimmten Bart Tony Hamady aufs Haar gleicht, allerdings eindeutig als Schurke ohne Grautöne gezeichnet wird. Auch *Dogs of Berlin* zeigt die ethnische Komponente des organisierten Verbrechens und behandelt expliziter als *4 Blocks* politisch aufgeladene Themen, die um »Integration« und nationale Identität kreisen.

Im Zentrum der ersten Staffel steht die Aufklärung des Mordes an einem türkischstämmigen Spieler der deutschen Fußballnationalmannschaft, der kurz vor einem Länderspiel gegen die Türkei tot aufgefunden wird. Nach genreüblichen Mustern müssen sich die beiden ungleichen Bullen erst zusammenraufen. Der Deutsche Kurt ist ein ehemaliger Neonazi, der krumme Geschäfte betreibt und dem jegliche nationalen Identifikationen fremd geworden sind; so hält er bei dem Länderspiel zu den Türken, weil er auf ihren Sieg gewettet hat. Der Drogenfahnder Erol hält aufgrund seiner Herkunft ebenfalls zu den Türken, obwohl er ein assimilierter »Deutschtürke« ist, der als Homosexueller darum kämpft, das islamisch-fundamentalistische Erbe seines Vaters abzustreifen, ähnlich wie Kurt seine Nazi-Vergangenheit. Erol betrachtet es als seine persönliche Mission, den Tarik-Amir-Clan zu vernichten, den er als Verkörperung aller Übel sieht, die den jungen Migranten eine Zukunft jenseits von Verbrechen, Rap und Fußball verbauen.

Kurts Bruder Ulf und seine Mutter, die bei jeder Gelegenheit »biologistische« Tiraden anstimmt, sind nach wie vor in der braunen Szene von Marzahn engagiert. Diese wiederum nutzt das Länderspiel als Ventil für ihre nationalistischen Passionen, leidet allerdings unter dem Dilemma, eine weitgehend multiethnische Mannschaft bejubeln zu müssen. *Dogs of Berlin* inszeniert diese »Nazis« gemäß den üblichen Klischees als verkrampfte, häßliche Asoziale in Skinheadmontur und präsentiert sie bewußt als jammervolles deutsches Gegenstück zu den ethnozentrischen arabischen Gangs, mit denen sie sich schließlich eine epische Prügelschlacht liefern. Im Gegensatz zu den Arabern bemühen sich die Autoren allerdings peinlichst, die »Nazis« in einem ausschließlich abstoßenden Licht erscheinen zu lassen. Andererseits zeigt die Serie auch, daß es mit der angeblichen Symmetrie der beiden Gruppen nicht weit her ist. Die »Nazis« sind dosenbiersaufende Frust-Ossis und Plattenbaubewohner, die nicht eigentlich kriminell sind, während die Clans teure Schlittens fahren, Weine trinken, die tausend Euro kosten, mit Rap- und Fußballstars abhängen und in großen Luxuswohnungen hausen, die am Ende mit Maschinengewehren gegen die Panzerwagen der Polizei verteidigt werden, als handle es um einen Häuserkampf im libanesischen Bürgerkrieg.

Dogs of Berlin bietet schließlich eine »zentristische« Lösung an. Als Mörder des türkischen Fußballers erweist sich ein ostdeutscher Pensionär mit Blockwartmentalität, der es nicht ertragen konnte, daß der Hund des Ermordeten auf seinen Rasen »gekackt« hat. Ein spießiger Menschenfeind und »analer Charakter«, der generell unter dem Verlust der staatlichen Ordnung zu leiden scheint: »Ick hab mich immer an die Regeln gehalten. Selbst damals im Chaos, als keener mehr wußte wat. Ick hab noch niemals in meen Leben ein Gesetz gebrochen. Immer schön brav meine Steuern bezahlt. Und die Wichser, die kommen hierher, die kacken auf unsere Regeln, die kacken auf unseren Rasen.« Kurt und Erol beschließen nach langem inneren Ringen, den Mörder laufen zu lassen, um den Verdacht auf den Tarik-Amir-Clan zu lenken und massive Razzien bewilligt zu bekommen. Im Besitz »aller Privilegien, die das Gesetz zuläßt« könne man »diese korrupte Stadt« endlich »vom organisierten Verbrechen« befreien und mit ein- und demselben Besen die »Nazischweine«, den Tarek-Clan, die Kovac-Gang und »die korrupten Drecksäcke vom Fußballbund« auskehren.

Moralisch gesehen wäre dies, als würde man in die zwanziger Jahre zeitreisen und »Hitler töten«. Der Deutsche und der Türke, die sich ihrer jeweiligen belastenden Blutsbande mit den giftigen Traditionen Islam und Nationalsozialismus entledigt haben, stärken am Ende mit einer quasi »illiberalen« Lüge die geschwächte Staatsgewalt, um die liberale, ethnisch gemischte bundesdeutsche Zivilgesellschaft zu säubern und zu restaurieren. ■

»Die Großfamilien, bei denen die Verachtung für uns und unsere Werte besonders groß ist, haben die Clankriminalität entwickelt: Sie haben gemerkt, dass in unserer offenen, toleranten Gesellschaft die Menschen als Individuen und autonome mündige Bürger, die das Gewaltmonopol des Staates respektieren, ihnen als aggressiv auftretende Gruppe ausgeliefert sind. Deshalb haben sie die Gruppensolidarität des Clans weiterentwickelt und verfestigt und damit seine Funktion geändert. Während der Clan in der Heimat dem Schutz der Gruppe diente, hat er sich heute in Deutschland zu einer kriminellen Organisation entwickelt.«

Ralph Ghadban: *Arabisches Clans – Die unterschätzte Gefahr*, Berlin 2018.

Staat und Markt als Feinde der Gemeinschaft – Gedanken zum zukünftigen Wirtschaftsprogramm der AfD

von Bernard Udau

Nachdem sich die AfD in den Parlamenten etabliert hat, ist Zeit, sich der Vervollständigung ihres Parteiprogramms zu widmen. Die schmerzlichste Lücke klafft hierbei noch im Bereich Wirtschaftspolitik. Derzeit befindet sich an dieser Stelle allenfalls ein Feigenblatt, eine Minimallösung, auf die sich die verschiedenen Strömungen innerhalb der Partei einigen konnten, ohne daß auch nur eine einzige dieser Strömungen damit zufrieden wäre.

Diese Lücke im Bereich Wirtschaft kommt keineswegs von ungefähr. Konservative tun sich seit jeher schwer, sich auf eine einheitliche Position zur Rolle der Wirtschaft und des Marktes innerhalb der Gesellschaft zu einigen. Da in den letzten Monaten die ersten Bundestagsabgeordneten durchs Land reisen, um für ihre Wirtschaftskonzepte zu werben, und außerdem die AfD-Parteistiftung auf der Suche nach Personen und Konzepten ist, die sie beim Aufbau einer vernünftigen Position zur Wirtschaftspolitik unterstützen, scheint es durchaus angebracht, sich einmal tiefergehende Gedanken über die hier relevanten Fragen zu machen.

Sinn und Zweck des vorliegenden Artikels ist es, zwei weitverbreitete Mißverständnisse auszuräumen, die die politische Diskussion um die Rolle des Marktes seit Jahrzehnten verdunkeln. Das erste Mißverständnis besteht darin zu glauben, Liberalismus und Sozialismus seien ideologische Gegensätze. Das Gegenteil ist wahr. Die Sozialisten sind die »ungezogenen Kinder« der Liberalen, wie Armin Mohler sich ausdrücken beliebte. Das zweite, mit dem ersten eng verbundene Mißverständnis besteht darin, den Staat als den natürlichen Feind des Marktes zu betrachten, den Staat nämlich als Verkörperung der Gemeinschaftsidee, den Markt als Inbegriff des Individualismus. Auch hier ist das Gegenteil wahr. Um im Bild von Armin Mohler zu bleiben: Der Markt ist das ungezogene Kind des (modernen) Staates.

Wenn es in unseren Ohren dissonant klingt, Liberalismus und Sozialismus in einen Topf zu werfen, dann mag ein Blick ins 19. Jahrhundert helfen. Albert Schäffle, Friedrich Julius Stahl und Lorenz von Stein, die der Entstehung und Entwicklung des Sozialismus als Zeitzeugen beizuhören durften oder mußten, waren sich der

engen Verwandtschaft der beiden Ideologien noch durchaus bewußt. Beide sind logische Konsequenzen der Ideen von 1789. Wer sich für diesen Zusammenhang interessiert, mag nachlesen beim israelischen Historiker Jacob Talmon, der die Entstehung der totalitären Demokratie aus dem Geist der französischen Revolution nachvollzieht.

Wer es nicht auf Anhieb glauben mag, daß der Sozialismus nichts anderes ist als eine Fortsetzung des Liberalismus mit anderen Mitteln, dem seien im folgenden ein paar Aussagen von Adam Smith aus dem *Wohlstand der Nationen* (Buch I, Kap. 6) präsentiert, dem Stammvater der Volkswirtschaftslehre und des Wirtschaftsliberalismus. Ganz ähnlich wie später Marx geht Smith davon aus, daß das Produkt der Arbeit ursprünglich allein dem Arbeiter gehörte:

»In dem ersten rohen Zustande der Gesellschaft, der der Kapitalanhäufung und Landaneignung vorausgeht, (...) gehört das ganze Arbeitsprodukt dem Arbeiter.«

Erst mit der Kapitalanhäufung komme es dazu, daß einige findige Leute ihr Kapital dazu nutzen, Arbeiter einzustellen, um daraus ihren Vorteil zu ziehen. In diesem Zustand gehört das Produkt der Arbeit nicht mehr den Arbeitern allein.

»Der Wert, den die Arbeiter den Rohstoffen hinzufügen, löst sich daher (...) in zwei Teile auf, von denen der eine ihren Lohn, der andere den Gewinn des Arbeitgebers auf das ganze für Materialien und Lohn vorgeschossene Kapital bezahlt. (...) Unter diesen Umständen gehört nicht immer das ganze Produkt der Arbeit dem Arbeiter. Er muß es in den meisten Fällen mit dem Kapitalisten, welcher ihm Beschäftigung gibt, teilen.«

Ein ähnlich hartes, aber schärfer formuliertes Urteil über ihre Rolle in der Produktion fällt Smith auch über die Landeigentümer:

»Sobald aller Grund und Boden eines Landes Privateigentum geworden ist, möchten auch die Grundbesitzer, gleich allen anderen Menschen, da ernten, wo sie nicht gesät haben, und verlangen sogar für die freiwilligen Erzeugnisse des Bodens eine Rente.«

Zwar geht Adam Smith den gesellschaftlichen Problemen, die mit diesen Zusammenhängen verbunden sind, nicht näher nach – dies sollte

später Karl Marx machen – jedoch hat er eine sehr klare Vorstellung davon, was der Staat mit dem Schutz des Privateigentums, historisch gesehen, eigentlich bezweckt hat:

»Soweit die Obrigkeit zur Sicherung des Eigentums eingeführt wurde, ist sie in der Tat zum Schutz der Reichen gegen die Armen, des Besitzers gegen den Nichtbesitzer eingeführt worden« (Buch V, Kap. 1).

Karl Marx und die übrigen wissenschaftlichen Sozialisten haben im Grunde nichts anderes getan, als den Gedanken fortzuspinnen, der im *Wohlstand der Nationen* schon ausgebreitet dalag: Privateigentum an den Produktionsmitteln Kapital und Arbeit stört die ursprüngliche und gerechte Verteilung des Produkts, wonach jeder das bekommen sollte, was er selber produziert hat.

Ein Aspekt des wissenschaftlichen Sozialismus muß hier ganz besonders betont werden, denn er gibt an, in welchem Sinne der Sozialismus eine Fortsetzung des Liberalismus ist. Das Prinzip, wonach jeder das vollständige Produkt seiner Arbeit bekommen sollte, ist aus der klassischen Arbeitswertlehre abgeleitet, die auf Adam Smith und David Ricardo zurückgeht. Dieses Prinzip ist nichts anderes als eine klare Manifestation des Individualismus. Jeder einzelne soll seinen Anteil am Sozialprodukt gemäß seinem individuellen Beitrag erhalten, nichts soll ihm davon von der Gesellschaft oder einer anderen Klasse abgeknappst werden. Laut Adam Smith selber hebt nun aber die Existenz des Privateigentums an den Produktionsfaktoren Kapital und Boden eben dieses Prinzip auf. Das Privateigentum wird als ein Feind des Individualismus identifiziert. Der Sozialismus, der die Konsequenz aus dieser Überlegung zieht und das Privateigentum bekämpft, entpuppt sich damit als ein Kämpfer für den Individualismus. *Das Privateigentum wird abgelehnt, weil es der individualistischen Vorstellung einer gerechten Verteilung des Sozialprodukts widerspricht.*

Es ist zwar zuzugeben, daß sich der klassische Sozialismus nicht nur in der Forderung nach dem vollen Arbeitsprodukt äußerte – wie z. B. in der sowjetischen Verfassung von 1936: »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung«. Natürlich waren auch Formeln populär, die das Einkommen des Arbeiters unabhängig von seinem Produkt machen wollten, wie das bekannte »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.« Es läßt sich jedoch nur schwer leugnen, daß es sich hierbei in jedem Falle um individualistische Formeln handelt, welche die Fähigkeiten, Leistungen und Bedürfnisse des einzelnen in den Mittelpunkt stellen, und keinesfalls die Bedürfnisse der Gemeinschaft. Liberalismus und Sozialismus sind beide individualistische Ideologien.

Eng verknüpft mit dem Mißverständnis, Liberalismus und Sozialismus seien Gegensätze, ist der fatale Irrtum, der Staat und der Markt seien Widersacher. Nichts läßt sich öfter beobachten als der Streit zwischen liberalen Marktverfechtern und, je nachdem, konservativen oder lin-

ken Anhängern einer ausgedehnteren Staatswirtschaft. Trotzdem ist dieser Gegensatz ein konstruierter und geht am entscheidenden Problem vorbei. Dem Streit scheint insbesondere auf Seiten der Konservativen die Illusion zugrunde zu liegen, der moderne Staat könne die Aufgabe übernehmen, die Volksgemeinschaft zu fördern. Die Positionen in Staat und Bürokratie müßten nur wieder von vernünftigen Leuten besetzt werden, dann könne die Staatsmaschinerie dazu eingesetzt werden, die Gesellschaft auf vernünftige Beine zu stellen. Dann könne insbesondere – eine häufig gehörte Forderung – das Bankensystem verstaatlicht (»vergemeinschaftet«) werden, damit die Verteilung der Ressourcen nicht mehr gemäß dem egoistischen Profittrieb, sondern den Bedürfnissen der Nation erfolge.

Diese Überlegungen verkennen die Natur des modernen Staates. Wenn Linke und Liberale über die Aufgaben des Staates streiten, dann handelt es sich um einen Zwist unter individualistischen Brüdern, die sich zwieeins darüber sind, welche Maßnahmen der Staat ergreifen sollte, um die Utopie einer individualistischen Gesellschaft zu erreichen. Soll er nur, wie die Liberalen meinen, rechtsstaatliche Gleichheit für alle einführen, ansonsten aber nur das Privateigentum und die Vertragsfreiheit schützen, um somit eine Marktgesellschaft zu konstituieren? Oder soll er, wie die Linken fordern, das Privateigentum sowie sämtliche weiteren, nicht-staatlichen Institutionen beschneiden bzw. abschaffen, da sie die freie Entfaltung des Individuums und die allgemeine Gleichheit behindern? Von beiden jedoch, den Liberalen und den Sozialisten, wird dem Staat die Aufgabe zugewiesen, ein individualistisches Ideal zu verwirklichen. Der Unterschied ist nur, daß die Linken weiter gehen als die Liberalen, vom Staat mithin sogar den Kampf gegen die Wissenschaft fordern – z. B. die Biologie – wenn sie den Emanzipationswünschen des Individuums widerspricht (Gender-Studies).

Gerne kann man zugeben, daß am Ende der Entwicklung des individualistischen Staates eine totalitäre Diktatur stehen kann. Die Geschichte des Sozialismus zeigt das eindrucksvoll. Eines Tages mag dasselbe aber auch für die westlichen Marktwirtschaften zutreffen, dann nämlich, wenn sich die totalitäre Neigung zur Gleichmacherei noch stärker entwickeln sollte. Dies ist dann einfach das Paradox, von dem Jacob Talmon spricht, wenn er schreibt, daß auch der Kollektivismus eine individualistische Basis haben kann.

Trotzdem bleibt festzuhalten, daß der Staat bei Liberalen und Sozialisten solche Aufgaben übernehmen soll, die dem Wesen des modernen Staates entsprechen. Der moderne, zentralisierte Staat ist aus den Trümmern der mittelalterlichen und feudalistischen Gesellschaft entstanden, deren Hauptmerkmal es war, daß der Staat eben nicht zentralisiert war, die Macht mithin planmäßig zerlegt war. Es gab, um es vereinfacht zu sagen, verschiedene Stände, die sich die politischen Rechte und Pflichten untereinander auf-

teilen. Die Menschen waren nicht gleich, sondern hatten von Geburt an unterschiedliche Funktionen inne und, damit eng verknüpft, einen unterschiedlichen Status innerhalb der Gesellschaft. Weder die Freiheit noch die Gleichheit des einzelnen stand im Mittelpunkt, sondern die aus Ständen bestehende Gesellschaft (der Personenverband) als Ganzes, die gemäß bestimmten, allgemein akzeptierten ethischen Ideen strukturiert war. Der einzelne hatte sich der Gemeinschaftsidee schlicht und ergreifend zu fügen.

Der moderne Staat ist als das Gegenprogramm zu dieser ethisch begründeten Gemeinschaft entstanden, als ihr Zerstörer. Man lese nach bei Thomas Hobbes. Die Grundidee des Leviathans, des modernen Staates, ist der Schutz der Individuen. Sein Zweck ist ein individualistischer. Er bekämpft alle Institutionen, die den Menschen der Macht anderer Menschen ausliefern, und setzt sich selbst als einzige und letzte Macht ein, unter die sich der Mensch zu unterwerfen hat, wenn er frei und gleich sein will. Der moderne Staat schafft die Masse, die ihm als eine Summe von im Prinzip gleichberechtigten und gleichgestellten Individuen gegenübersteht, und damit schafft er auch die moderne Marktgesellschaft. »Laissez-faire wurde vom Staat erzwungen« (Karl Polanyi).

Es widerspricht daher völlig der Logik des modernen Staates, wenn man ihn zum Garanten der Volksgemeinschaft machen möchte. *Der moderne Staat würde sich selber aufheben, wenn er das Individuum als seine Bezugsgröße aufgeben würde.* An die Stelle der individualistischen Massengesellschaft, die von der staatlichen Bürokratie verwaltet wird, müsste dann nämlich wieder eine Gesellschaft treten, in der die Gemeinschaft dem Individuum übergeordnet ist. Das bedeutet, daß das Individuum wieder zu einem Mittel werden müsste, das der Gemeinschaft zu dienen hat. Es büßte seine Freiheit und seine Gleichheit ein und würde wieder zu einem politischen Funktionsträger, der seine Funktion zum Wohle der Gesamtheit auszuüben hat. Damit aber wäre die moderne Staatsidee tot. Wenn der einzelne Bürger zum Funktionsträger werden soll, müssten sich Zentralstaat und staatliche Bürokratie, welche die politischen Funktionen in der modernen Welt übernommen haben, erst wieder auflösen. Denn solange der moderne Zentralstaat der Masse an gleichberechtigten Individuen gegenübersteht, haben alle sonstigen Beziehungen zwischen den Bürgern keinerlei politische Funktion. Im Gegensatz zu einer Marktgesellschaft und einer sozialistischen Gesellschaft, die beide individualistische Massengesellschaften sind, die den modernen Zentralstaat voraussetzen, ist der Gemeinschaftsgedanke innerhalb des modernen Staates nicht umsetzbar.

Aus diesem Grund ist es auch illusorisch zu meinen, eine rechte Bewegung könne den Marsch durch die Institutionen antreten und den Staat für ihre Ziele einspannen. Alle bisherigen Versuche, den Staat zum Bezugspunkt der Gemeinschaft zu machen, sind kläglich oder –

gerade in Deutschland – katastrophal gescheitert. Als Ersatz für die moderne Marktgesellschaft kommt aus konservativer Sicht viel eher ein vormoderner, dezentralisierter Staat in Frage, also in etwa in Richtung der Ständestaatsidee, die von Othmar Spann vertreten wurde.

Es übersteigt meine Kompetenz, den Ständestaat sinnvoll einzuordnen, und das soll hier auch nicht geschehen. Offensichtlich scheint mir aber zu sein, daß er nicht im Rahmen unserer Verfassung zu verwirklichen sein würde. Der moderne Staat, seine Verwaltung und seine Institutionen sind nicht dazu gemacht und nicht dazu geeignet, konservative Ideen umzusetzen, insbesondere die Idee einer funktionierenden (Volks-)Gemeinschaft. Seine ganze Anlage ist darauf ausgerichtet, individualistische Ziele zu verfolgen, sei es die allgemeine Partizipation an der Marktgesellschaft, sei es die allgemeine Gleichheit aller Bürger bzw. sogar Weltbürger.

Es bleiben also nur zwei Möglichkeiten. Entweder zielt man auf eine völlige Reform unseres Staates, stellt mithin die Systemfrage. Hierzu sind mir keine aktuellen Überlegungen bekannt, weder innerhalb noch außerhalb der AfD. Oder aber man versucht, sich im gegenwärtigen System irgendwie und mehr schlecht als recht zu behelfen. Das liefe und läuft dann aber auf das hinaus, was die Ordoliberalen um Walter Eucken anstrebten. Dem Staat wird erstens die Aufgabe zugewiesen, die Wirtschaft und den freien Wettbewerb zu konstituieren, und zweitens die Aufgabe, Machtstrukturen innerhalb der Gesellschaft wirksam und dauerhaft zu bekämpfen. Ein solcher Staat müsste im übrigen viel stärker sein als die heutige Bundesrepublik, die allem Anschein nach zum Spielball internationaler Interessen geworden ist. Wer sich der internationalen Finanzoligarchie entgegenstellen will, muß fest im Sattel sitzen und über entsprechende Mittel verfügen.

Natürlich sollte allen Beteiligten bewußt sein, daß es sich dabei nicht um ein gemeinschaftsförderndes Projekt handelt, oder höchstens bis zu dem Grad, als es ihm gelingt, den Einfluß der internationalen Finanzmärkte zurückzudrängen. Im Rahmen des modernen Staates könnte man Gemeinschaftsförderung allenfalls am Rande, sozusagen als flankierende Maßnahme betreiben, nämlich mithilfe einer nachdrücklichen politischen Umsetzung des Subsidiaritätsgedankens, was eine Verlagerung der politischen Macht möglichst nahe an den Bürger bedeuten würde.

Keinerlei Sinn hat es jedenfalls, Vorschläge, die in die genannten Richtungen gehen, mit dem Argument zu begegnen, der Staat möge doch in sensiblen und für die Gemeinschaft wichtigen Bereichen die Wirtschaft selbst in die Hand nehmen. Der (moderne) Staat ist dafür nicht geschaffen. ■



Gemeinschaft braucht (Sozial-) Staatlichkeit. Eine Replik auf Bernard Udau

von Florian Sander

Führt man sich Bernard Udaus Herleitung der Argumentation zu Gemüte und unternimmt man den Versuch einer Replik darauf, so ergreift einen das seltsame Gefühl, ein in Unordnung gebrachtes »terminologisches Studierzimmer« wieder aufräumen zu müssen. Mehrere Bücher stehen plötzlich in der falschen Ecke des Regals, wesentliche Bücher, die man für seine Studien bräuchte, fehlen auf dem Schreibtisch, und auf dem Boden liegen zusammengeknüllte, herausgerissene Seiten, die man in manche Bücher wieder hineinkleben müßte, damit ihr Sinngehalt nicht entstellt wird. Man fühlt sich bemüßigt, alles wieder in korrekter Weise einzusortieren, aber man weiß kaum, wo man anfangen soll. Doch versuchen wir es cursorisch.

Jener rhetorisch schlagfertige Leser, der Udaus Darstellung etwas abgewinnen kann, wird an dieser Stelle wohl erwidern, daß da jemandes mentale »Schublade« wohl gründlich durcheinander gebracht wurden und deswe-

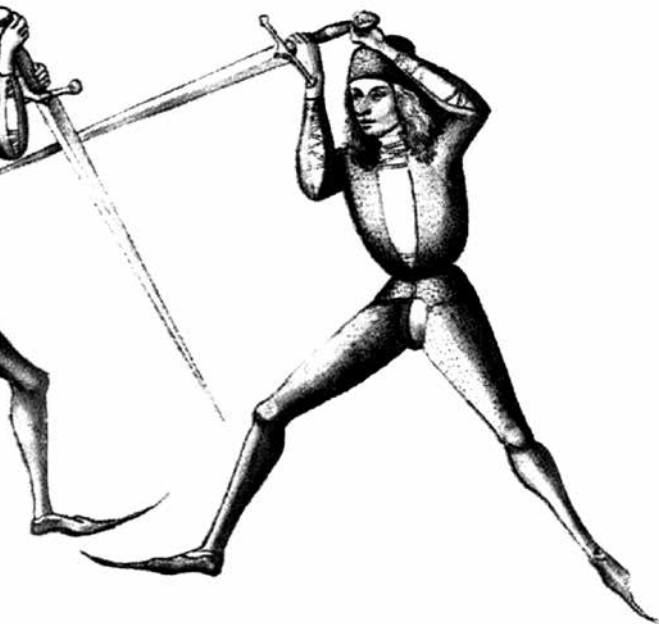
man jedoch nicht durcheinanderwerfen kann, indem man den Rahmen, in dem man mit ihnen arbeitet, einfach entsprechend fachdisziplinär verengt. Bedauerlicherweise ist genau dies bei Udau geschehen.

Es ist ein gar nicht so seltenes Phänomen, das man regelmäßig auch bei »klassisch libertären« Autoren vorfindet: Argumentative Herleitungen und begriffliche Bezugnahmen werden im Rahmen dieser Vorgehensweise fast nur aus wirtschaftswissenschaftlichen Erwägungen und Quellen heraus gespeist, so als sei – und hier bewegen sich Libertäre genau wie Liberale sehr nah bei orthodoxen Marxisten (nicht zwingend: bei den Sozialisten), denn all diese Denkströmungen eint ihr apodiktischer Materialismus, und das heißt, sie tendieren dazu, die Gesellschaft bzw. das Individuum ausschließlich in seinen ökonomischen Kontexten zu verstehen.

So auch Udau: Das, was er zum »Individualismus« erklärt, wird in seinem Artikel fast ausschließlich aus einem ökonomischen Werk abgeleitet, welches sicherlich ein, wenn nicht *der* Meilenstein der Wirtschaftswissenschaften schlechthin ist, aber gewiß keinen Anspruch auf einen interdisziplinär-sozialwissenschaftlichen Charakter erheben kann. Zusätzlich werden einzelne »klassisch-sozialistische« Formeln in Bezug auf die Grundlagen des Einkommens eines Arbeiters herausgegriffen, die als Gründe für die Klassifizierung »des« Sozialismus als »individualistisch« herhalten müssen.

Kein Wort davon, daß die stalinistische Sowjetunion in ihrem gesamten, d.h. nicht nur ökonomischen Charakter buchstäblich als die Reinform eines kollektivistischen Systems gelten kann, ebenso wie auch nicht-stalinistische sozialistische Staaten klar als kollektivistisch beschreibbar sind. Da hilft es auch nicht, dass Udau schließlich unter Bezugnahme auf Jacob Talmont bekundet, auch der Kollektivismus könne »eine individualistische Basis haben«. »Kollektivismus« und »Individualismus« sind Gegenbegriffe, Gegensätze, zwei Enden einer Skala. Äußert man eine solche Behauptung, ist das ein Widerspruch in sich, eine Paradoxie, eine faktische Unmöglichkeit. Sicherlich ist es möglich, daß ein Staat oder eine Gesellschaft Elemente von beidem zugleich und nebeneinander aufweist –

gen am – zugegebenermaßen kreativen – Ansatz Udaus etwas dran sein muß. In der Tat: Es geht um terminologische Schubladen; es geht um Wortbedeutungen – Bedeutungen von sozialwissenschaftlichen und politischen Begriffen, die



dann jedoch als gegeneinander wirkende Entwicklungen und Tendenzen, nicht aber mit dem einen als »Basis« des anderen. Auf diese Weise kann man nicht mit derlei Begriffen hantieren. Stattdessen müßte, wenn man sie verwendet, zunächst einmal geklärt werden, was man eigentlich damit meint.

Will man reflektiert mit derartiger Terminologie umgehen, so gilt es zunächst, sich von nur partiellen Herleitungen zu lösen, die die Bedeutung eines Begriffes unzulässig einengen und damit verhindern, daß man umfassend und grundsätzlich über ihre Bedeutung diskutieren kann. Wenn von Kollektivismus versus Individualismus die Rede ist, so sind damit auch Aspekte des sozialen Lebens gemeint, die über die ökonomische Bedeutung und die Frage des Arbeitsprozesses und -ertrags deutlich hinausgehen. Anders gesagt: Will man sich die Bedeutung jener Begriffe erschließen, so gilt es, die Soziologie zu konsultieren und nicht (nur) die Wirtschaftswissenschaften.

Will man sich erschließen, was eigentlich »Individualismus« meint, so ist es klug, zunächst verwandte Begrifflichkeiten in den Blick zu nehmen. Der Begriff der »Individualität« meint im Sinne einer konstruktivistisch inspirierten Soziologie so viel wie »Zurechnung von Einzigartigkeit«. Von Beginn seiner Sozialisation an bildet der Mensch Individualität heraus: Beginnend beim Namen, der über Elemente wie Bedeutung, Klang, Geschlecht etc. die Einzigartigkeit des betreffenden Menschen herausstellen soll (wäre dies anders – wozu dann Namen geben?), über Kleidung bis hin zur sozialen Selbstdarstellung auf Facebook oder Instagram – auf all diesen Wegen wird Individualität kommuniziert bzw. in der Folge der Person scheinbare oder echte Einzigartigkeit zugerechnet.

In gewisser Weise wird hier ein menschliches Grundbedürfnis bedient, denn das Selbstwertgefühl des Menschen basiert in nicht unerheblichem Maße auf der (Selbst-)Wahrnehmung, im Universum einzigartig zu sein. Fehlt ihm dies, so fühlt er sich austauschbar und wird damit seines Selbstwertes zumindest teilweise beraubt. Ein Grund, wieso Menschen Liebe brauchen und nicht nur einen Arbeitsplatz – erst die Liebe kommuniziert als entgegengebrachtes Gefühl die Zurechnung als »einzigartig«. Man wird kostbar durch die Einzigartigkeit und dadurch »liebenswert«. Was nicht einzigartig ist, ist auch weniger wert. Im Ergebnis wird der Mensch zum »Individuum«, zu einem Subjekt, das als individuell gilt.

Individualismus ließe sich nun fassen als politische und/oder weltanschauliche Bestrebung, eine Gesellschaft zu schaffen oder zu bewahren, in der derartige Individualität politisch bzw. staatlich kontinuierlich gestärkt und schließlich bis ins Unermeßliche überdehnt wird. Wirtschaftliche Fragen – und hier nähern wir uns nun wieder der strukturellen Schwäche von Udaus Argumentation – stellen hierbei nur ein kleines Rädchen im Getriebe der Individualität dar. Gewiß: Man braucht Geld, um seine Indi-

vidualität zu stilisieren, um sich selbst zu profilieren. Kleidung, die u. a. diese Funktion erfüllt, gibt es nicht gratis, ebenso wenig wie Besuche beim Friseur oder im Tattoo-Studio oder das Smartphone, das einem das Profilieren auf Instagram erlaubt. Auf welcher Basis man aber an das Geld kommt bzw. wie das Arbeitseinkommen zustande kommt, ist in diesem Kontext eher unerheblich und übrigens auch nicht der Kernpunkt konservativer (oder sozialistischer) Individualismus-Kritik, ebenso wenig wie es der Grund dafür ist, wieso (Neo-)Liberale den Individualismus als progressiv feiern.

Die Gründe hierfür sind vielmehr in gesellschaftspolitischen Zusammenhängen zu suchen, die *im Ergebnis auch* wirtschaftspolitischer Natur sind. Adam Smith und Thomas Hobbes liefern hierfür weniger Antworten als vielmehr gesellschaftsliberale (!) Philosophen wie John Locke, John Stuart Mill oder – heutzutage – Jürgen Habermas. Diesen ging bzw. geht es in ihrem Wirken nicht primär um den Arbeitsprozeß, sondern um die gesellschaftliche und politische Stellung des Individuums. Der Menschenrechtsuniversalismus, der in den letzten Jahrzehnten weltweit zu westlichen Kriegen und »humanitären Interventionen« geführt hat, ist das Produkt liberaler Philosophie und steht in einem direkten Zusammenhang mit individualistischen und wirtschaftsliberalen Strukturen in der modernen kapitalistischen Gesellschaft.

Die Absolutsetzung des Individuums hat eine Atomisierung der Gemeinschaft zur Folge, da sie zur Eliminierung von Kollektiven bzw. kollektiven Identitäten führt, sei es nun die Familie, das Volk oder die Nation. Seit 1945 haben wir in Deutschland eine stetige Intensivierung dieses Prozesses erlebt, die heutzutage in der völligen Aufsplitterung von allem ehemals Gemeinschaftlichen mündet. Auskunft hierüber geben nicht zuletzt auch die mal mehr, mal weniger subtilen Botschaften der amerikanisierten Unterhaltungsindustrie, die in schöner Regelmäßigkeit wieder Mottos wie »Lebe deinen Traum!«, »Mach dein Ding!« und »Sei ganz du selbst!« mit wirtschaftsliberalen Botschaften verbinden, die dann beispielsweise in pathetischen »Vom Tellerwäscher zum Millionär«-Szenarien von Casting-Shows münden.

Die Entwicklung der großen Religionen im Westen, das Vereinssterben, die gestiegenen Scheidungs- und die sinkenden Geburtenraten, die sinkende Anzahl der Eheschließungen und vieles mehr zeigen jedes Jahr plastisch auf, wie sehr die Individualisierung – also der vom Individualismus angetriebene gesellschaftliche Wandlungsprozeß – inzwischen schon fortgeschritten ist. Im Ergebnis hat sie das zur Folge, was Emile Durkheim »Anomie« nannte: Das Wegbrechen gesellschaftlich verbindender Normen, mit der Konsequenz der Desintegration, des Wegbrechens sozialer Bindungen, bis hin zur Vereinsamung und sozialen Isolation. Die extremsten Ergebnisse dieser Entwicklungen sehen wir im postmodernen Amokläufer im Teenager-Alter, der infolgedessen eine gravierende psychi-

sche Störung und Haß auf seine ihn isolierende soziale Umwelt entwickelt hat und irgendwann um sich schießt.

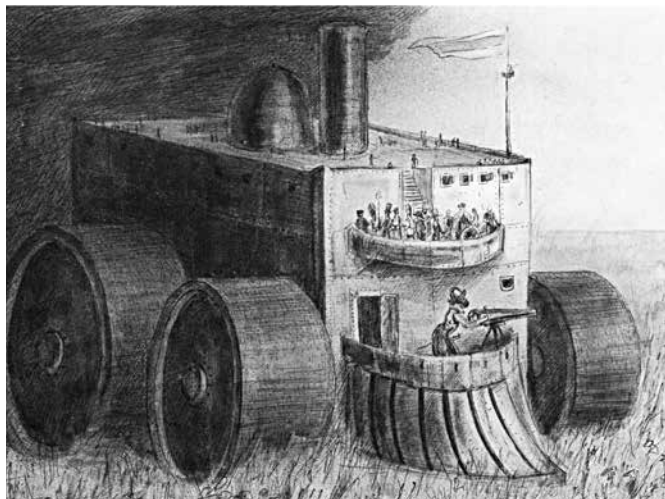
Die kapitalistische Ökonomie forciert diese Entwicklung, da sie von der Individualisierung und dadurch der Atomisierung der Gemeinschaft und der Desintegration profitiert. Wo sozialer Zusammenhalt schwindet, da stoßen Sozialabbau und Steuersenkungen auf weniger Widerstand, da floriert oberflächlicher, hemmungsloser, kurzfristiger Konsum, da wird der Mensch zum geographisch verschiebbaren und multipel verwendbaren »Humankapital«, das störende Rahmungen wie Familie, Religion, Volk und Nation abgelegt hat.

Eine solche Herleitung führt sehr deutlich vor Augen, wieso Konservatismus und Sozialismus (in seinen klassischen Auslegungen, nicht in Form des »demokratischen Sozialismus« einer neoliberal-reformistischen Sozialdemokratie unserer Tage) als kollektivistische Denkströmungen betrachtet werden *müssen*: Sie stellen die Kollektive, auf die der Mensch ebenso zwingend angewiesen ist wie auf sein Selbstwertgefühl im Zuge von Individualitätszurechnung, in den politischen Mittelpunkt. Folgt man der orthodox marxistischen Auslegung des Sozialismus – welche Udau fälschlich mit »dem« Sozialismus gleichsetzt, womit er ausblendet, daß es auch zahlreiche nichtmarxistische Sozialismen gab und gibt –, so sind die entscheidenden Kollektive die Klasse und, in der Folge, der »Arbeiter- und Bauernstaat« und in diesem die Partei. Folgt man dem Konservatismus, so sind es die Familie, das Volk und die Nation, manchmal auch die Kirche. Betrachtet man die politische Praxis der entsprechenden Ideologien dort, wo sie »regieren«, ist die Vorrangstellung jener Kollektive vor dem Individuum, welches sich diesen im Zweifelsfall unterzuordnen hatte, empirisch gleich in vielerlei Hinsicht klar zu beobachten.

Auch Udau argumentiert durchaus kollektivistisch, indem er das Ideal eines vormodernen Ständestaates artikuliert: Hier ist nun eben der »Stand« das Kollektiv, das den Vorrang vor dem Individuum einzunehmen hat. Das Problem daran ist freilich, daß dies die unrealistischste und antiquierteste Vision einer gesellschaftlichen Umkehr ist, die momentan im weiten konservativen Spektrum zirkuliert. Stände gibt es schon lange nicht mehr, weder ganzheitlich noch rudimentär, und ebenso wenig wäre ein artifizielles Wiederaufleben dieser gemeinschaftsbe gründend (geschweige denn überhaupt realisierbar). Im Gegenteil: Dort, wo ein Volk künstlich in Stände zersplittert würde, wäre ja eben *keine* Gemeinschaft gegeben, sondern es würden sich gerade heutzutage Sozialneid und gegenseitiger Haß verbreiten. Dies gilt um so mehr in einer Mediengesellschaft, in der die Lebensumstände der Mitmenschen über allerlei alte und neue Medien bis ins Detail beobachtbar – und die Betroffenen daher noch schneller und einfacher zu beneiden – sind. Ein solches Gesellschaftssystem mag eine romantische Szene für konservative Kaminabende abgeben, steht aber den gesellschaft-

lichen und politischen Verhältnissen und Notwendigkeiten der Gegenwart diametral entgegen.

Der Staat ist hierbei selbstverständlich eng mit dem Gemeinschaftsgedanken verquickt. Denn Gemeinschaft manifestiert sich schließlich nicht in besinnlich-romantischer Vergangenheitssemantik, sondern in konkreten, meßbaren Effekten, welche nur durch den modernen, im wertfreien Sinne bürokratischen, organisierten Sozialstaat hergestellt werden können. Gemeinschaft manifestiert sich durch die Rückkehr der – eigentlichen – konservativen Kollektive Familie, Volk und Nation, welche zugleich praktische, im Alltag sichtbare Solidargemeinschaften darstellen. Erst die familiäre und die nationale Solidarität ermöglichen konkrete Faßbarkeit einer Gemeinschaft. Erst die Verhinderung einer neuen Zersplitterung in Stände, Klassen oder auch nur »soziale Schichten«, wie Klassen in der Gegenwart neoliberal-verklärend genannt werden, ermöglicht eine Gesellschaft, die zugleich wieder zur Gemeinschaft wird.



Alfred Kubin: *Der Staat* (1900)

Der Gegensatz zum Individualismus ist in einem solchen System deutlich sichtbar: Eine Solidargemeinschaft, die auch sozialstaatlich (!) geregelt ist, stellt ja eben gerade »das große Ganze« über den Einzelnen. Daß dieses im Endeffekt auch dem Einzelnen zugute kommt, macht hieraus noch keinen Individualismus, sondern bestätigt nur die positiven Folgen von Gemeinschaftlichkeit. In einem intakten, funktionierenden Sozialstaat – welchen wir in Deutschland spätestens seit Gerhard Schröders Agenda 2010 und der Hartz-Reform nicht mehr vorfinden – stellt sich der Einzelne in seinen egoistischen Interessen mitunter zugunsten der Stärke, der Gesundheit und der übergeordneten Interessen der Solidargemeinschaft und damit seiner Mitbürger zurück. Dies ist ein genuin kollektivistischer Ansatz und eben kein individualistischer (da haben libertäre Volks- und Staatsgegner durchaus recht). Ein Gemeinwesen, das die Gesellschaft *als Gemeinschaft* organisiert, ist ohne den (Sozial-) Staat, der diese kollektive Solidarität allgemeinverbindlich und faßbar macht, nicht denkbar. ■

Ökologische Beleuchtungen (1) – postmoderne Maßlosigkeit

von Jonas Schick

Fährt man nachts durch das südliche Sachsen-Anhalt breitet sich vor einem ein Szenario aus, das der Landebahn des Frankfurter Flughafens gleicht – blinkende rote Lichter erstrecken sich über die ganze Breite des Blickfelds. Es wirkt wie eine Invasion; so, als ob stabartige Raumschiffe auf der flachen Felderlandschaft gelandet seien, die das Land unter Beschlag nehmen, die weite Fläche für sich beanspruchen. »Invasiv«, das beschreibt es ganz gut, wie die Windkraft in den Raum, die Umwelt, den Boden drängt. Waren Industrieparks vor der Energiewende räumlich begrenzte Areale gewesen, hat sich die Industrialisierung seit dem Erneuerbaren Energien Gesetz 2000 in die gesamte Fläche ergossen. In Sachsen-Anhalt stehen mittlerweile 2863 Anlagen mit einer installierten Leistung von 5118 Megawatt. Wahre Kolosse aus Stahl und Beton: Eine der modernsten Anlagen der Firma Enercon, die E-126, bringt mit allen Bauteilen 6950 Tonnen auf die Waage. Für ihr Fundament werden 1500 Kubikmeter Beton und etwa 180 Tonnen Bewehrungsstahl tief in den Boden hineingepreßt. Die ökologischen Negativfolgen dieser Ungetüme sind mannigfaltig: Rotmilane, Schwarzstörche, Uhus, Fledermäuse und Insekten werden gehäckselt; Wald muß weichen, Fläche wird versiegelt. Das gesamte Ökosystem, das die Anlage umgibt, wird aus den Fugen gerissen. Ein relativ unbeachteter »Nebeneffekt« der 1500 Kubikmeter Beton im Boden ist die Störung des natürlichen Wasserhaushalts – der oberflächliche Abfluß wird gesteigert, Dürreschäden werden gefördert. Außerdem läßt die Filtrationsleistung des Bodens nach, wodurch die Stoffkonzentration und die Grundwasserbelastung zunehmen. Die Umweltfolgen dessen, was vorgeblich das Klima schützt, werden, so scheint es, konsequent ausgeblendet. Das liegt auch daran, daß in der breiten Öffentlichkeit der Naturschutz und der Klimaschutz dieser Tage deckungsgleich behandelt werden. Die Proteste der Jugendbewegung #FridaysForFuture (FFF) geben dafür das offenkundige Beispiel: Für die demonstrierenden Schüler und Studenten dreht es sich bei der Ökologie zuallererst um Fragen, die das Klima betreffen.

Das hat zur Folge, daß etliche Umweltverheerungen – so wie die hier explizierten der

Windkraft –, die in erster Linie keinen signifikanten Einfluß auf die Gaskomposition unserer Atmosphäre haben, mißachtet werden oder ihnen lediglich eine marginale Aufmerksamkeit zuteil wird. Technik wird zuallererst anhand seiner CO₂-Emissionen bewertet – Auswirkungen auf die Biodiversität, Eutrophierung der Böden und Gewässer, genereller Wasserverbrauch oder radioaktiver Abbaustaub verschwinden im Hintergrund. Darüber hinaus versteift man sich auf ein Modell des Klimawandels, das ausschließlich anthropologisch begründet wird – »natürliche« Faktoren sind absent. Die »Klimahysterie« entsteht auch dadurch, daß man den monokausalen Auslöser für die Erwärmung der letzten Jahrzehnte in felsenfester Glaubenstreue im Menschen ausgemacht haben möchte, wodurch man ein hochkomplexes System auf lediglich eines seiner Wandel induzierenden Bestandteile beschränkt. Das ökologische Weltbild der FFF-Demonstranten gleicht demzufolge einer Schwarz-Weiß-Schablone. Daher verwundert es nicht, daß der Mensch aus dieser Perspektive wie ein externer, außerirdischer Faktor behandelt wird, er also als ein außerhalb der Natur stehendes Wesen erscheint. Zuweilen artikulieren sich daraus Forderungen, die jegliche Form der Kulturlandschaft ihr Existenzrecht absprechen und quasi zu einer Barbarisierung der menschlichen Umwelt aufrufen. Daß auch andere Spezies durch ihr Verhalten Einfluß auf das sie umgebende Ökosystem nehmen und dieses nachhaltig verändern, wird dabei übersehen. »Natur« wird bei FFF als harmonisches System perzipiert, dem ohne den Menschen jedwede Krisenhaftigkeit fremd wäre. Jedoch sind Umweltzerstörungen in evolutionären Maßstäben nichts Ungewöhnliches, sondern vielmehr die Regel.

Ungeachtet dessen ergibt sich die substantielle ökologische Impotenz der Bewegung daraus, daß sie sich selbst als Teil des progressistischen Lagers betrachtet und damit ein (Industrie-)System stützt, dem die Vernutzung von Beständen und ein unkontrolliertes Über-sich-Hinausgreifen inhärent sind. Es ist unwahrscheinlich, daß die durch dieses System erzeugten ökologischen Verwerfungen den Menschen bzw. das Leben als Ganzes vom Planeten tilgen

werden. Hingegen steht das »westliche« Industriesystem vor seinem Kollaps, das mittlerweile in seinen Grundzügen den ganzen Globus umspannt. Letzten Endes treibt die jungen Demonstranten die Sorge um ihre Überflußgesellschaft an, die sie mit der lautstarken Forderung nach »grünem Wachstum« zu retten versuchen. Wenn sich in den Reihen von FFF ein Anrecht auf eine unbeschwerete Zukunft artikuliert, dann handelt es sich um eine Zukunft des garantierten Wohlstands samt Konsumerismus in einer vermeintlich möglichen Harmonie ebenjenes Industriesystems mit der Natur.

Diese Verblendung ist unter anderem darauf zurückzuführen, daß die Schüler- und Studentenbewegung sich hauptsächlich aus der glei-

Agrarirrlichter, die mehr Schaden anrichten als sie beheben sollten (siehe »Biokraftstoffe« oder die Monokulturalisierung aufgrund des Anbaus von »Biomasse«).

Erschwerend für eine ernstzunehmende ökologische Positionierung von FFF gesellt sich zur Urbanität ein ausgeprägter Kosmopolitismus hinzu, dessen Aufrechterhaltung bzw. flächendeckende Etablierung nur durch eine weitreichende Mobilität realisiert werden kann. Diese Entortung gibt es wiederum nur im Austausch für einen ökologischen Preis, der kein geringer ist. Schlußendlich sind wir damit wieder an dem Punkt angekommen, an dem offensichtlich wird, daß Soziales, Ökonomisches und Ökologisches untrennbar miteinander ver-



chen Klientel rekrutiert, die im großen und ganzen grün wählt: großstädtisch, fortschrittlich, akademisch. Für diese Gruppe sind die ökologischen Auswirkungen der von ihnen wie Heilsbringer angepriesenen Erneuerbaren Energien nicht erfahrbar bzw. leichter abzutun, insofern als ihre eigene Lebensrealität mit einer der naturärmsten darstellt, die sich innerhalb der bundesdeutschen Grenzen findet. Insbesondere aus dieser Blase heraus können die tonnenschweren Windradkolosse aus Stahl, Kohlefaser und Beton zu nachhaltigen Hoffnungsträgern verklärt werden. Daß gerade die von ihnen gepflegten urbanen Lebensstile von stetigen Energieflüssen abhängig sind und dadurch in distinktem Widerspruch zu einer volatilen Energieerzeugung stehen, gehört nur zu einer weiteren Verdrängungsleistung unter vielen der konformistischen Rebellen. Darüber hinaus tendiert dieses Milieu dazu, eine Vorstellung von Landwirtschaft zu pflegen, die sich lediglich aus bunten Altnatur-Prospekten speist. Etliche Verordnungen, die in grünen Parlamentszimmern geschmiedet oder von führenden Politikern der »Öko-Partei« lautstark propagiert wurden, entpuppten sich nach ihrer Implementation als ökologische

zahn sind. Angestrebte Veränderungen auf einem Feld allein müssen zwangsläufig scheitern – wenn keine Kongruenz zwischen den drei Sphären besteht, resultiert aus dieser Inkonsistenz eine Disruption, die zumindest eine dauerhafte Dysfunktionalität des Gesamtsystems und in letzter Konsequenz einen völligen Kollaps induzieren kann. Für die FFF-Protagonisten liegt eine derartig ganzheitliche Auffassung umweltbezogener Zusammenhänge in weiter Ferne, scheitert es ja schon daran, daß man selbst in der ökologischen Sphäre zur Verengung neigt.

Letztlich verdichtet sich in #FridaysForFuture all das, woran die auf links gewendete Ökologiebewegung generell krankt – postmoderne Maßlosigkeit. Händeringend versuchen die Anhänger emanzipatorischer Ideologeme die Risse zuzukleistern, die sie selbst immer wieder in die Substanz reißen. Doch in dem Moment, wo progressive Protagonisten einen grundlegenden Ökologieansatz in die Praxis umzusetzen versuchten, führte sie ihr Weg geradewegs ins »rechte Leben«, auch wenn sich das mancher der zwangsweise Gewendeten nie eingestehen könnte. Der Ausbruch aus der konformistischen Rebellion wird nicht vielen gelingen. ■

Urlaubsreisen ins Kriegsgebiet?

von Andreas Karsten

Ende August sorgte Bundesinnenminister Horst Seehofer für medialen Wirbel im politischen Sommerloch. Er übte Kritik an vermehrt auftretenden Urlaubsreisen von Asylbewerbern in deren Heimatland Syrien, die doch vorgeblich vor Krieg und/oder Verfolgung von dort geflüchtet seien. »Wer als syrischer Flüchtling regelmäßig in Syrien Urlaub macht, kann sich ja nicht ernsthaft darauf berufen, in Syrien verfolgt zu werden. Dem müssen wir seinen Flüchtlingsstatus entziehen.« Das von Seehofer kritisierte Phänomen ist keineswegs neu. Bereits in den 1990er Jahren lagen Berichte über teils monatelange Heimaturlaube von Asylbewerbern vor – sei es für Hochzeitsreisen oder um Verwandte nachzuholen. Die Angst vor Verfolgung oder die brisante Lage im Heimatland – als Asylgrund in Deutschland geltend gemacht – schienen und scheinen die Reisefreude nicht zu trüben.

Der Auslöser für Seehofers aktuellen Vorstoß war eine investigative Recherche eines *Bild*-Reporters (selbst syrischer Asylbewerber), der die Praxis von Urlaubsreisen syrischer Asylanter nachzeichnete. Folgt man seinen Erkenntnissen, so reisten die meisten Syrer über Nachbarländer wie den Libanon, den Iran oder die Türkei in ihre Heimat. Es gebe Tourismusbüros, die Reisen speziell für Syrer in ihre Heimat zu Pauschalpreisen anbieten – inklusive der Beschaffung von Dokumenten und Bestechungsgelder für die örtlichen Grenzbehörden.

Die Ablehnung der beschriebenen Vorgänge ist obligatorisch. Doch wie sieht die Rechtslage aus? Grundsätzlich haben Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge das Recht zu reisen, und zwar auch ins Ausland. Die Genfer Flüchtlingskonvention garantiert ihnen die Ausstellung eines »Reiseausweises für Flüchtlinge«. Subsidiär Schutzberechtigte, welche die Voraussetzungen für die Anerkennung als Flüchtling nicht erfüllen, aber den deutschen Behörden in irgendeiner Weise glaubhaft machen konnten, daß ihnen in der Heimat Schaden drohe, haben nach deutschem Asylgesetz ebenfalls die Möglichkeit, einen solchen Reiseausweis zu erhalten. Damit können sie fast uneingeschränkt verreisen.

Problematisch sieht es aber in der Tat mit Reisen in das eigene Herkunftsland aus. Gemäß Asylgesetz erlischt die Anerkennung als Asylbe-

rechtigter, wenn er »freiwillig in das Land, das er aus Furcht vor Verfolgung verlassen hat oder außerhalb dessen er sich aus Furcht vor Verfolgung befindet, zurückgekehrt ist und sich dort niedergelassen hat«. In der Praxis gibt es freilich Schlupflöcher. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages stellte im Jahr 2018 im Rahmen eines Rechtsgutachtens fest, daß ein Erlöschen der Asylberechtigung nach § 72 Abs. 1a AsylG nur möglich ist, wenn die Person tatsächlich beabsichtigt, sich wieder *dauerhaft* im Herkunftsland niederzulassen. Selbst monatelange Urlaubsreisen und/oder Familienbesuche wären davon nicht betroffen. Bei laufenden Asylverfahren sieht es moderat anders aus. Das Verfahren kann nach § 33 Abs. 3 AsylG eingestellt werden, wenn die betreffende Person vor dessen Abschluß in die jeweilige Heimat reist, da dann davon ausgegangen werden kann, daß sie sich dort sicher genug für eine solche Reise fühlt respektive ihr keine tatsächliche Verfolgung droht. Aber auch hier gibt es Ausnahmen. Die gesetzliche Regelung greift nicht, sobald Asylbewerber angeben, auf ihrer Reise kranke Angehörige zu besuchen oder an religiösen Zeremonien teilnehmen zu wollen. Eine Überprüfung solcher Angaben dürfte in der Realität kaum möglich sein – entsprechend populär sind die üblichen Begründungsmuster.

Während die Bundesrepublik Deutschland also weiterhin Heimaturlaube von Asylbewerbern zuläßt, obwohl diese nach eigenen Angaben aus Furcht vor Krieg oder Verfolgung dort nicht leben könnten, haben andere Staaten bereits Gegenmaßnahmen getroffen, etwa die Schweiz. Zwischen Genf und Basel leben viele Asylbewerber aus Eritrea. Die Anerkennungsrate für sie ist mit 75 Prozent und mehr konstant hoch. Doch immer wieder wurde bekannt, daß Eritreer, teils über Umwege, Reisen in die Heimat unternahmen. Daraufhin wurde die Rechtslage für solche Auslandsaufenthalte verschärft. Künftig geht der schweizerische Gesetzgeber davon aus, daß Asylbewerber, die in ihre Heimat reisen, sich freiwillig unter den Schutz dieses Staates stellen. Wird den Behörden eine solche Reise bekannt, so wird automatisch ein Verfahren zur Aberkennung der Flüchtlingseigenschaft eingeleitet. Der Asylbewerber muß



stichhaltig nachweisen, daß er schwerwiegende Gründe für seine Reise hatte (beispielsweise Tod oder schwere Erkrankung naher Verwandter) und es sich nicht um einen freiwilligen Aufenthalt handelte. Im Gegensatz zur Bundesrepublik ist hier also die Beweislast umgedreht. Während für die bundesdeutschen Behörden ein Anfangsverdacht für die Überprüfung solcher Reisen bestehen muß und selbst dann Schlupflöcher bestehen, müssen Asylbewerber in der Schweiz stichhaltige Beweise liefern.

Im Königreich Norwegen, das ebenfalls eine Anlaufstelle für viele Eritreer ist, nahm man sich daran ein Beispiel und schränkte die Gültigkeit der Ausländer-Reisepapiere für eritreische Staatsbürger ebenfalls ein. 2016, zum 25jährigen Jubiläum der Unabhängigkeit, zeigten viele Eritreer die Absicht, in ihre Heimat zu reisen, um an den Feierlichkeiten teilzunehmen. Die damalige Ministerin für Immigration, Sylvi Listhaug, warnte die Migranten mit Nachdruck, daß es Asylbewerbern nicht gestattet sei, ihr Herkunftsland zu besuchen. Man könne nicht behaupten, vor einem Unrechtsregime geflohen zu sein und Schutz in Norwegen zu suchen, um dann zurückzureisen und dem Regime die Ehre zu erweisen.

Wenn Migranten in ihr Herkunftsland einreisen können, frei von Repressionen an der Grenze und frei vor der akuten Furcht, dort schweren körperlichen Schaden zu erleiden, gibt es dafür zwei mögliche Erklärungsansätze.

1. Die Sicherheitslage im Herkunftsland ist keineswegs so desolat, wie die Migranten es in ihrem Asylverfahren angeben. Wenn sie als Mitglied einer politischen Gruppierung oder ethnischen Minderheit verfolgt würden, dann wäre auch ihre Familie davon betroffen. Wie kann es also sein, daß die Familien der Asylbewerber weiterhin relativ unbehelligt dort leben können, Besuch empfangen und sogar große Feste wie Hochzeiten ausrichten können?

2. Wenn ein Herrschaftssystem tatsächlich so restriktiv ist, wie es etwa von Syrien und Eritrea behauptet wird, politisch mißliebige Personen dort also gnadenlos verfolgt werden – sprä-

che dann die ungehinderte Einreise der Asylbewerber in ihr Heimatland nicht dafür, daß sie im eigentlichen Sinne systemtreu sind, von den Machthabern daher nicht behelligt werden und bei den deutschen Behörden falsche Angaben machten?

Durch die anhaltende Praxis der Heimatreisen von in Deutschland ansässigen Asylbewerbern kommt dem verschmähten und pejorativen Begriff »Asyltourismus« eine neue, realistische Bedeutung zu. In der Vergangenheit wurde häufig versucht, diese treffende Wortschöpfung mit dem Argument zu diskreditieren, Migranten seien keineswegs rational handelnde Akteure, die den Bestimmungsort Deutschland aus persönlichem Kalkül ansteuern, um sich einen Platz an der Sonne zu sichern. Sie seien panisch Flüchtende, getrieben von der Angst vor Tod und Verfolgung, die in Deutschland den ersten sicheren Hafen auf ihrer Route erkennen. Folgte man dieser linksliberalen Muster-Argumentation, wäre »Tourismus« tatsächlich keine treffende Bezeichnung.

Reisen Migranten jedoch zurück an ihren Ursprungsort, nicht unter klandestinen Bedingungen, sondern durchaus offiziell, organisiert von gewerblichen Reisebüros und mittelbar finanziert vom deutschen Steuerzahler, so fällt es schwer, diese Praxis anders zu beschreiben als eben in Gestalt des »Asyltourismus«. Die Gutgläubigkeit und Freigiebigkeit des bundesdeutschen Staates öffnet dem massenhaften Mißbrauch von Asyl und subsidiärem Schutz Tür und Tor. Schlupflöcher wird es immer geben. Auch die Schweiz und Norwegen werden solche Reisen auf Staatskosten nicht verhindern können. Vor allem wenn Migranten über Drittstaaten ausreisen und es dabei verstehen, Ausweispapiere aus der Heimat und die neu erhaltenen Dokumente virtuos einzusetzen, läßt sich ihr Weg kaum nachvollziehen. Gleichwohl bilden derartige Restriktionen einen wichtigen Schritt hin zu einem kritischen Umgang mit jenen Migranten, denen es heute noch leicht gemacht wird, unser Asylsystem zu unterlaufen. Mit allen monetären wie gesellschaftlichen Folgen. ■

Kluge Linke, Tiefer Staat

von Benedikt Kaiser

Die bundesdeutsche Linke hat, theoretisch wie praktisch, ihre Selbstverbiegung abgeschlossen. Hedonistische Lebensentwürfe und überstiegener Minderheitenfetischismus, urban-kosmopolitische Impertinenz und Verachtung der »Provinz«, intellektuelle Konformität und fehlendes Reflexionsvermögen, Akzeptanz des falschen großen Ganzen und manischer Kampf gegen dissidente Ablenkziele – der linksliberal-postmoderne *Turn*, der in den 1990er Jahren in der linken Sphäre eingeleitet wurde, erlebt derzeit seine Vollendung. Das mündet in einem anhaltenden Wahldebakel der Linkspartei im Realpolitischen und in einer ebenso bemerkenswerten geistigen Stagnation bis Regression linker Theorie- und Denkarbeit im Metapolitischen. Und doch muß dieses – verdientermaßen: scharfe – Verdikt eingeschränkt werden. Um die Internetprojekte nachdenkseiten.de und rubikon.news, die Magazine *Hintergrund* und *Lunapark 21* und schließlich die Verlage Promedia (Wien) und Westend (Frankfurt am Main) hat sich eine kleine, aber resistente Szene souveränistiskommunitaristischer Linker entwickelt. Es sind gewissermaßen realistische Linke, die nicht vergessen haben, daß die nahenden Spannungen im Ökonomischen und Sozialen einschneidende Analysen und Kehren erfordern, daß die Kritik der herrschenden Verhältnisse im Inneren über den infantilen und geistfeindlichen »Kampf gegen Rechts« weit hinausreicht, ja daß es, im Außenpolitischen angelangt, einstweilen einen »letzten Hegemon« (Alain de Benoist) gibt, der in Gestalt der USA eng verwoben mit der liberalen Globalisierung samt Universalisierung westlicher Lebensbilder ist.

Bei den genannten Verlagen Promedia und Westend erschienen nun drei Titel, die diese Einschätzung untermauern. Zunächst legen die beiden Herausgeber Ulrich Mies und Jens Wernicke (vgl. *Sezession* 81) mit *Fassadendemokratie und Tiefer Staat: Auf dem Weg in ein autoritäres Zeitalter* (Wien 2017, 272 S., 19,90 €) einen Sammelband vor, der mehr als ein Dutzend realistischer Linker versammelt. Ihr Anliegen ist die Demaskierung des »tiefen« oder »dunklen Staats«. Dieses Sujet, das gemäß Kritikern oftmals eine Nähe zum Verschwörungsgedanken mit sich bringt, ist so diffizil wie bedeutend,

denn daß man es heute mit einer Art »Schattenregierung« zu tun hat, welche »die eigentliche Macht darstellt«, wie die Herausgeber einleitend monieren, wird links wie rechts oftmals kolportiert, ohne daß entsprechende Begründungszusammenhänge geliefert würden. Oft raunt es mehr über ebenjenen »Tiefen Staat«, als daß die Prozesse, die zu ihm führen oder von ihm ausgehen, rational dargelegt würden. Der prominenteste Autor des Bandes, Rainer Mausfeld (vgl. *Sezession* 88), problematisiert denn auch den Leitterminus »Tiefer Staat«: Metaphorisch müsse dieser aber trotz einiger Einwände verwendet werden, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit darauf zu lenken, daß – und hier erinnert Mausfeld an den 2003 verstorbenen Johannes Agnoli – »die Zentren der politischen Macht nicht bei den Parlamenten und Regierungen liegen, sondern bei Akteuren, die weitgehend der öffentlichen Sichtbarkeit entzogen sind«. Im weiteren sei der »Tiefe Staat« eine »Erscheinungsweise politischer Macht« im »zunehmend totalitären Spätkapitalismus«. Die Autoren wenden sich, diese Vorgabe des Psychologen Mausfeld als Leitmotiv, unisono gegen das, was sie als »Fassadendemokratie« bezeichnen. Während der breiten Masse durch Demokratiesimulation der Schein der Volksherrschaft vermittelt werde, sähen sich die wirklich richtungsweisenden Entscheidungen in den »Tiefenstrukturen« getroffen, die dem Einfluß des eigentlichen Souveräns gänzlich entzogen seien.

Der Soziologe Bernd Hamm liefert für den Band eine weitere Richtungsvorgabe: Es gebe ein idealtypisches Modell neuer Machtstrukturen, wonach vier Kreise die reale Herrschaft anstelle des Volkes ausüben: Der innerste Kreis sei die »globale Geldelite« in Form von Akteuren mit einem Vermögen von über einer Milliarde Euro. Den zweiten Kreis bilden Köpfe transnationaler Konzerne und Finanzplayer. Der dritte Kreis wird durch Politiker und Militärs von internationalem Format zusammengesetzt. Der vierte Kreis, der für den Normalbürger via Medienkonsum am Sichtbarsten ist, wird durch Journalisten, Wissenschaftler, Schriftsteller, Stars aus Film und Musik, NGO-Ikonen und Kirchenvertreter verkörpert; sie genießen situativ Zugang zu den ersten drei Kreisen und si-



chern deren Herrschaft durch die massenwirksame Reproduktion herrschaftsstabilisierender Ideologeme.

Wer sich für die neue globale Spaltung in »Anywheres vs. Somewheres« im speziellen und für Globalisierungs- und Herrschaftskritik im allgemeinen interessiert, wird an diesen Ausführungen fortan nicht vorbeikommen, wengleich in einigen Beiträgen auch markante Schwächen manifest werden. Stellvertretend sei der Aufsatz Wolf Wetzels genannt, dessen Betrachtungen des NSU-Komplexes als Erscheinungsform des »Tiefen Staates« zwar für einen linken Autoren wagemutig sind, aber am Ende im festgezurrten Denkschema des Antifaschismus verharren. Wetzels räumt ein, daß die kolportierte Story über drei Nazi-Terroristen samt exorbitant großem und doch unerkanntem Unterstützerumfeld nicht ansatzweise ohne die Lenkung bzw. Steuerung durch Geheimdienste denkbar sei. Aber auch er wagt es nicht, das bereits poröse »Narrativ« des Establishments grundlegend zurückzuweisen.

Diese aufklärerische Arbeit wird auch im Folgeband, *Der Tiefe Staat schlägt zu* (Wien 2019, 280 S., 19,90 €), nicht geleistet. Aber der Untertitel verrät auch, warum dies ohnehin nicht die selbstgestellte Aufgabe des Buches ist: *Wie die westliche Welt Krisen erzeugt und Kriege vorbereitet*. Der Herausgeber Ulrich Mies erläutert, daß es nun darum gehe, den »Dunkelraum der Herrschenden« zu beleuchten und insbesondere deren Kriege in einen ideologie- und imperialismuskritischen Kontext zu stellen. Auch an diesem Sammelband wirken über ein Dutzend überwiegend interessanter Autoren wie Aktham Suliman, Hannes Hofbauer oder Nicolas Davies mit. Die Stärken der Aufsätze sind bei kapitalismus- und imperialismuskritischen Autoren evident: Es ist die kundige Analyse der Zusammenhänge von Krisen und Kriegen, globalen Herausforderungen und hegemonialen Projekten. Die Schwächen resultieren aber aus den Stärken, und dies bleibt das Dilemma der Autoren. Denn die an vielen Stellen »altlinks« anmutende Haltung der Autoren macht sie blind für zahllose neue Fragestellungen, die nicht anhand gestriger Dichotomien deutbar sind. Hannes Hofbauer (vgl. *Sezession* 90), ein fraglos lesenswerter Autor, kann bei seiner EU-Kritik etwa nicht darauf verzichten, die Mär vom ewigen deutschen Imperialismus weiterzuspinnen; im Auftreten bundesdeutscher Politik sieht er die »Vorstellungen

eines deutschen Großraumes« weiterleben. Derartige Legenden schmälern den Erkenntnisgewinn und lenken ab von den im Aufsatz enthaltenen Wahrheiten: daß nämlich die EU-Struktur keine europäische Völkervereinigung mit sich bringt, sondern die Herrschaft »großräumig agierender Kapitalgruppen, denen Grenzen generell – ob räumlich oder sozial – hinderlich sind«, zementieren soll.

Daß auch kluge Linke am Ende Linke bleiben, unterstreicht auch Rainer Mausfeld. Seine jüngste Aufsatzsammlung *Angst und Macht* (Frankfurt a.M. 2019, 123 S., 14 €) ist eminent wichtig, weil er das oftmals als Phantom wahrgenommene System des herrschenden »Neoliberalismus« seziert und auch (kritischen) Einsteigern in die Thematik den Zugang durch Definitionen erleichtert. Es gehe der neoliberalen Ideologie der totalen Umgestaltung menschlicher Zusammenhänge um die Erlangung absoluter Marktförmigkeit des gesellschaftlichen Daseins. Nationalstaaten sollen – »unter ideologischen Schlagwörtern wie Globalisierung, Flexibilisierung und Deregulierung« – so umgebaut werden, daß »dadurch geeignete institutionelle Rahmenbedingungen für einen globalen Konzern- und Finanzkapitalismus geschaffen werden und zugleich der globale Kapitalismus gegen jede Form demokratischer Bedrohungen geschützt wird«. Obschon diese Ausführung zutreffend wie anschaulich vorgebracht wird, bleibt der blinde Fleck – wie so energierend oft – ausgerechnet der demokratische Souverän: das Volk. Mausfeld legt selbst dar, daß der realexistierende Neoliberalismus Traditionen abräumt und gemeinschaftsstiftende Einheiten überwinden will. Aber er will nicht begreifen, wie nah er selbst an diesem Punkt mit neoliberaler Ideologie konform geht, wenn er volkliche und kulturelle Identitäten zu Fiktionen erklärt. Er unterstreicht damit, daß die Promedia-Westend-Linke zwar eine kluge Linke ist, mit der man argumentativ ringen und sich, so antifaschistische Tugendwächter dies nicht verhindern, auf ein temporäres politisches Minimum verständigen könnte. Aber am Ende können auch sie sich von einigen linken Lebenslügen nicht lösen – entweder aus Überzeugung oder aus Angst vor Isolation im eigenen Milieu. Beides spräche indes dafür, daß Erkenntnisgewinn links der Mitte zwar möglich ist, daß praktische Schlußfolgerungen aber nur (neu)rechts wirksam werden könnten. ■

Belletristik

Wolfgang Bittner: *Die Heimat, der Krieg und der Goldene Westen. Ein deutsches Lebensbild*, Hörer-Grenzhäuser: zeitgeist Print & Online 2019, 352 S., 21,90 €

Journalistisch war Wolfgang Bittner für die Leitblätter (*Die Zeit*, *NZZ* u. a.) tätig; als Schriftsteller hat er dutzende Bücher verfasst und herausgegeben. Der promovierte Jurist, Jahrgang 1941, hat zwar in nahezu allen Genres veröffentlicht (Lyrik, Prosa, Theaterstücke, Kinder- und Jugendbücher), dennoch ist sein Name nicht allzu bekannt. Sein aktueller Roman *Die Heimat, der Krieg und der Goldene Westen* ist ein Goldstück. Bittner selbst dürfte dabei »der Junge« sein, aus dessen Warte die Geschehnisse geschildert werden.

Sommer 1942. Aus dem Radio hört die Familie Marschmusik. Der Junge ist noch sehr klein. Die Großmutter sagt: »Gnade uns Gott, wenn wir den Krieg verlieren sollten.« Großvater nimmt das Kind auf den Arm. Er ist Wirt, der Junge darf den Schaum vom Bier trinken. Vom süßen, dunklen Malzbier natürlich! Dann geht der Krieg verloren. In den Gleiwitzer Straßen stauen sich Militärfahrzeuge. »Die Männer sehen abgerissen und erschöpft aus, viele sind verwundet. Gerade waren sie noch Richtung Osten gefahren, jetzt geht es nach Westen.« Im Januar 1945 fällt Gleiwitz. Der Terror kommt. Die Russen nehmen sich Haus für Haus vor. Es wird geplündert und vergewaltigt. »Wer sich nicht ergibt und ruhig verhält, wird erschossen oder totgeschlagen.« Die wenigen Männer im Dorf, der Großvater gehört dazu, können nichts tun. Sie müssen sich im Wald verstecken, werden meist gefunden, getötet oder wenigstens verschleppt. Auch der Großvater wird verhaftet. Wieviel gebetet wird in dieser Zeit! Die neuen Herren rauben auch das Bildnis der inbrünstig angebeteten Hl. Barbara. Gottlob übersehen sie, daß auf der Rückseite des Rahmens ein Hitlerportrait eingespannt war ... Chaos und Siegerwillkür herrschen auch dann noch in Oberschlesien, als die Polen die Verwaltung übernommen haben. Die Großmutter möchte ihre Mieten kassieren. Sie ist darauf angewiesen – zumal sie nun obskure Steuern für Hausbesitz an die polnische Verwaltung zahlen muß. Sie wird ausgelacht. Natürlich zahlen die polnischen Neubewohner keine Miete! Und Franz Sakowski schmeißt sie raus mit den Worten: an Kapitalisten zahle er nichts! Der seit je kommunistische Dorfnachbar ge-

hört »einem antifaschistischen Ordnungsdienst an und arbeitet inzwischen für die Polen.« Um über die Runden zu kommen, putzt und wäscht die Großmutter nun bei den neu zugezogenen polnischen Familien. Die lassen alles verkommen, sie wissen weder mit Mähdrescher noch Kartoffelroder umzugehen. Polnische Räuberbanden »halten sich schadlos«. Geraubte Möbel werden gen Osten verfrachtet, »hunderte Güterwagen voll«. Alles Metallene, ob Regenrinnen oder Leitungsrohre, wird abmontiert und verschertelt.

In diesem großartigen Buch wird dergleichen nicht beklagt oder gebrandmarkt, sondern in aller Schlichtheit beschrieben – mit den Augen eines Knaben, der im Oktober 1945 mit seiner Mutter die Vertreibung aus Gleiwitz erlebt. Der Ausreisebefehl kommt über Nacht: »20 kg Reisegepäck darf jeder Deutsche mit sich führen. Nichtausführung des Befehls wird mit schärfsten Strafen verfolgt, einschließlich Waffengewalt.« Ob der Vater noch lebt (geschildert wird durchweg im Präsens, davon geht ein authentischer Zauber aus!), ist unklar. Zuletzt war er auf Kurzbe-



nach Belgien verlegt wurde. Zunächst geht es in die Uckermark. Flüchtlinge sind hier nicht willkommen – offenkundig ist dies ein Menschheitsgesetz. Die Landsleute aus dem Osten gelten als »Polackenpack«. Heimlich holt die Mutter Kartoffelschalen und Essensreste vom Misthaufen des Bauern, bei dem sie einquartiert sind. Tante Franziska rät dringend vom Betteln an der Tür ab: »Sie haben kein Mitleid mit uns. Du wirst nur gedemütigt.« Dann gibt es Nachricht vom Vater! Er lebt, verletzt zwar – in Ostfriesland. Dort wird die Familie nun ansässig. Nicht, daß es leichter würde, aber es geht aufwärts. Der Junge ist wohlbehütet, bis die Eltern eine Firma gründen und ihn sich selbst überlassen. Aber auch da: »Und wenn Du denkst, es geht nicht mehr, kommt irgendwo ein Licht daher.« Mittlerweile weiß der Junge, wie der Hase läuft. Die Fettaggen schwimmen immer oben. Man will kein Fettagge sein! »Banausen und Spießbürger, wohin man blickt!«, hatte sein in der Nazizeit ambivalenter Großvater mal ausgerufen. Der Junge läuft mit federnden Schritten in den Wald hinein. »Er gehört sich, ist frei und unabhängig. Um ihn her der herrlich duftende, blühende Wald. Und alles, alles ist gut.«

Dies ist ein Hausbuch für die ganze Familie. So war es, damals in Oberschlesien. In diesem wunderbaren Roman wird es lebendig!

ELLEN KOSITZA ■

Vielleicht sind wir größer und prachtvoller geworden?

Lawrence Osborne: *Welch schöne Tiere wir sind*. Roman, aus dem Englischen übersetzt von Stephan Kleiner, München: Piper 2019. 336 S., 22 €

Den zuvor einzigen Osborne-Roman, der ins Deutsche übertragen wurde, hatte ich in *Sezession* 79 (2017) vorgestellt – und hochgelobt. *Denen man vergibt* (Original: *The Forgiven*, 2012) war eine fulminant erzählte Geschichte. Es ging darin um ein hedonistisches, kinderloses britisches Ehepaar, das in der marokkanischen Wüste einen arabischen Fossilienhändler totfährt. Sie sind auf dem Weg zu einer coolen Wüstenparty und ahnen nicht, was sie sich aufladen, als sie den Berberleichnam in ihren Kofferraum bugsieren. Mit der Mentalität der Autochthonen jedenfalls haben sie nicht gerechnet! Das war ein *Clash of Civilizations!*

Nun ist von einem größeren Verlag *Beautiful Animals* (2017) übersetzt worden. Es geht um Naomi, Sam und Faoud. Spielort ist die griechische Insel Hydra. Naomi, vierundzwanzig, ist die Tochter eines bejahrten kommunistischen Kunstsammlers, Jeffrey Codrington. Naomis Mutter ist verstorben. Jeffrey hat vor langer Zeit das ehemalige Ferienhaus von Leonard Cohen gekauft. Er lebt mit der jungen Griechin Phaine, spaßeshalber genannt »Funny«, zusammen. Eine mißgünstige Stiefmutter!

Am Anfang steht ein Dialog. Jeffrey findet, der Ausblick von der Terrasse habe »im Laufe der Jahre verloren.« Alles schein »kleiner und schäbiger geworden zu sein.« Phaine gibt, sich räkelnd, zu bedenken: »Vielleicht sind wir ja auch größer und prachtvoller geworden.« Sommer für Sommer hat Naomi auf Hydra verbracht. Sie ist unantastbar und geht ihre eigenen Wege. Sie kifft und trinkt, es gefällt ihr so. Wenn sie das Angebot bekäme, irgendeinen Moment ihres bisherigen Lebens noch einmal erleben zu können – sie würde es aus schlagen. Denn Naomi ist sehr »von heute«, durch nichts herausgefordert, eigentlich leer. Dann aber lernt sie die ähnlich verwöhnte, ein paar Jahre jüngere Samantha – »Sam«, Journalistentochter – aus New York kennen, sanft und zierlich, mit »Haaren wie gesponnenes Gold.«. Sam hatte bislang nie eine Freundin »mit Ecken und Kanten«, sondern allenfalls Leute, die aus irgendeiner »Menschenfabrik« stammen könnten. Da haben sich zwei gefunden! Die Mädels kiffen, trinken und wandern nun gemeinsam. Alles ist lässig, sehr cool. Sie bewegen sich auf ihren Stromerfahrten wie schöne Tiere, »schön wie Panther«, auf überwachsenen Wegen und Felsplateaus. Und dann liegt da einer. Er blutet aus einem Schnitt in der Hand, einem im Fuß. Wie Jesus. Ein Syrer, ein Flüchtling! Faoud ist jung, hat lange Haare und einen wuchernden

Bart. Daß er aus »gutem Hause« kommt, stellt sich später heraus. Daß er »etwas Glattes« an sich hat, registriert nur Sam, gewissermaßen die Beta-Frau im hübschen Mädchenteam. Naomi mietet eine Bauernhütte für Faoud. Es ist dies kein Gutmenschentum, sondern ein »spielerischer Zynismus«, mit dem sie Faoud zu einem »moralischen Anliegen« verbrämt. Naomi hat nämlich eine Idee: Sie plant, Faoud für ein »Bagatellverbrechen ohne Opfer« anzuheuern. Er könnte das Haus der schwerreichen Codringtons ausrauben. Bei Nacht, wenn alle schliefen! Das Hausmädchen sei eingeweiht und würde öffnen. Null Risiko! Naomi hätte die Genugtuung – endlich erlebt das dekadente Ehepaar mal etwas! –, Faoud könnte sich mit dem Diebesgut davonmachen. Es gäbe einen ausgeklügelten Zeitplan, und Faoud wäre über alle sogenannten Grenzen hinweg. Und der Vater? Er liebt doch Naomi, warum will sie ihm das antun? »Mein Vater hat alles gestohlen, was ihm gehört. Du würdest einen Dieb bestehlen, und alles ist versichert. Er bekommt am Ende ein brandneues Auto, und es würde ihm überhaupt nichts ausmachen.« In der Tat sind Jeffrey und Phaine dekadente Nichtsnutze. Sie sammeln monströse, teure Kunst, pflegen ihren Kommunistenhabitus, malträtieren aber ihr Dienstmädchen und haben strikte Ansichten zur Flüchtlingspolitik: Den herangeschwemmten Halunken gehe es gar nicht ums Überleben. »Man muß nicht nach Schweden, um zu überleben. Überleben können sie auch in der Türkei. (...) Ist doch interessant, daß ihre muslimischen Freunde sie wie Kakerlaken behandeln.« Während Christen »wie Frau Merkel« dieser »bewußten Inszenierung« melodramatisch auf den Leim gingen! Jeffrey weiß, wie man seine Schäfchen im Trockenen hält. Naomis Ausraubplan nun: Hübsch ausgedacht, aber –! Wir Leser erfahren nicht genau, warum

zwei Leichen am Tatort zurückbleiben, während Faoud nun zum Gehetzten wird. Klar ist nur, daß das subalterne Hausmädchen aus armen Verhältnissen – von Naomi als Kombattantin eingeschätzt; so ist die beschränkte Weltsicht von Erste-Welt-Bewohnerinnen eben – zur Erpresserin wird. Eine großartige Geschichte!

Bereits beim vorigen Buch hatte ich eine womöglich mangelhafte Übersetzung beklagt. Die Worte sind auch hier der (einzige) Wermutstropfen. Die beiden Bücher haben unter-

schiedliche Übersetzer. Im aktuellen Buch gibt es wieder eine Menge seltsamer Wendungen: »Ihre Strohhüte erzitterten mit der besonnenen Behändigkeit von Käfern.« Oder: »Zwei Bäume schwebten auf der Kuppe des Berghangs und loderten in ihrem eigenen grauen Licht.« Ohne Kenntnis des Originals kann man nicht wissen, ob dem Autor die Wortphantasie durchgegangen ist – oder dem Übersetzer. Wenn allerdings etwas »zwischen den Laken« gesprochen wird, ahnt man, wer hier schwächelte ...

ELLEN KOSITZA ■



Allerseelenschlacht

Steffen Kopetzky: *Propaganda. Roman*,
Berlin: Rowohlt 2019, 496 S., 25 €

Propaganda ist Werbung für politische Zwecke: Masse muß in Marsch gesetzt, Krieg muß legitimiert, die Gefallenen, Verwundeten, Vermissten müssen als notwendiges Opfer verkauft werden. Propaganda ist: die Realität zurecht-schreiben. Die andere Seite nicht zu hören oder nur so, daß es die Botschaft, die man an den Mann bringen will, nicht stört. Wann ist dieses Zurechtgeschriebene glaubwürdig? Wenn die Lobrede sich wie weiße Kreidezeichen auf einer schwarzen Tafel abheben; wenn Gut und Böse klar voneinander geschieden sind und wenn jeder Zweifel an dieser Scheidung ohne Graustufen beiseite geschoben werden kann; wenn also diejenigen, die das glauben sollen, genau dies glauben wollen; wenn also die Lückenpresse nicht mehr als solche erkannt wird.

Mithilfe Steffen Kopetzky's Roman *Propaganda* schauen wir uns vier Stränge genauer an: Da ist die Identitätskrise des deutschstämmigen US-Amerikaners John Glueck, der ausgerechnet als Angehöriger einer Propagandaeinheit in das mythisch verehrte Land seiner Vorfahren gelangt, und zwar in den Hürtgenwald, jenen Forst südlich von Aachen, in dem die Wehrmacht im Winter 1944/45 vier US-Divisionen aufrieb. Glueck hat das fiktionale Schreiben in Kursen erlernt, formuliert nicht ohne Talent, scheint ähnlich begabt zu sein wie seine Kommilitonen Salinger und Bukowski, von denen er später natürlich ab und an »hört«. Als Propagandasoldat soll Glueck jedenfalls eine Reportage über Ernest Hemingway schreiben. Der ist mit einer Desperadotruppe in Frankreich unterwegs, sucht nach dem Stoff für ein »Krieg und Frieden« des 20. Jahrhunderts, leidet jedoch an Schreibhemmung: laut, selbst schon mythisch, unsympathisch amerikanisch, Propagandist ohne Skrupel. Glueck ist anders.

Der zweite Strang: Diese Schlacht also, in der sich die Feinde ineinander verkrallten, die Allerseelenschlacht (was für ein Name!) im Hürtgenwald. Kriegserfahrene deutsche Verbände trafen auf alliierte Neulinge, die noch nie in einem Wald gekämpft und noch nie zuvor einen Winter erlebt hatten: ein Gemetzel. Eine der eindrucklichsten Szenen ist diejenige, die dem deutschen Stabsarzt Günter Stüttgen ein literarisches Denkmal setzt. Er war es, der an einem der Brennpunkte der Schlacht mehrere Male Waffenstillstand aushandeln und Verwundete beider Seiten bergen und versorgen konnte. Stüttgen hat hunderten Soldaten das Leben gerettet. Aber John Glueck darf darüber nicht schreiben, oder genauer: Glueck schreibt wohl über Stüttgen und über das taktisch-operative Desaster der US-Führung vor Ort. Aber sein Bericht wird nicht veröffentlicht. »Sie lassen uns echt schlecht

aussehen, John, das geht doch nicht«, sagt sein Vorgesetzter. »Und es ist jetzt einfach nicht die Zeit für deutsche Helden, glauben Sie mir.«

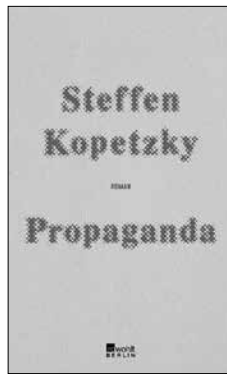
Dabei geht es ständig um deutsche Helden, oder besser gesagt: um den phänomenalen militärischen Geist, den die preußische Tradition herausgeschält hatte. Bevor Kopetzky die Schlacht anheben läßt, führt er uns in den Lageraum der deutschen Generalität um Feldmarschall Model, in der durch Telefon- und Funknetzungen »ein Stück aus der technologischen Zukunft« aufgeführt wurde: ein Lagebild in Echtzeit, das ein Führen in Echtzeit ermöglichte – heute eine Selbstverständlichkeit, damals futuristisch. Über die Wehrmacht fallen Sätze wie: »Ganz zweifellos gab es niemals zuvor und danach eine Armee, die einen solchen Traditions- und Theorieschatz mit einer so spektakulären jüngeren Praxis verbinden konnte«, und ihr Untergang wird als Tragödie bedauert. »Aber wir waren da, um diesen Geist einzufangen, wie wir es mit dem Geist mancher Indianerstämme getan hatten«, notiert Glueck.

Der dritte Strang: der Vietnamkrieg. Haben die Amis den Geist der Wehrmacht tatsächlich eingefangen? Oder war es nicht vielmehr der Ungeist Falkenhayns, der die Reichswehr vor Verdun verbluten ließ, weil gleichzeitig der Gegner ausbluten würde?

Der Body-Count, die perverse Materialschlacht? War es nicht der Ungeist des Rassenwahns? Die Entlaubung, Vergiftung, das Ausmorden ganzer Landstriche – eine technokratische Abschätzigkeit, die jede militärische Kunst erstickte? John Glueck jedenfalls kommt todkrank aus Vietnam zurück, vergiftet, seine Haut schält sich, und er wird – das ist der vierte Strang, der Rahmen – die sogenannten Pentagon-Papers an die Presse weiterreichen, nicht ohne sich zuvor durch eine kalkulierte Verhaftung wegen Alkohols am Steuer hinter Gefängnismauern in Sicherheit zu bringen. Auch hier: ein realer Hintergrund. Die geheimen Pentagon-Papers wurden 1971 in der *New York Times* veröffentlicht und legten die umfassende Desinformation der Bevölkerung über den Vietnamkrieg offen.

Was für ein Buch ist *Propaganda*? Zunächst: ein Männerbuch, ein genial ineinander gewobenes Geflecht aus historischem Schauplatz, militärischer Tragödie, einsamem Wolf, Kriegsspiel, Leid, Risiko. Dann: eine Ehrenrettung, eine Beschreibung der Wirkmacht propagandistischer Verdrehung, ein Blick hinter die Kulissen, eine Entzauberung, ein Geraderücken. Vor allem aber – ein Schock. Oder haben die Leser unserer Tage eine so dicke, eine so »eindeutige« Haut, daß ihnen ihr Fell nach der Lektüre nicht zu jucken beginnt? Jeder will doch mehr erfahren über die Verteilung von Schwarz und Weiß, Lüge und Wahrheit, Gut und Böse in jenem Jahrhundert, das uns alle Bilder und Mythen geliefert hat.

GÖTZ KUBITSCHKE ■



Ich bin okay, du auch?

Ariadne von Schirach: *Die psychotische Gesellschaft*, Stuttgart: Klett Cotta 2019, 260 S., 20 €

Mir wurde diese Neuerscheinung empfohlen, weil darin die Identitären verteidigt würden. Endlich mal anerkannt von einer linksliberalen Autorin. Ariadne von Schirach (ja, sie ist die Enkelin von Baldur, aber das spielt keine Rolle) ist Philosophin und Psychologin. Diese Kombination ist verbreitet unter all jenen postmodernen Denkern, die sich dem Thema »Lebenskunst« widmen. Die Kombination allerdings macht das vorliegende Buch für jemanden wie mich, die ich sowohl Philosophin von Beruf bin als auch zu einer der in *Die psychotische Gesellschaft* auf die Couch gelegten Menschengruppen gehöre, in doppelter Hinsicht unerträglich.

Sie beginnt mit der hypothetischen Kollektivdiagnose: Was wäre, wenn unsere Gesellschaft nicht nur manch klinischen Einzelfall hervorbrächte, sondern selbst als Gesellschaft psychotische Züge trüge? So kann man berechtigtermaßen fragen – auch der Psychiater Hans-Joachim Maaz erwägt, ob wir es in Deutschland mit kollektiver »Normopathie«, einer Überanpassungsstörung, zu tun hätten. Kollektivdiagnosenstellen ist Modelldenken. Das stellt Schirach deutlich heraus, soweit bleibt die These des Buches aufrichtig. Der typischste Zug des Psychotikers ist nun, den Kontakt zur Realität zu verlieren und in einer imaginativen Welt, meist voll des Horrors, zu leben. Angst und Ohnmacht greifen um sich, ohne daß der Betroffene einen Weg sieht, etwas daran ändern zu können. Die Autorin schaut sich um: vom Klima über »Geflüchtete« bis Trump – überall Bedrohlichkeiten. Kernkompetenz der Psychologin mit Schwerpunkt »Philosophie der Lebenskunst« ist es, uns als Gesellschaft diese Angst zu nehmen, diese Ohnmacht in Bewältigungsstrategien zu überführen, um »unsere Würde, unsere Träume und unsere Verantwortung für unser eigenes und unser gemeinsames Leben« wieder zu ermöglichen.

Philosophie der Lebenskunst kippt schnell um in Selbsthilfe durch Zitatenschatz. Die Autorin klappert die Philosophiegeschichte entsprechend ab nach therapeutisch dosierbaren Funden – ein Löffelchen Kierkegaard bei Angststörungen hat schon manchem geholfen!

Als literarisch dichte Beschreibung sind die drei »Figuren des Übergangs« (wohin eigentlich?) der Gesellschaft – Marx hätte gesagt: ihre »Charaktermasken« – einprägsam und einfühlsam dargestellt.

Der Typus des »Kurators« ist eine Ausgeburt der digitalen Bohème, jemand, der sich am Display entwirft, optimiert, ein Zweitselbst im Netz pflegt, kurz: von sich selbst eine imaginäre Dauerausstellung kuratiert. Der »Spirituelle« zieht sich ins Innerliche, Achtsame, Empathi-

sche zurück, seine Sprache ist hochsensibel, sein verletzliches Selbst so stark ausgeprägt wie sein therapeutisches Sendungsbewußtsein. Bleibt schließlich der »Fanatiker«, der Dritte im Bunde der postmodernen psychotischen Charakterpuppen. »Eigenes statt Fremdes, Tradition statt Fortschritt, Grenzen statt Globalisierung« – dieses Konglomerat aus angstbesetzten Vorstellungen gibt ihm eine scheinhafte Identität.

Was macht man als Identitärer, wenn die eigenen Überzeugungen von einem Therapeuten locker wegpathologisiert werden? Wenn man blitzschnell merkt, daß man natürlich dem Typus des »Fanatikers« zugeordnet wird, und die Realität, die man wahrnimmt, als psychotische Scheinwahrnehmung hingestellt wird? Man muß genauso blitzschnell zusehen, daß man wegkommt. Sonst wird man gegaslichtert!

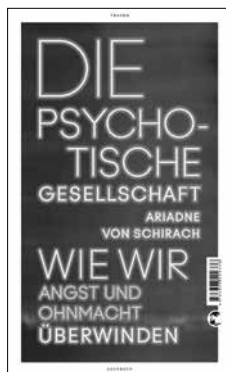
An diesem Punkt setzt meine philosophische Kritik an *Die psychotische Gesellschaft* ein, mit der ich das Unbehagen an der Diagnose begründen will. Schirach überlegt, wie sie mit den Kranken umgehen kann. Sie kann jeder Störung etwas Sinnhaftes abgewinnen. Im »Fanatiker« stecke doch der »hypothetische Widerstandskämpfer« gegen die Unbewohnbarkeit der ökonomisierten Welt. Der »fanatische« loser-Typ Andreas, dessen fiktionale Lebensgeschichte erzählt wird, hat in seiner politischen Internetblase endlich »nach Hause gefunden«, denn daß er »ganz in Ordnung ist, das hat er doch immer gewußt«. Das wollten wir schon immer hören, wir armen Identitären: ich bin okay, du bist okay. Das Buch schließt mit den Sätzen: »Jeder muss die Geschichte finden, die ihm oder ihr am besten gefällt. Wichtiger, als sie zu finden, ist nur, sie miteinander zu teilen. Und

sich an den Geschichten der Anderen zu freuen. Beginnen wir von Neuem«.

Schirachs Fehler ist es, alles auf der Bewußtseinsebene zu verhandeln. Auf der Ebene der vielen Bewußtseine der vielen Menschen ist alles relativ. Es gibt keine »reale Realität« (Niklas Luhmann), sondern nur Imaginationen, die einem mehr oder minder gefallen, und die man völlig losgelöst kennenlernen und ausprobieren kann. Manchmal hängt man eben an einer zu sehr fest, kann nicht gut loslassen und muß das lernen. In diesem Denkbild gibt es keinen Unterschied zwischen Wahrheit und Täuschung. Hier liegt die große Chance für den manipulativen Therapeuten. Er kann dem fanatischen Wahrheitssucher einreden: Nipp doch auch mal an der Lüge, das erweitert dein Bewußtsein!

Meine abschließende Diagnose: Das Buch ist ganz aus der von der Autorin selbst pathologisierten Perspektive des »Spirituellen« heraus geschrieben. Die psychotische Gesellschaft hat offenbar die abscheuliche Eigenschaft, selbst ihre Selbstreflexion, ihre Beobachtung zweiter Ordnung, gefangenzunehmen. Und jetzt: rette sich wer kann, zurück auf den Boden der Tatsachen.

CAROLINE SOMMERFELD ■



Ex oriente lux?

Johann Michael Möller: *Der Osten. Eine politische Himmelsrichtung*, Springe: zu Klampen Verlag 2019. 248 S., 22 €

In seinem Schlüsselessay »Der lange Weg nach Osten« (2018, vgl. dazu auch *Sezession* 90) hat Thorsten Hinz Fragen aufgeworfen, die in den kommenden Jahren entscheidende Wegmarken der politischen Rechten abstecken dürften. Mancherorts wurde der Text wohl als überspitzte Thesenansammlung abgehört, aber das könnte sich nach einigen Jahren weiterer Westernisierung und damit verbundener Multikulturalisierung als Fehler erwiesen haben, und man wird klarer sehen. Hinz hat mit seiner Affirmation einer kultur- und realpolitischen Ost-Orientierung der verbliebenen Willensdeutschen die Hoffnung artikuliert, daß sich zumindest einige Regionen Deutschlands als Teil einer vom Osten ausgehenden »konservativen Revolution« verstünden und sich – via Anbindung an Polen, Ungarn, Tschechien und Co. – ein Stück abendländischer Zivilisation erhielten, während Westeuropas Zukunft unter anderem »Tribalisierung« und »Barbarisierung« verheißen würde. Doch warum so viel Hinz bei einer Besprechung eines Buchs von Johann Michael Möller? Weil der langjährige FAZ- und Welt-Journalist, ehemalige MDR-Hörfunkdirektor und derzeitige Herausgeber der deutsch-russischen Zeitung *Petersburger Dialog* die mentalitätspsychologische und ideenhistorische Grundierung des politischen Hinz-Ansinnens vorgelegt hat. Ob Möller das weltanschaulich prinzipiell goutiert oder nicht, ist einerlei; sein Großessay *Der Osten* steht für sich.

Möllers Buch, wollte man den darin enthaltenen geistesgeschichtlichen Gang nach Osten formal zusammenfassen, ist ein Streifzug durch die »politische Himmelsrichtung des Ostens« – und zwar entlang der virulenter werdenden innerdeutschen mentalen Grenze (ein Schwerpunkt des Buches), hinüber in das inspirierende Visegrad-Europa der »illiberalen Demokratie«, bis vor die Tore Königsbergs, weit südwärts nach Moldawien und alsdann wieder zurück in die deutsche Kulturlandschaft. Diese Geländebegehung ist klug und scharfsinnig; persönliche Erlebnisse aus der beruflichen Laufbahn fließen ebenso ein wie zahlreiche Lektüreeindrücke der letzten Jahre. Letzteres sorgt dafür, daß sich bisweilen der Eindruck aufdrängt, der Autor verstecke sich bei kontroversen Topoi hinter Kollegen, deren Ansichten er (dezent wohlwollend) referiert, ohne sich freilich zu ihnen zu bekennen, was etwa beim aufschlußreichen Part zum ungarischen Publizisten und Fidesz-Denker György Schöpflin augenfällig wird. Akzeptiert man aber die selbst gewählte Prämisse – Möllers Buch als geistesgeschichtliche Basis zum politischen Hinz-Überbau – so

relativiert sich diese Kritik umgehend; immerhin ist Möllers Analyse der ostdeutschen und ostmitteleuropäischen Umbruchserfahrungen samt gegenwärtiger Folgen luzide und für die alternative Rechte anknüpfungsfähig vor allem im Hinblick auf die Wende- und Einheitsjubiläen in diesem und im kommenden Jahr. Deutlich wird überdies: Der »Osten« ist – bei Möller wie bei Hinz – nie ausschließlich geographisch gemeint, sondern wird als Prinzip der Widerständigkeit, als Schild gegen eine allumfassende Übergriffigkeit interpretiert. »Im Osten erwacht die Geschichte«, meinte Pierre Bourdieu in Bezug auf 1989/90. Man wird es hoffentlich auch auf 2019/20 beziehen können.

BENEDIKT KAISER ■

Ach, Augenhöhe

Michael Winterhoff: *Deutschland verdummt. Wie das Bildungssystem die Zukunft unserer Kinder verbaut*, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus 2019. 224 S., 20 €

Michael Winterhoff ist als Kinder- und Jugendpsychiater Praktiker. Die von ihm beschriebenen Probleme sind jedem Lehrer vertraut: Verhaltensstörungen nehmen zu, weil die kindliche Psyche wesentliche Entwicklungsschritte verpaßt und auf Kleinkindniveau verbleibt; dies wiederum führt zu einer beängstigenden Verdummung, zumal Unterricht nicht mehr unterrichtet und es infolge vermeintlich schülergerechter Modernisierung versäumt, notwendige Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln. Aus bildungsideologischen Gründen hat er auf die Führung und Orientierung zu verzichten und sich der politisch verordneten Illusion hinzugeben, Kinder erschlossen sich in offenen Unterrichtsformen »autonomen Lernens« alles Notwendige selbst. Die Prioritäten verschoben sich vom Inhaltlichen auf die Methode, der

Lehrer wurde vom Wissensvermittler zum Lernbegleiter oder Coach geschrumpft, aus lehrerzentriertem sollte schülerzentrierter oder gar materialzentrierter Unterricht werden.

Fatalerweise läuft dieser Prozeß bereits jahrzehntelang. Die Folgen sind bekannt: hohe Abbruchquoten in Schule, Ausbildung und Studium, weil es an Anstrengungsbereitschaft fehlt; enorme Wissenslücken, ausgehend von Unkenntnis im Elementarsprachlichen und einfachen Rechnen; daher beständiges Fördern, Inklusionskampagnen und Nachteilsausgleiche bei Verzicht auf die Entwicklung der Talentierten. Wir haben einen Fachkräfte- und Kompetenzmangel trotz oder wegen inflationierter Benotung und entwerteter Abschlüsse. Wir haben zwar einerseits so viel ausgezeichnete Abiturzeugnissen wie nie, tatsächlich aber sind wenige Absolventen befähigt, ein Studium im MINT-



Bereich zu bestehen. Um nach der OECD-Milchmädchenrechnung, mehr Hochschulabsolventen trügen besser zum Bruttosozialprodukt bei, die Abiturquote zu erhöhen, werden Anforderungen gesenkt und immer mehr Limitierte durch die Prüfungen geschoben. »Keiner soll zurückbleiben!« bedeutet: Abschlüsse werden dekretiert statt erarbeitet. Die Schulen sollen liefern; Einwände erfahrener Praktiker wollen die borierten Ämter nicht hören. Die Lehrer selbst verschleißen sich an den oktroierten »erziehungswissenschaftlichen« Lebenslügen. Schüler, die trotz abgesenkter Anforderungen versagen, werden pathologisiert und erhalten ein »Ticket«, das ihnen »Nachteilsausgleiche« sichert. Bleiben sie nur physisch anwesend, kommen sie durch. Scheitern sie an der Berufsausbildung, beginnen die von den Ämtern ermöglichten Maßnahmekarrieren.

Selbstbestimmt mögen die Kinder in den ihnen als Selbstbedienungsläden eingerichteten »Lernateliers« mit Lerntheke, Laptop, Kuschelecke ja sein, aber eben nicht selbständig, weil es der kindlichen Psyche nicht möglich ist, selbstverantwortlich zu lernen. Mindestens bis zum vierzehnten, fünfzehnten Jahr bedürfen sie eines so starken wie wohlwollenden Gegenübers und eben nicht der »Augenhöhe«, die sie überfordert, weil sie nun mal keine »kleinen Erwachsenen« sind. Dieses stabilisierende Gegenüber kam Kindern im Elternhaus und ebenso in der Schule abhanden. Sie vermissen Orientierung und klare Struktur.

In der Schule beklagen die Lehrer: »Auf pädagogische Interventionen reagieren sie (die Kinder – H.B.) mit frechem, respektlosem Verhalten oder mit Verweigerung. Sie verhalten sich bestimmend und steuernd, verfügen über keine Frustrationstoleranz und meiden Anstrengung. Es fehlt ihnen die Reife, aus Konflikten zu lernen und ihren eigenen Beitrag zur Konfliktsituation zu erkennen – immer sind die anderen oder die Umgebung schuld. Sie kreisen um sich selbst, leben häufig autistoid in sich zurückgezogen und nehmen außerhalb von sich wenig wahr. (...) Sozial sind sie eher rücksichtslos und egozentrisch sowie emotional und zwischenmenschlich arm. Sie leben lustorientiert im Moment und sind weder beziehungs- noch arbeitsfähig. Sie sind nicht unglücklich – etwas anderes kennen sie ja nicht. Aber ihr Leben entbehrt jeder Tiefe.«

Es ist nicht Winterhoffs Thema, aber es wäre interessant darüber nachzudenken, welche Auswirkung eine solche psychische Grundierung auf die so hochgehaltene Demokratieerziehung hat. Wo wird denn zur Urteilskraft befähigt, wenn doch Wissen über dafür die Grundlage ist? Ferner zu bedenken: In dem zunehmend von den lauten und rabiaten destruktiven Narzißten bestimmten Schul- und Unterrichtsmi-

lieus verlieren die Sensiblen, die Nachdenklichen und Stillen. Man darf, ja sollte Vorbehalte gegenüber Bestsellern haben. Dieser Band wurde zu einem solchen, weil die Wahrnehmungen des Autors sich mit jenen der Leser und insbesondere der Lehrerschaft decken. Phänomenal, daß das die Bildungspolitik nicht im geringsten interessiert. Sie bleibt bei ihren selbsterfüllenden Prophezeiungen.

Winterhoffs Fazit: »Ändert sich nicht grundlegend etwas am heutigen Bildungssystem, wird das schleichende Gift der fehlenden psychischen Entwicklung unsere Gesellschaft unrettbar binnen kurzer Zeit aushöhlen.« – Leider aber sollten

die Veränderungen so gravierend erfolgen, daß dies eher revolutionär als evolutionär geschehen muß.

HEINO BOSSELMANN ■



WK II ohne Sozialgeschichte

Heinz Magenheimer: Die deutsche militärische Kriegführung im II. Weltkrieg: Feldzüge – Schlachten – Schlüsselerkenntnisse, Bielefeld: Osning 2019. 320 S., 34 €

»Menschengeschichte ist Kriegsgeschichte«, schreibt Oswald Spengler. Er greift damit auf, was der griechische Philosoph Heraklit mit anderen Worten als »Krieg ist der Vater aller Dinge« beschreibt. Der preußische Militärtheoretiker Carl von Clausewitz nennt den Krieg »eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln«. Obwohl heutzutage der Krieg nur noch als Ultima ratio verstanden wird, toben an vielen Orten der Welt weiterhin bewaffnete Auseinandersetzungen. Was sich allerdings geändert hat, ist die Art der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Krieg. Historiker beschäftigten sich lange Zeit kaum noch mit Operationsgeschichte, zumal man darauf vertraute, durch die wachsende Macht internationaler Organisationen könnten Konflikte nur noch friedlich gelöst werden. Der Wiener Historiker Heinz Magenheimer hat sich nie diesem modischen Trend unterworfen.



In seinen Arbeiten untersucht er Strategie und Taktik, militärische Planungen, ihre Umsetzung in die Praxis, eingesetzte Waffen und Ausrüstung, Rüstung und Nachschub, Geländebedingungen und Bodenbeschaffenheit, den Einfluß des Wetters und besonders die Auswirkungen all dieser Punkte auf den kämpfenden Soldaten. Magenheimer gelingt es auch in seinem neuesten Werk, durch Zusammenführung der oben genannten wesentlichen Komponenten ein realistisches Bild des Kriegsgeschehens zu zeichnen. Außerdem geht er der interessanten Frage nach, bis zu welchem Zeitpunkt

der Zweite Weltkrieg ein Konflikt mit offenem Ausgang war. Dies überhaupt als Möglichkeit zu erörtern, wird von nicht wenigen Kollegen als Provokation aufgefaßt. Daß der Krieg von Deutschland von Anfang an nicht zu gewinnen gewesen wäre, scheint Tenor der Historikerzunft zu sein, widerspräche hingegen jeder historischen Erfahrung, wie der Autor betont. Es gebe genügend Beispiele in der Geschichte, bei denen die schwächere Seite den Sieg davongetragen habe. In sieben Großkapiteln beleuchtet Magenheimer die verschiedenen Phasen des Krieges: die Erringung der deutschen Vorherrschaft auf dem Kontinent durch Siege über Polen und Frankreich bis 1940, die Unfähigkeit, den Krieg mit England politisch oder militärisch zu beenden, das Heraufkommen der USA und der Sowjetunion als neue Gegner, die Kämpfe auf dem Balkan, in Afrika, Italien, Rußland und später Frankreich, die Überdehnung der Fronten, das Rüstungsproblem, der Luft- und Seekrieg, die Optionen der Kriegsgegner in den einzelnen Kriegsphasen, realistische und unrealistische Szenarien der Kriegsbeendigung, das letzte Aufbäumen und die Endkämpfe. Am Ende scheiterte die Wehrmacht an ihrer Dauerüberforderung. Nebenbei dekonstruiert Magenheimer den Mythos vom »Stufenplan zur Weltherrschaft« Hitlers, indem er darlegt, in wie großem Maße die deutsche Kriegsführung eine einzige Abfolge von Improvisationen gewesen ist.

OLAF HASELHORST ■

Sanitätseinheiten in Stalingrad

Reinhold Busch (Hrsg.): *Stalingrad – Die stillen Helden. Das Schicksal der Sanitätseinheiten im Kessel*, Graz: Ares 2019. 432 S., 29,90 €.

Auf deutscher Seite hatten im Zweiten Weltkrieg nach den Pionieren die Sanitätssoldaten prozentual die meisten Verluste zu beklagen. Trotzdem wird über den Einsatz von Ärzten, Sanitätern und Krankenschwestern im Gefecht, auf dem Hauptverbandplatz, in Feld- oder Heimatlazaretten nur wenig berichtet, obwohl es ein Indikator für die Leistungsstärke einer Division ist, was sie für Verwundete, Kranke und Verstümmelte tut. Das Wissen der Soldaten, im Falle einer Verwundung jederzeit und sofort alle nötige medizinische Hilfe zu bekommen, stärkt ihre Moral. Daher verfügten kampfstärke Verbände immer auch über effektive Sanitätseinheiten. Dem Mediziner Reinhold Busch ist es in dem vorliegenden Werk erstmals gelungen, in akribischer Kleinarbeit die Zahl der in Stalingrad ganz oder teilweise eingeschlossenen San-Einheiten festzustellen: Es waren 40 Sanitätskompanien, zehn Divisionslazarette, ein Armee-Feldlazarett sowie ein Armee-Sanitätspark und eine Armee-Krankentransport-Abteilung, was



einer Stärke von rund 6600 Soldaten entspricht. Schätzungen über die Zahl der Ärzte schwanken zwischen 600 und 1200. Der Autor gliedert sein Buch in sieben Teile. Zunächst geht er auf die schlechte Quellenlage ein und schildert die Probleme, auf die er bei seiner Arbeit stieß. Er beschreibt Organisation und Arbeit der Sanitätseinheiten, rekonstruiert die unterschiedlichen Phasen der militärischen Operationen und die Rolle der San-Verbände im Angriff auf die Wolgastadt und in der Verteidigung im Kessel sowie die zunehmenden Probleme bei der Patientenversorgung. Busch wertet die zum Teil erschütternden Berichte eingesetzter Ärzte aus. Sie machen die sich anbahnende Katastrophe deutlich: immer geringer werdende Nahrung, kein

Verbandsmaterial, keine Medikamente, Operationen am laufenden Band unter miserablen hygienischen Bedingungen. Der geringe, über eine Luftbrücke eingeflogene Nachschub an Verpflegung und Munition ging in erster Linie an die noch kampffähigen Einheiten. Der Kessel sollte auf Befehl Hitlers unbedingt gehalten werden, denn der Widerstand der 6. Armee band nach Reinhold Busch immerhin sieben sowjetische Armeen, die an anderer Stelle des hart bedrängten deutschen Südflügels der Ostfront fehlten, weshalb der Wehrmacht im Frühjahr 1943 an Don und Donez trotz aller Schwierigkeiten die Errichtung einer festen Front gelang. Nach der Kapitulation der 6. Armee am 2. Februar 1943 bestanden zwei Drittel der rund 100000 deutschen Gefangenen aus Schwer- und Leichtverwundeten bzw. Kranken, das restliche Drittel war unterernährt. Die Sowjets hatten sich nicht darauf vorbereitet, die Menschen ärztlich zu behandeln und mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Vielmehr trieben sie die Entkräfteten in Gewaltmärschen in Gefangenenlager, wobei rund 85000 von ihnen umkamen. Nur 6000 kehrten in die Heimat zurück.

OLAF HASELHORST ■

Durchwachsene Mischung

Werner Olles: *Grenzgänger des Geistes. Vergessene, verkannte und verfemte Schriftsteller des 20. Jahrhunderts*, Belheim-Schnellbach: Lindenbaum Verlag 2019. 329 S., 19,80 €

Laut eigener Aussage ist Werner Olles »den antiliberalen Idealen« seiner »links-revolutionären Jugend treu geblieben ..., wenngleich auch auf der anderen Seite des politischen Grabens«. Mit dem Untertitel »Vergessene, verkannte und verfemte Schriftsteller des 20. Jahrhunderts« liegt nun aus seiner Feder eine Sammlung von 66 kürzeren Abhandlungen vor, die in der Regel der Präsentation einer, in wenigen Fällen auch zweier Persönlichkeiten gewidmet sind. Nicht in jedem Fall handelt es sich um Schriftsteller.

Eine Reihe der Porträtierten war und ist weder vergessen, verkannt, noch verfemt, und auch im 20. Jahrhundert sind nicht alle zu verorten, etwa Edward Bulwer-Lytton. Die einzige erkennbare Verbindung zwischen *allen* Persönlichkeiten ist die Tatsache, daß Olles (meist in der *Jungen Freiheit*) über sie geschrieben hat. In einer Vorrede ist angemerkt, der Schwerpunkt liege »bei den sogenannten ›linken Leuten von Rechts‹ und den zum Katholizismus konvertierten Autoren«. Zudem betont der Autor wiederholt seine Abneigung gegen die »unseligen Folgen« des Zweiten Vatikanums.

Angeordnet sind die Porträts alphabetisch, ohne jeden weiteren Gruppierungsversuch. Olles sagt, es seien Beiträge »in essayistischer Form, die keinen Anspruch auf wissenschaftliche Korrektheit erheben, denn es geht um die Verteidigung von Idealen, Überzeugungen, Werten und Träumen.« Dies soll die Subjektivität der Auswahl des jeweiligen Stoffes unterstreichen. Warum »Korrektheit« dabei ein Widerspruch sein soll, erschließt sich nur bedingt.

Einem Grundmuster folgen die Artikel nicht. Es finden sich viele »klassische« Lebenswerk-Darstellungen, so über Rolf Dieter Brinkmann, Reinhold Schneider oder Franz Werfel. Weniger geläufige Namen, etwa Nikolai Berdiajew oder Ernst Sommer stehen neben den wohl kaum jemandem unbekanntem Erich Kästner oder Karl May. Das Interesse von Olles am Werk von Léon Bloy und Nicolás Gómez Dávila ist spürbar. Gabriele D'Annunzio wird stark auf sein »Kriegerdasein« beschränkt. Hans Fallada hat natürlich keine Chance, unter die von Olles geschätzten Überzeugungskatholiken eingereiht zu werden. Auf dem Beitrag lastet die Drogen- und Trunksucht, das vermittelte Bild wirkt verzerrt. Fallada hat seinen Schulfreund nicht einfach erschossen, wie hier suggeriert wird, geplant war ein Doppelselbstmord. Da *Jeder stirbt für sich allein* Erwähnung findet, hätte man die Entstehungsumstände und die inhaltlichen Eingriffe der Ost-Berliner Kulturoberen in Falladas letztem Buch zumindest andeuten können. Graham Greene, dem »kämpferischer Katholizismus« bescheinigt wird, bleibt auch einiges erspart, allerdings zu seinen Gunsten, so ein Hinweis auf die Neigung zum Extremen – er wählte gern Altäre als Kulisse für physisches Liebesvergnügen. Aus Edwin Erich Dwingers Werken werden Inhalte vergleichsweise ausführlich referiert. T.S. Eliot nimmt Olles gegen den Antisemitismusvorwurf in Schutz, Hans Grimm entfernt er vom Nationalsozialismus (»Zwar bejahte der Dichter grundsätzlich die Ideen des neuen Staates, mit den neuen Machthabern war er jedoch alles andere als zufrieden ...«). Anders Knut Hamsun, dieser »vertrat gegen den norwegischen Patriotismus entschieden die Sache des Nationalsozialismus«. Arnolt Bronnens Linksrechtslinks-Wendungen werden auf knappem Raum gelungen umrissen. Die Biographie Ernst

von Salomons, der auf den ihm gewidmeten Seiten durch längere Zitate selbst reichlich zu Wort kommt, erscheint stringent. Im Zusammenhang mit Rudolf Steiner gibt es eine kleine Einführung in die Anthroposophie sowie einen Rückverweis auf das Werk Bulwer-Lyttons. Und über John Steinbeck ist zu erfahren, daß er am Ende seines

Lebens »glühender Patriot und Konservativer« war. Dominique Venners Weg und sein Ende mit dem als Farnal intendierten Selbstmord sind in einem engagierten Beitrag mit den Prophetien des Jean Raspail verknüpft. Einige Beiträge lassen sich schwer in Zusammenhang mit der vorgeblichen Grundlinie des Buches bringen. So das Porträt über Daphne Du Maurier, auf deren Werke Alfred Hitchcock gern für seine Filme zurückgriff, oder die Rezension eines umfangreichen

Werkes über Hans Milch, der als katholischer Traditionalist, nicht aber als Schriftsteller hervorgetreten ist.

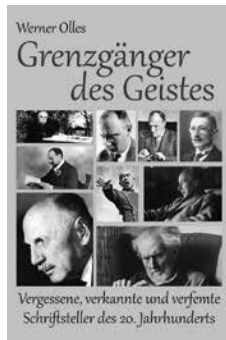
Insgesamt ist der Eindruck durchwachsen. Jeder Essay kann als Erinnerung, Überblick oder Anregung für weitere Vertiefung gelesen werden. Olles läßt seine Vorlieben erkennen, woraus auch Qualitätsunterschiede resultieren. Letzteres, eine unschöne Häufung von kleinen Fehlern an nicht unmaßgeblicher Stelle (etwa Kuehnelt-Leddihn, nicht Kuehnelt-Leddhin; Plotin, nicht Platin, Moeller van den Bruck, nicht Möller van den Brock) und die Tatsache, daß vielfach Vertrautheit mit der Materie vorausgesetzt wird, lassen zögern, die Sammlung insgesamt als Einstieg in die Beschäftigung mit dem jeweils Porträtierten zu empfehlen.

ERIK LOMMATZSCH ■

So wahr mir Gott helfe

Josef Bordat: *Ewiges im Provisorium: Das Grundgesetz im Lichte des christlichen Glaubens*, Rückersdorf: Lepanto Verlag 2019. 212 S., 14,80 €

Josef Bordat fügt den vielen neuen Publikationen, die anlässlich des 70. Jahrestages des Inkrafttretens des Grundgesetzes erschienen sind, eine hinzu, die aus Sicht des christlichen Glaubens verfaßt ist. Dieser Blickwinkel ist überaus legitim. 1949 war nicht nur der Einfluß der Kirchen größer als heute; vielmehr prägte das geistesgeschichtliche Erbe des Christentums das wichtigste deutsche Gesetzeswerk nachhaltig. Da die ursprünglich als Provisorium gedachte De-facto-Verfassung auf Dauer gestellt ist – wir wissen es spätestens seit den bloß marginalen Verfassungsreformen in den frühen 1990er Jahren nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten – ragt der lange Schatten des kulturell-religiösen Erbes bis in die unmittelbare Gegenwart. Die nichtsdestotrotz spürbare Verweltlichung der Gesellschaft ändert an diesem Tatbestand wenig.



Bordat widmet sich in sieben fundierten Kapiteln (»Grundlage«, »Gott«, »Würde«, »Leben«, »Freiheit«, »Kirche«, »Zukunft«) der Thematik. Bereits die spezifische Fundierung der Grundrechte, die anders gefaßt sind als in der Weimarer Reichsverfassung, ist nicht ohne katholisch-naturrechtliche Einflüsse denkbar. Daß die Menschenwürde eine unveränderbar-herausragende Stellung einnimmt und nicht nur als philosophischer Lehrsatz im Sinne Kants das Grundgesetz wirkmächtig einleitet, ist nicht zuletzt der christlichen Überlieferung geschuldet, ohne die auch der Erfolg des Königsberger Aufklärers nicht möglich gewesen wäre.

Es ist erfreulich, daß der Autor keinen wertfreien Traktat vorlegt; vielmehr unterstreicht er, daß das Grundgesetz als Vereinigung wertgebender Fundamentalnormen zu rezipieren ist, auch im Sinne des heiß umstrittenen Lebensschutzes. Die *nominatio dei* in der Präambel behält bis heute ihre Bedeutung, weil sie sich – direkt wie indirekt – gegen eine etwaige Verabsolutierung des Menschen richtet. Diese existenzielle Dimension des Glaubens sich zu vergegenwärtigen ist besonders in Zeiten notwendig, in denen der Glauben weithin nur noch im Sinne einer hypermoralistischen Instrumentalisierung konsensfähig ist.

Auch neuere Entwicklungen werden von Bordat nicht übergangen. Wie kirchenfreundlich die Rechtsprechung der deutschen Gerichte stets war, zeigt sich bereits daran, daß der übergeordnete Europäische Gerichtshof diese Perspektive nicht teilt. Christen werden sich in Zukunft wärmer anziehen müssen – nicht nur auf der juristischen Ebene. Auch diese Weisheit kann man mitnehmen, wenn man 70 Jahre zurückblickt.

FELIX DIRSCH ■

No borders – no nation

Josef Isensee: *Grenzen. Zur Territorialität des Staates*, Berlin: Duncker & Humblot 2018. 224 S., 49,90 €

Josef Isensee, einer der letzten großen deutschen Staatsrechtler, hat ein Alter erreicht, in dem ihm öffentlicher Beifall, sollte er ihm je etwas bedeutet haben, egal sein kann. Das stellt er eindrucksvoll unter Beweis mit einem kleinen, aber schwerwiegenden Band zu einem Thema, das als ausdiskutiert gelten könnte, wäre es nicht in die Hände von Ideologen und Empörungswellenreitern geraten. Nicht erst seit 2015 gelten Grenzen aller Art als vorvorgestrig, kontraproduktiv und nationalistisch-rassistisch. Differenz und Eigenart stehen unter Verdacht und sind nur sich unterdrückt fühlenden »bunten« Sondergruppen erlaubt. Die uralte Erkenntnis, daß ein nicht umschlossener,

sich nicht von anderen abscheidender Raum gar kein Raum ist, scheint verlorenzugehen. Dem stellt Isensee ein kraft seiner jahrzehntelangen Erfahrung reichlich souveränes und machtvolles Veto entgegen.

Es handelt sich nicht um einen polemischen Wutausbruch aus aktuellem Anlaß. Vielmehr seziert Isensee trocken, professoral und sehr sauber das Phänomen Grenze und stellt dabei fast alles auf den Kopf, was heutige Nachwuchs-»Akademiker« über diese Form der Sonderung zu wissen glauben. Die Staatsgrenze sei ein vormodernes Relikt? Sie ist im Gegenteil sehr modern; erst der moderne Nationalstaat gab sich feste, verteidigte und wechselseitig mit den Nachbarn akzeptierte Grenzen. Das Grenzregime sei in erster Linie eine Frage der Sicherheitspolitik? Auch falsch – Grenzen sind Vorbedingung einer wirksamen

Verfassung, aus der sich die Politiken erst ergeben. Und Grenzen seien inhuman? Das ist erst recht Unsinn, denn die nicht für jeden durchlässige Grenze, hinter die sich fliehen läßt, ist kausal für Asylgewährung. Über offene Grenzen freuen sich nicht nur Verfolgte, sondern auch die Verfolger, die im fremden Land ihre Nachstellung fortsetzen können.

Grenzen sind also modern, humanitär und in einem Verfassungsstaat selbstverständlich. Was aber, wenn Regierungsvertreter verkünden, Grenzen seien immer weiter abzubauen? Wenn internationale Abkommen über die Verteilung nach Europa drängender Einwanderer nicht beachtet und das Grenzregime zeitweilig ausgesetzt wird, damit Millionen von Fremden unkontrolliert ins Land kommen können? Isensee spricht vom »humanitären Staatsstreich« und erläutert die Verfassungswidrigkeit dieser Vorgänge. Angesichts der komplexen nationalen und internationalen Rechtslage in bezug auf Grenzübertritt, Statuszuweisung und Ausweisungsmodalitäten wird klar: wer kommt, der bleibt. Rechtliche Grundlagen und Verwaltungspraxis sind auf hohe Hürden für die Zurückschiebung einmal ins Land gekommener Ausländer zugeschnitten. Eben deshalb wären strenge Grenzkontrollen so wichtig, eigentlich sind sie die Grundlage der Funktionsfähigkeit des gesamten Ausländerrechtssystems der Bundesrepublik.

Isensees Grenzhandbuch hat seine Längen. Die ausgiebigen Betrachtungen zu den staats- und völkerrechtlichen Grundlagen mögen Nichtjuristen ermüden. Umgekehrt sind die abschließenden Betrachtungen zu nicht-staatlichen, ja: nicht-territorialen Grenzen, zur Begrenztheit an sich, dermaßen kurz, daß sie das Thema kaum anreißen und damit nicht ernst genommen werden können. Dennoch ist das quellen- und literaturnachweisreiche Buch als Argumentsammlung und dank einer durchdachten Gliederung und eines Sachregisters als Nachschlagewerk sehr zu empfehlen. Auch erfahrene Leser können hier im Detail noch manches lernen.

KONRAD GILL ■



Geschlechtlichkeit

Antonio Malo: *Mann und Frau. Eine anthropologische Betrachtung zur Differenz der Geschlechter*. Mit einem Geleitwort von Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz, Berlin: Duncker & Humblot 2018. 155 S., 49,90 €

Bei diesem Buch eines Philosophieprofessors mit Priesterweihe handelt es sich nicht um eine weitere gutgemeinte Kritik der Auswüchse der Gender-Ideologie. Hier werden keine »Unisex-Toiletten« bejammert, hier wird ein dickes Brett gebohrt. Ist der Mensch, ohne Mann oder Frau zu sein, überhaupt noch ganzer Mensch?

Sich auf einen anderen hin zu beziehen ist für Malo ein Grund für das Mittel der Sexualität und deren Aufgabe. Dieses Sein für den anderen und auf ihn hin ist aber gerade Spezifikum und besonderer Wesensinhalt des Menschen: »Das Mehr-sich-selbst-Sein ist eine Perfektion des Personseins«. Dadurch kommt der Sexualität in der Entfaltung der Menschennatur und der Personwerdung eine Schlüsselrolle zu. Sie ist naturnotwendig mit der Liebe verschränkt, die noch mehr ist als Zuneigung, nämlich der Wille, dem Geliebten dazu zu verhelfen, »der zu werden, der er sein soll«. So kann denn die körperliche Sexualität zwar ohne liebevolle Hingabe gedacht und praktiziert werden, sie verfehlt dadurch aber ihren Zweck und ist dem Menschen in seiner – aus christlicher Sicht – ethischen Aufwärtsgeneigntheit und Verbesserungsfähigkeit hinderlich.

Da dieser hohe geistlich-geistige Anspruch an das Liebesleben von der Wahrnehmung der meisten (um nicht zu sagen: aller außerhalb streng religiöser Gemeinschaften lebenden) Zeitgenossen weit entfernt ist, fragt Malo, wie es so weit kommen konnte. Etwa ein Drittel seines Buches wird von einer Bestandsaufnahme eingenommen: wie drang die Philosophie in die Sexualität ein, wie wurde in nur wenigen Jahrzehnten statt einer auf eheliche Zweisamkeit ausgelegten christlichen Sexualmoral eine Ideologie radikaler Selbstkonstruktion und -bestimmung zur tonangebenden Sexualauffassung in den »westlichen« Nationen? Der Autor gräbt sich relativ leichthändig (und notgedrungen verdichtet) in die feministischen Theorien und Ideologeme seit »1968« hinein. Die »emanzipatorischen« Ideen wurden von Anfang an utopisch, fernab der Wirklichkeit, erdacht und dann über die Bildungsinstitutionen in die Hirne gebracht. Weil auch für die Politik das Individuum und seine Befindlichkeiten der Maßstab wurden, mußten folgerichtigerweise aus Wünschen Rechte werden.

Malo fördert Widersprüche der »Gender«-Irrlehren als eines der neuesten Tentakel der politisierten Sexualität zutage: Sind die sexuellen Präferenzen nun angeboren (und damit nicht sozial konstruierbar) oder erworben (und da-

mit nicht Teil des eigentlichen Humanum)? Soll »Gender«-Konstruktion Identität absichern (durch Herstellung von Authentizität) oder zerstören (weil Identität der kreativen Freiheit im Weg steht)? Warum werden eindeutig männliche Sexualverhaltensformen den Feministinnen zum Vorbild? Und was macht es aus dem Menschen, wenn Männer verweiblichen und Frauen vermännlichen?

Es irritiert, daß viele von Malos Argumenten für die Rechtfertigung (nur) der Ehe für jede auf Dauer angelegte monogame Mann-Frau-Beziehung stimmen. Da kann er möglicherweise seine Soutane gedanklich nicht ablegen. Das schmälert aber den Wert dieses überzeugenden und anregenden Buches keineswegs. Es belegt philosophisch, ohne transzendente Gebote zu bemühen: Mann-Sein oder Frau-Sein ist kein beliebig konstruierbares Kulturphänomen, sondern eine Verfaßtheit, ohne die der Mensch nicht Mensch sein kann.

KONRAD GILL ■

Komplexer Container

Gerrit Dworok/Thomas Exner (Hrsg.): *Komplexität und Wahrheit. Wissenschaft im Spannungsfeld von Beschreibung, Deutung und Verzerrung*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2019. 468 S., 89 €

Bei manchen Büchern schüttelt man bereits den Kopf, wenn man ihren Aufbau studiert. So auch in diesem Fall. Der Titel des Sammelbandes erfüllt die Funktion eines Containers, in den Aufsätze aller Art hineingeworfen werden – unabhängig davon, ob deren Inhalte dazu passen oder nicht.

Das Thema »Komplexität und Wahrheit« wird in fünf Felder gegliedert: Spannungsfelder, Sprechakte, Zwischenräume, Entzerrungen und Conclusio. Der rote Faden soll die Betrachtung wissenschaftlicher Arbeit als Spannungsfeld von Beschreibung, Deutung und Verzerrung sein. Nichtsdestotrotz verblüffen Heterogenität und Inkonsistenzen: Der erste Beitrag »Wissenschaft – ein Spiel um die Wahrheit« von Gerrit Dworok konsultiert weder wissenschafts- noch wahrheitstheoretische Literatur. Der vorletzte, von Katja Eddel verfaßte Essay handelt von den Wandlungen der mittlerweile eingestellten Zeitschrift *Mut*, deren Geschichte

auch in anderen Aufsätzen vorkommt. Auch »Che Guevara« wird nicht ausgelassen. Immerhin bemüht sich der Richter Thomas Exner am Schluß, »Komplexität« etwas stärker in Augenschein zu nehmen, obwohl der systematische Zugang auch hier fehlt. Eher Schmunzeln löst der erste Satz aus: »Es dürfte einer allgemeinen Grunderfahrung entsprechen, dass die Welt seit dem 19. Jahrhundert rapide komplexer wird.«



In der Tat wird nichts einfacher! Nirgendwo zeigt sich der Charakter des Bandes als Sammelsurium von substanzlosen Gemeinplätzen so deutlich wie an dieser Stelle. Dagegen sucht man Titel aus der reichhaltigen Komplexitätsliteratur der letzten Jahre (unter anderem Mainzer, Rittmann und Nassehi) vergeblich.

Auf die fundierten Analysen des leitenden Mitarbeiters des Instituts für Staatspolitik, Erik Lehnert, der »Gleichheit« als »Quelle von Ungerechtigkeit« herausarbeitet, folgen unsystematische Gedanken von Eckehard Dworok über aktuelle Debatten zur sogenannten Neuen Rechten. Diese Anmerkungen gehen selbstredend nicht auf die Argumentation Lehnerts ein; vielmehr soll wohl der Beitrag eines »Bösen« – der also immerhin im »O-Ton«, vertreten ist – durch die kritische Untersuchung eines »Guten« prinzipiell neutralisiert werden. Zumindest wird auf diese Weise die Bedeutung des Sammelwerkes klar: Dieses fungiert primär als Indikator für gesinnungsspezifische Gegenwartsbefindlichkeiten.

Daß dabei das Thema verfehlt wird, dürfte niemanden stören.

FELIX DIRSCH ■

Kondylis als Antidot

Falk Horst (Hrsg.): *Panajotis Kondylis und die Metamorphosen der Gesellschaft. Ohne Macht lässt sich nichts machen. Aufsätze und Essays*, Berlin: Duncker & Humblot 2019. 267 S., 49.90 €

Panajotis Kondylis (1943–1998) wurde bereits früh als »Anti-Fukuyama« (Armin Mohler) charakterisiert. Man kann sogar noch weitergehen. Der differenzierte Grundansatz des ungeheuer produktiven griechischen Privatgelehrten, der an einer Routineoperation gestorben ist, darf als eine Kampfansage an das hypernormativistische orientierte bundesrepublikanische Gelehrten- und Politikestablishment gewertet werden: Kondylis zufolge fehlt der *conditio humana* ein übergeordneter Maßstab. Es verbleibt der grundsätzlich anthropologisch fundierte Drang zum Kampf, etwa zwischen Weltanschauungen; zentral sind für ihn wichtige Begriffe und Kategorien wie Macht, Entscheidung, Selbstbehauptung, Identität und Überlebenswille, mit deren Hilfe er das Geschehen der Wirklichkeit verdeutlichen will. Der ungemein kundige Sozialhistoriker hat aus seinen der Richtung des Realismus zugehörigen Gewährsleuten nie einen Hehl gemacht: Sie reichen von Thukydides über Machiavelli bis zu Max Weber, Carl Schmitt und Arnold Gehlen. Allerdings wird (ihnen gegenüber) der spezifische Zugang von Kondylis sichtbar. Er wählt dezisionistische Kategorien in rein analytischer Absicht; vom prak-

tischen Politikbetrieb hat er sich stets ferngehalten. Dieser gilt ihm als der »gewärmte große Kulturstall« (Gehlen), dessen Vertreter hierzulande Schnappatmung bekommen, wenn man, wie der Unerschrockene, Entscheidung als Absonderungsvorgang beschreibt, durch den ein »organisiertes und hierarchisiertes Weltbild zustande kommt, welches die zur Selbsterhaltung erforderliche Orientierungsfähigkeit garantiert und dem Machtstreben durch die Gewährung einer festen Identität dient«.

Der neueste Sammelband problematisiert aber nicht nur die erwähnten Grundkategorien, sondern thematisiert gleichfalls andere Arbeitsfelder des Autors wie Konservatismus, Aufklärung und Metaphysikkritik, über die er äußerst materialreiche Monographien verfaßt hat. Von den zwölf Aufsätzen (neben der Einleitung) ist besonders der Beitrag des Herausgebers hervorzuheben. Falk Horst präsentiert einiges aus dem Nachlaß, das (noch) nicht veröffentlicht ist. Es ist den Lesern zu wünschen, daß auch noch der zweite Band der umfangreichen Sozialontologie Kondylis' publiziert wird. Solange sich ein Großteil der Bundesbürger wohl fühlt in der Rolle von Schafen, die gleichwohl unter Wölfen leben – innerhalb der löchrigen Grenzen des eigenen Landes – ist Kondylis als Antidot unverzichtbar. Ein ebenbürtiger Nachfolger ist nicht in Sicht.

FELIX DIRSCH ■

Alter Zorn, neues Ressentiment

Catherine Nixey: *Heiliger Zorn. Wie die frühen Christen die Antike zerstörten*, München: DVA 2019. 400 S., 25 €.

Bringt man die Kernthese von Cathrine Nixeys *Heiliger Zorn* auf den Punkt, so gibt es bei dem Begriff der Christenverfolgung ein jahrhundertaltes Mißverständnis: Christen waren nicht die Gehetzten der römischen Kaiserzeit, sondern die eifernden Verfolger aller Andersgläubigen. Nicht ohne Grund läßt Nixey ihre Geschichte der christlichen Ur-Intoleranz 385 n. Chr. mit der Zerstörung des Athenetempels in Palmyra durch Zeloten beginnen. Waren es doch 2015 die fanatischen IS-Anhänger, welche erneut die Kulturgüter der Ruinenstadt schändeten! Die Parallele drängt sich auf: Zwischen Christentum und Islamismus besteht demnach, was Dogmatismus und religiösen Haß angeht, kaum ein nennenswerter Unterschied. Ein zutiefst

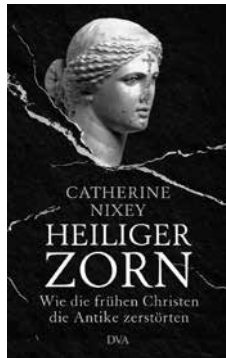
sonderbares, unsympathisches Christentum durchzieht als roter Faden Nixeys Darstellung der Spätantike. Diese gerät trotz packender Erzählkunst zu einer holzschnittartigen Darstellung mit klar verteilten Rollen. Auf der einen Seite befindet sich der friedliche heidnisch-philosophische Multikulturalismus, ein in Tunika



und Sandalen gewandeter Vorläufer des heutigen Liberalismus, dem die von skrupellosen Bischöfen aufgehetzte Sekte des frühen Christentums mit ihrem monistischen Fanatismus gegenüber steht.

Werden einerseits Nixeys Betrachtungen vom Wunsch nach Verständnis der paganen Lebensrealität getragen, so zeichnet sie andererseits eine mangelnde Empathie für die christliche Perspektive aus. Die Rezitation von Psalmen erscheint ihr heute wie damals als absurd, das von einsamer Askese geprägte Leben der frühen Mönche nur bedingt dem Seelenheil zuträglich, aber überwiegend als Verursacher klinischer Depressionen. Dadurch erinnern Nixeys detailreiche Schilderungen bei gleichzeitiger einseitiger Parteinahme an eine Mischung aus Umberto Eco und Richard Dawkins. Sicherlich eine gute Voraussetzung um 2017 im angelsächsischen Raum mehrfach zum Book of the Year gekrönt zu werden!

Durch diesen vermeintlich aufklärerischen Furor ist *Heiliger Zorn* als verpaßte Gelegenheit zu bewerten. Denn der Stoff, aus dem Nixey ihre spätantike Erzählung über den Aufstieg des Christentums webt, trägt durchaus eine besondere Dramatik in sich. Man muß ihr Recht geben, wenn sie die Tragik der sterbenden heidnischen Welt veranschaulicht. Die zahlreichen Kulte des römischen Kaiserreichs, die, solange sie sich der Pax Romana unterwarfen, von administrativer Seite geduldet wurden und einander weitestgehend ignorierten, verloren in der Blütezeit des Kaiserreichs zunehmend an Anziehungskraft. So fand das aus dem Osten des Reichs drängende Christentum ein spirituelles Brachland für seinen Missionsgedanken vor, welches es geschickt zu nutzen wußte. Es ist Nixey zuzustimmen, daß dies keinesfalls ein friedlicher Vorgang war. Das frühe Christentum war längst in der Profanität angekommen, beherrschte die Politik der Hinterzimmer und das Spiel um Posten hervorragend und schaffte es bei einem Bevölkerungsanteil von zehn Prozent im Jahre 313, die konstantinische Wende einzuleiten und schon 380 n. Chr. zur alleinigen Staatsreligion des römischen Imperiums aufzusteigen. Eine Erfolgsgeschichte, die sicherlich nicht nur durch Nächstenliebe geprägt war. Bald wurde der Besitz unerwünschter Literatur unter Strafe gestellt, und immer wieder fanden gewalttätige Übergriffe auf heidnische Tempel und deren Priester statt. Dem früheren Christen erschienen diese Anlagen als Brutstätten teuflischer Dämonen, die sich von den Nahrungsspenden der Heiden ernährten. Der Neuplatoniker Damaskios, welcher 482 durch christliche Agitation aus Alexandria, dem einstigen Zentrum spätantiker Philosophie vertrieben wurde, veranschaulichte den Schmerz eines untergehenden Zeitalters: »Stimmt es denn nicht, daß wir tot sind und nur zu leben scheinen, wir Griechen? Oder sind wir am Leben und das Leben ist tot?«



Gerade in den frühen Tagen des Christentums war diese künftige Dominanz jedoch keineswegs sicher. Vor allem der römischen Verwaltungselite galt die neue religiöse Bewegung als Unruhestifter und setzte sie daher Repressionen aus. Nicht nur, daß sie sich überwiegend aus Anhängern der Unterschicht zusammensetzte, auch, daß diese sich weigerten, den Kaiser als Gott zu verehren, sorgte für gehörige Spannungen. Der Briefwechsel von Plinius dem Jüngeren mit Kaiser Trajan zeigt diese Verwunderung. Plinius klagt über die Hartnäckigkeit, mit der sich Christen weigerten einzulenken. Er attestierte ihnen eine sonderbare Sehnsucht nach dem Martyrium, die ihm unverständlich blieb. Ihre Hinrichtungen bedauerte er, vollstreckte sie aber mit der Härte des kaiserlichen Gesetzes. Zum Abschluß der Lektüre von *Heiliger Zorn* bleibt ein gewisses Bedauern. Wohl hauptsächlich darüber, daß Nixey beim Blick auf die antiken Quellen selten ihre postmoderne Brille abzulegen vermag und ihren ganz eigenen Kreuzzug führt. Auch erscheint das in zahlreiche Strömungen und Glaubensbekenntnisse zersplitterte frühe Christentum zu oft als einheitlicher Akteur. So fanden sich beispielsweise viele christliche Kritiker des fanatischen und skrupellosen Patriarchen Kyrill von Alexandria. Bedenkt man, daß schon Augustus in seiner Regentschaft über 2000 unliebsame Schriftrollen verbrennen und Ovid wegen schlüpfriger aber harmloser Gedichte lebenslang ans Ende der (römischen) Welt verbannen ließ, so ist Nixeys These, daß geistige Intoleranz erst ein Produkt der christlichen Missionierung sei, nicht ernsthaft haltbar.

CASSIAN HEIDT ■

Das elterliche Minimum

Caroline Sommerfeld: *Wir erziehen. Zehn Grundsätze*, Schnellroda: Verlag Antaios 2019, 328 S., 18 €

Dieses Buch stellt nichts weniger als ein Compendium konservativer Erziehung dar. Aber es wirkt dabei nicht restaurativ, im Gegenteil, es ist absolut an der Zeit und erscheint in seinen Urteilen modern, frisch und gewitzt. Caroline Sommerfeld hat sich mit diesem Band verdient gemacht um ein pädagogisches Korrektiv. Mit beeindruckendem Kenntnisreichtum betreibt sie eine Generalrevision pädagogischer Experimente von links, die innerhalb eines Jahrhunderts auf Politik, Kultur und Alltag enorme Auswirkungen hatten.

Da alle Erziehung von einem Menschenbild ausgeht, beginnt Caroline Sommerfeld anthropologisch, mit einer Kritik Rousseaus, des »Urvaters aller pädagogischen Utopisten«. Ebenso wesentlich: Sie geht vom Begriff der Grenze aus,

im Sinne der Systemtheorie Niklas Luhmanns, für den die Unterscheidung wesentliches Kriterium ist. Die Autorin: »Grenzöffnungen (...) zerstören funktionierende Systeme. (...) Hinter der Forderung nach ›offenen Grenzen‹ steckt eine ganze Glaubensüberzeugung, ein bestimmtes Bild vom Menschen, und zu dieser Ideologie gehört auch das Ablehnen von Erziehung, von Autorität, von Führung und elementarer Unterscheidung zwischen Erwachsenen und Kindern.«

Der Autorin gelingt der klare Nachweis, daß die pädagogischen Impulse der lebensreformerisch inspirierten Jahre um 1900 in ihrem Wesen konservativ-revolutionär motiviert waren, aber in der Nachkriegszeit eine Umwertung im Sinne »linker Freiheits-, Gleichheits- und Grenzenlosigkeitsvorstellung« erfuhren. Daß der maßgebende Reformpädagoge Kurt Zeidler bereits 1925 eine Korrektur antiautoritärer Bestrebungen verlangte, ist interessant. Zeidler und Kollegen hatten zunächst die Grenzen eingerissen und konsequent antiautoritär gearbeitet, erlebten dann aber ein Schulchaos. Sie steuerten konsequent um. »Mich hat«, so Caroline Sommerfeld, »seit ich mich vor 20 Jahren mit der Reformpädagogik und ihrer Anthropologie zu beschäftigen begann, dieser Temperaturwechsel zwischen heißer Übersteigerung und kalter Nüchternheit nicht losgelassen.«

Vorzugsweise an Maria Montessori, Rudolf Steiner und Peter Petersen zeigt sie, was diese mit ihren pädagogischen Konzeptionen wollten und auf welche Weise sie später links umgestrickt wurden: »Die heutige gruselige Melange in der pädagogischen Avantgarde besteht aus vom Marxismus zur politischen Korrektheit übergegangenen Linken, die uns eine globale, digitalisierte und demokratische Weltgesellschaft verheißen und gleichzeitig mit naturwissenschaftlichen Begründungen der traditionellen Erziehung politisch den Garaus machen will. (...) Wer heute Reformpädagogik wählt, weiß meist nicht mehr, daß darin ein konservativ-revolutionärer Geist steckt, sondern denkt, ›Freie Schulen‹ wären nicht bloß Institutionen in freier Trägerschaft, sondern es ginge auch irgendwie kindgemäß ›frei‹ zu.«

Im Gegensatz dazu tritt Caroline Sommerfeld ein für Führung, Distanz, Gemeinschaft und Geist, ferner für Askese, für das Ertragen von Verlassenheit als »Voraussetzung für das Wachstum der inneren Kraft«, für Unverdretheit als Ausdruck gesunden Menschenverstandes, für Beheimatetsein und Anderssein als »Pflicht, wo die Verdretheit überhandgenommen hat«, sowie für Anstrengungsbereitschaft. Diese Kernbegriffe finden sich in den Verlautbarungen der Kultusbürokratie und »Bildungsforschung« nirgendwo, hier jedoch überschreiben sie die zehn Kapitel des Buches. In jedem einzelnen davon leitet Caroline Sommerfeld ihre Thesen und Argumente aus sehr umfassenden bil-

dungs- und philosophiegeschichtlichen Bezügen her. Das Literaturverzeichnis offenbart ein immens breites Spektrum an Hintergrundwissen, eben nicht nur verzeichnet, sondern auf beste- chende Weise profund eingebracht.

Exemplarisch seien die Kapitel »Führung« und »Distanz« aufgerufen. Autorität galt seit Adorno und der »Kritischen Erziehungswissenschaft« als diskreditiert, wurde sie doch kurzschlüssig für den Nationalsozialismus und Auschwitz verantwortlich gemacht. Caroline Sommerfeld zeigt, wie nach Peter Petersen, dem Begründer der Jenaplan-Pädagogik, Führung eben nicht die Freiheit des Kindes bricht: »Führung respektiert nämlich, das ist überhaupt ihr ganzer Sinn, die Freiheit des Geführten.« Führung meint nicht Beherrschen, durchaus aber das Gegenteil von »Augenhöhe«: »Es ist die im Erwachsenen als dem reiferen Menschen ruhende, von ihm ausgehende Macht, und diese schafft zugleich zwischen dem Erzieher und dem Zögling die unbedingt erforderliche und wichtige Distanz; denn rechte Führung ist ohne solche Distanz unmöglich.« Im Gegensatz dazu gerieten einstige Tugenden wie



Folgsamkeit und Gehorchenkönnen seit einem halben Jahrhundert in Mißkredit, was zu einer Überforderung der Heranwachsenden führte, indem ihnen Positionierungen und Entscheidungen abverlangt wurden, die sie noch nicht leisten können. Vielmehr bedürfen sie des Schutzes und der mit hohem pädagogischen Verantwortungsgefühl gegebenen Erziehung, mehr noch sogar der »Richtung nach oben«, ins Geistige hinein.

Betont wird, daß freilich Erstaunliches im Kind angelegt ist, dies sich aber nur entfaltet, wenn auf ein Höheres und Geistiges hin wohlwollend erzogen wird, weil die Heranwachsenden eben nicht sogleich alles einsehen können, ebensowenig wie sie in jüngsten Jahren etwa einen Gottesdienst oder ein Kunstwerk aus sich heraus begreifen, sondern der Anleitung bedürfen, ohne viele Worte, eher mit Bestimmtheit und Wohlwollen. Dazu gehören Überwindung und Selbstüberwindung, später dann Selbstkontrolle, geschult an echten Herausforderungen. Ohne Überwindung, ohne Reibung, ohne Widerstände gibt es keine Erziehung zum Erwachsenenwerden. Wer das Kind abschirmt und ihm Hindernisse nicht zumutet, stärkt es nicht, sondern schwächt es.

Was die geistige, mithin christliche oder anthroposophische Ausrichtung von Erziehung betrifft, so weist Sommerfeld u. a. auf das Diktum Martin Mosebachs hin, daß doch alles in Europa inkarnierter Geist sei. Dies wiederum läßt sich auf Rudolf Steiner beziehen: »Was hat in diesem Sinne der Mensch in sich? Wahrhaftig einen höheren, einen göttlichen Menschen, von dem er sich lebendig durchdrungen fühlen kann, sich sagend: Er ist mein Führer in mir.«

HEINO BOSSELMANN ■

Sezession

Programm und Redaktion

Sezession ist eine politisch konservative Zeitschrift. Sie wird von Rechtsintellektuellen gemacht, die Redaktion hat ihren Sitz auf dem Rittergut Schnellroda in Sachsen-Anhalt.

Sezession bündelt Gedanken, Argumente und Lösungsansätze sechs Mal im Jahr auf jeweils 72 Seiten – drei Mal thematisch gebunden, drei Mal in einem offenen Heft.

Sezession wird vom Institut für Staatspolitik (IfS) herausgegeben und erscheint 2019 im siebzehnten Jahrgang.

Presse über uns

- ▶ eine »kluge Zeitschrift«
(*Die Welt*)
- ▶ die »Pflichtlektüre der neurechten Intelligenz«
(*Tagesspiegel*)
- ▶ »unverzichtbar für jeden Konservativen, der mitdenken will«
(*Junge Freiheit*)

Ihr Abonnement

Ein Jahresabonnement (sechs Hefte) kostet inklusive Porto:

- ▶ 50 € im Normalbezug,
- ▶ 35 € ermäßigt für junge Leser in Ausbildung,
- ▶ 75 € im Förderabonnement,
- ▶ 60 € für Auslands-Abonnenten.

Ihre Prämie 2019

Neuabonnenten erhalten als Prämie das Buch *Die große Autorenschlacht* von Günter Scholdt portofrei geliefert.

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra

Überblick 2019, 17. Jahrgang



Heft 88 / Februar / 11 €
»Volk«
80 Seiten, Beiträge u. a.:
Thor v. Waldstein
Begriffe vom Volk
Caroline Sommerfeld
Wer gehört zu uns?
Eberhard Straub
Kulturvolk
Alexander Gauland
Populismus



Heft 91 / August / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u. a.:
Autorenporträt
Antoine de Saint-Exupéry
Götz Kubitschek
Die Klausur
Martin Kehlberg
Entzug
Stefan Scheil
Polen 1939



Heft 89 / April / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u. a.:
Günter Scholdt
Graf Rostows Insel
Stefan Scheil
Schaut auf dieses Land
Francois Bousquet
Gelbwesten
Martin Lichtmesz
Zwei Jahre Trump



Heft 92 / Oktober / 11 €
»Das politische Minimum«
80 Seiten, Beiträge u. a.:
Benedikt Kaiser
Postpolitik
Caroline Sommerfeld
Das unsichtbare Böse
Nils Wegner
Postmoderne Rechte
Erik Lehnert
Das politische Minimum



Heft 90 / Juni / 11 €
»Sachsen«
80 Seiten, Beiträge u. a.:
Maximilian Krah
Mehr Sachsen
Uwe Tellkamp
Spätes Atlantis
Benedikt Kaiser
AfD im Osten
Thomas Wawerka
Christen im Osten



Heft 93 / Dezember / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u. a.:
Autorenporträt
Theodor Fontane
Götz Kubitschek
Was wir lesen
Till-Lucas Wessels
Neue Gedichte
Ellen Kositzka
Das war 2019

Es ist ein Grundbedürfnis der Deutschen,
beim Biere schlecht über die Regierung
zu reden.

Bismarck